



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Sondersitzung in München:

Langer Atem für Wirtschaft und Bildung

Im Rahmen einer erweiterten Sondersitzung des Landesverbandes und Hauptausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU mit allen CSU-Landräten und -Oberbürgermeistern wurden aus aktuellem Anlass die Themen Wirtschaft und Bildung eingehend erörtert. KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle hieß hierzu Staatsministerin Ilse Aigner, MdL und Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL willkommen.

„Die Integration von Flüchtlingen in den bayerischen Arbeitsmarkt ist auf einem guten Weg“, konstatierte eingangs Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Der Anteil von Ausländern an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liege im Freistaat bei derzeit 11 % - ein hoher Wert, so die Ministerin.

Arbeitsmarktintegration

Seit dem Abschluss der Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ konnten bereits 40.000 Flüchtlinge in Praktika, Ausbildung und Arbeit integriert werden. Das für 2016 angestrebte Ziel von 20.000 Flüchtlingen sei somit bereits verdoppelt worden. Dies unterstreiche Erfolg und Notwendigkeit der Initiative. Kein anderes Bundesland hat Aigner zufolge vergleichbare Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von bleibberechtigten Flüchtlingen auf den Weg gebracht. Bis Ende 2019 sollen bayernweit 60.000 Arbeitsmarktintegrationen stattfinden.

„Gleichwohl brauchen wir einen langen Atem“, hob die Ministerin hervor. Zahlreiche Integrationen auf dem Arbeitsmarkt erfolgten in einfache Helfertätigkeiten. Eine weitere Qualifizierung der Flüchtlinge werde noch viel Zeit und finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen.

Wettbewerbsfähigkeit erhalten und Wachstumspotentiale nutzen – im Zeitalter der Digitalisierung ist das vor allem für kleine und mittlere Unternehmen eine große

Herausforderung. Oft fehlt es an Zeit und Geld, um notwendige Investitionsentscheidungen zu treffen, Entwicklungsarbeiten anzugehen oder die Umstellung auf neue digitale Systeme und Geschäftsmodelle zu stemmen.

Digitalbonus

Mit dem Mitte Oktober gestarteten Förderprogramm Digitalbonus will der Freistaat Bayern laut Aigner die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen, sich für die Herausforderungen der digitalen Welt zu rüsten. Der Digitalbonus ermöglicht den Unternehmen, sich durch Hard- und Software zu digitalisieren und die IT-Sicherheit zu verbessern. Das Förderprogramm ist bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Die Ab-

Bayerischer Städtetag:

Kommunen brauchen Klarheit

„Mit der Einigung von Bund und Ländern zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen ist ein politischer und finanzpolitischer Balance-Akt gelungen. Bayern hat gut verhandelt und kann mit einer erheblichen Entlastung ab dem Jahr 2020 rechnen. Das bedeutet nun endlich Planbarkeit auch für die kommunalen Haushalte“, unterstrich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz in München. Neben der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs standen das Thema Integrationskosten und die Diskussion um G8/G9 auf der Agenda.

Laut Maly spart der Freistaat jährlich wohl 1,3 Milliarden Euro ein – dies muss nun auch im kommunalen Finanzausgleich Wirkung zeigen“. Die Entlastung im Bund-Länder-Finanzausgleich dürfte für den kommunalen Finanzausgleich in Bayern bei einem Verbundanteil von 12,75 Prozent rund 165 Millionen Euro mehr für die Verbundmasse bringen. Dieses Geld müsse bei den bayerischen Kommunen vornehmlich über die Schlüsselmasse ankommen, betonte der Städtetagschef.

Er verwies darauf, dass ab dem Jahr 2020 die Ausgleichszahlungen zwischen den Bundesländern wegfallen. Hier betrug die Zahl last des Freistaats Bayern 2015 rund 5,5 Milliarden Euro. Maly: „Der klassische Länderfinanzaus-



Von links: Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle; Alois Rainer, MdB; Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, KPV-Vorsitzender und Landrat Stefan Rößle; KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann, Landrat Georg Huber und Landkreistagspräsident Landrat Christian Bernreiter.

wicklung der Förderung für die Zuschussvarianten liegt bei den Bezirksregierungen; ein Digitalkredit wird von der LfA Förderbank Bayern in Zusammenarbeit mit der Hausbank gewährt.

Null-Zins-Politik

Apropos Kreditvergabe: Der Basler Ausschuss für die Bankenaufsicht bereitet derzeit international verbindliche neue Regeln für die Risikobewertung bei der Kreditvergabe vor. Europas Banken - einschließlich der bayerischen Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken - leiden aber ohnehin unter der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank, da sie bei der Kreditvergabe kaum noch Geld verdienen und kaum noch Möglichkeiten zur gewinnbringenden Geldanlage haben.

Vor diesem Hintergrund zeigte sich Aigner besorgt, dass eine weitere Verschärfung der Bankenre-

gulierung ein Hemmnis für Neuvestitionen und neue Arbeitsplätze in Bayern bedeuten könnte, hätten es die Unternehmen doch schwerer, an Kredite zu kommen. Das bayerische Kabinett hat aktuell eine Abmilderung von Aufsicht und Eigenkapitalanforderungen für kleine regionale Finanzinstitute gefordert, die als Finanzierer des Mittelstands eine tragende Rolle für den Wohlstand in Bayern spielen. Dazu wurde eine Bundesratsinitiative beschlossen.

Mit Blick auf energiepolitische Frage- und Weichenstellungen übte Aigner Kritik am Plan der Grünen, von 2030 an keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr in Deutschland neu zulassen zu wollen. Sie gab zu bedenken, dass ein Verbot von Diesel- und Benzinmotoren nicht nur die Automobilindustrie, sondern auch die überwiegend mittelständischen Zulieferer betraffe.

(Fortsetzung auf Seite 4)

4. Bayerisches BreitbandForum:

Zukunftssichere Strategien

Über 200 Teilnehmer bei GZ-Fachveranstaltung in Essenbach

Leistungsfähige Breitbandnetze sind zum schnellen Informations- und Wissensaustausch unbedingte Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die positive Entwicklung von Kommunen und Regionen. Mit dem 4. Bayerischen BreitbandForum in der ESKARA-Arena in Essenbach schuf die Bayerische Gemeindezeitung erneut eine Plattform, über die wertvolle Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden. Insgesamt folgten rund 200 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung. Das Forum konnte zudem 35 Partner bzw. qualitativ herausragende Aussteller für sich gewinnen.

Die hochkarätigen Referenten Isabel auf der Horst/BHVSVM Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Florian Arens/ECONTECH GmbH, Dr. Imke Germann/MRK Media AG, Daniel Öfele/Esri Deutschland GmbH, Daniel Kleffel/Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Johannes Böhm/amplus AG, Wolfgang Bauer/Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Andreas Lange und Peer Welling/Rödl & Partner, Udo Harbers/Telekom Deutschland GmbH, Rolf-Peter Scharfe/Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Karsten Micke/hotspots GmbH, Christoph Sudhues/zafaco GmbH sowie Wolfgang Heer/Bundesverband Glasfaseranschluss e.V. boten den Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

Der Bund hat seine Verantwortung für die digitale Erschließung erkannt und Ende 2015 ein eigenes Förderprogramm zum Breitbandausbau beschlossen. (Fortsetzung auf Seite 4)

Digitale Erschließung

Der Bund hat seine Verantwortung für die digitale Erschließung erkannt und Ende 2015 ein eigenes Förderprogramm zum Breitbandausbau beschlossen. (Fortsetzung auf Seite 4)

Vernetzung

Digitale Vernetzung entwickelt sich zu dem Mittel der Landesentwicklung, um ländliche Räume als Lebens- und Arbeitsraum attraktiv zu machen. Jeder soll in seiner Heimat gut leben und arbeiten können. Deshalb ist das bayerische Förderprogramm zum Breitbandausbau besonders auf die Kommunen im ländlichen Raum ausgelegt. Bis Ende 2018 stehen bis zu 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau von schnellem Internet zur Verfügung. Jede Kommune in Bayern kann dabei auf einen individuellen Förderhöchstbetrag von bis zu einer Million Euro zurückgreifen.

Aktuell befinden sich laut Mini-



Nach dem Trump-Sieg bei den US-Wahlen überlegt der Bürgermeister, was man daraus lernen kann. Besonders dringend: Die Frage, wie man komplexe Sachverhalte einfach erklärt, um Bürgern ihr Gefühl des Abgehängenseins zu nehmen. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

KPV-Bundeskongress: Kommune ist Heimat	Seite 2
Kommunalgipfel der BayernSPD	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Was sind uns gute Partnerschaften wert?	3
Bayerischer Musikschultag: Lebensraum Musikschule	3
Kabinettsitzung: Schwaben ist dynamische Zukunftsregion	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5-13
Brand- und Katastrophenschutz · Sicherheitstechnik	14-15
Tourismus in Bayern	15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

KPV-Bundeskongress in Bielefeld:

Kommune ist Heimat

Unter dem Motto „Heimat neu denken“ traf sich die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) heuer in Bielefeld zu ihrem Kongress-kommunal und zur Bundesvertreterversammlung. Diskutiert wurde darüber, wie die Kraft und Stärke der Kommunalen Selbstverwaltung angesichts der aktuellen Herausforderungen bewahrt und ausgebaut werden kann. Dabei standen mit den Themen Wohnungsbau, Daseinsvorsorge, Einwanderung und Integration, Energieversorgung und Kommunalfinanzien, zu denen Beschlüsse gefasst wurden, zentrale kommunalpolitische Zukunftsfragen im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung.

Vor rund 400 Gästen erklärte der KPV-Bundesvorsitzende und Kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingbert Liebing MdB: „Trotz deutlich zurückgegangener Flüchtlingszahlen, trotz großer Leistungen der Gesellschaft bei der Aufnahme von Flüchtlingen, ist vielfach Skepsis geblieben. Skepsis, Unsicherheit, Verunsicherung, die zu Distanz gegenüber Staat und staatlichem Handeln geführt haben. Umso wichtiger ist es jetzt, vor Ort den Menschen zu zeigen, dass unsere Kommunen und die staatlichen Ebenen wieder funktionieren und Deutschland und die Europäische Union Sicherheit, Stabilität, Wohlstand Perspektive garantieren. Die Kommunen können es, wenn man sie lässt. Das haben sie vielfach bewiesen.“

Bürgerengagement

Der Bundesvorsitzende stellte die Frage in den Raum: „Wie hätte die Versorgung der Flüchtlinge funktioniert, wenn es die Kommunen nicht gegeben hätte?“ Der Flüchtlingszustrom sei mit bürgerschaftlichem Engagement in einem Ausmaß angepackt worden, das es so nur in der Kommune gibt. „Und auch die Integration der Menschen, die zu uns gekommen sind, kann nur vor Ort gelingen“, konstatierte Liebing.

Der KPV-Chef unterstrich ferner, „dass wir für die Kommunen und die Kommunale Selbstverwaltung mit unserer unionsgeführten Bundesregierung viel erreicht haben“. „Früher haben wir uns über Millionen schon gefreut - heute geht es in Milliarden Schritten: Der Bund hat die Aufgabe der sozialen Grundsicherung komplett übernommen: 7 Milliarden Euro im kommenden Jahr für die Kommunen. In den Jahren 2015 und 2016 gibt es eine, im kommenden Jahr 2,5 Milliarden Euro. 2018 wächst dies auf 4 Milliarden Euro an. Und eine weitere Milliarde soll über die Länder kommen. 3,5 Milliarden Euro gibt es für Investitionen in finanzschwachen Kommunen. Der

Bund hat in Kitas und Krippen investiert, und er beteiligt sich an den Betriebskosten. Und bei den Flüchtlingskosten hilft der Bund auch: Integrationshilfen und vollständige Erstattung der Kosten der Unterkunft belaufen sich auch auf ein milliardenschweres Programm.“

Flüchtlingskrise

Wichtig bleibt Liebing zufolge, dass diese Bundesmittel auch vollständig und ungekürzt von den Ländern an die Kommunen weitergeleitet werden. Selbstverständlich sei das leider nicht: „Die Kommunen hier in Nordrhein-Westfalen erleiden dies immer wieder.“

Über die aktuellen Herausforderungen, die Deutschland zu bewältigen hat, sprach der Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Peter Altmaier MdB. Er betonte, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise die größte Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung ist und bereits enorm viel geschafft sei. Es sei eine besondere Leistung der Kreise, Städte und Gemeinden, dass es gelungen sei, 820.000 Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, unterzubringen und zu versorgen: „Die Kommunen haben ihre Pflicht getan und dafür gesorgt, dass Menschen, die bei uns Sicherheit suchen, ihren Platz finden. Dabei hat sich gezeigt, dass dies überall dort am besten gelungen ist, wo die CDU schon länger regiert.“

Auch wies der Kanzleramtsminister darauf hin, dass die Flüchtlingsströme seit der Schließung der Balkanroute und dem Abkommen mit der Türkei deutlich reduziert werden konnten. Kamen im Herbst 2015 noch 7.000 Menschen pro Tag, seien es heute nur noch 100. Als zentrales Ziel nannte Altmaier weiterhin die Sicherung der europäischen Außengrenzen und dass Marokko, Tunesien und Algerien als sichere Herkunftsstaaten gelten.

Die Vorsitzende der CSU-Lan-

desgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt MdB, stellte ihrerseits klar, dass es allen Unkenrufen zum Trotz zwischen CDU und CSU in fast allen Themenbereichen eine sehr große Einigkeit und Geschlossenheit gibt. „Wir gehören zusammen, denn wir haben ein gemeinsames Wertefundament. Das ist die Botschaft der CSU, die ich Ihnen heute mitbringe.“

Mensch im Mittelpunkt

Die Arbeit in der Fraktion im Bundestag funktioniere hervorragend, aber nicht nur dort – auf allen politischen Ebenen arbeite man gut zusammen, denn „im Mittelpunkt müssen immer die Menschen stehen, und deshalb brauchen wir überall die besten Kräfte. Unsere Demokratie müssen wir schützen, es ist nicht die einfachste, aber die beste aller Staatsformen“, machte die Politikerin deutlich.

Hasselfeldt ging auch auf das gewachsene Sicherheitsbedürfnis der Menschen ein. Es gehöre zur

Staatliche Mittelstandspolitik:

Schwerpunktthema Energiewende

Für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien sowie zur Vortreibung des Breitbandausbaus haben jetzt Finanzminister Markus Söder und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zinsverbilligte Darlehen von ca. 523 Millionen Euro für Bayerns Kommunen und mittelständische Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Mit diesen Förderdarlehen konzentrierte man sich verstärkt auf die Schwerpunkthemen Energiewende und die Versorgung des Freistaats mit schnellem Internet, betonten Söder und Aigner gemeinsam. Die erforderlichen Mittel für die zinsverbilligten Darlehen würden aus der Gewinnabführung der LfA Förderbank bereit gestellt. Die Darlehen dienen vor allem für den „Energiekredit“ und „Energiekredit Plus“. Hierbei würden Maßnahmen von Klein- und Mittelbetrieben zur deutlichen Steigerung der Energieeffizienz sowie die Nutzung erneuerbarer Energien mit 180 Millionen Euro gefördert 50 Millionen Euro gebe es für Ökokredite, mit denen Investitionen gewerblicher Unternehmen in Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abfallwirtschaft, Ressourceneffizienz sowie in Boden- und Grundwasserschutz unterstützt werden.

Infrastruktur

Weitere 42 Millionen Euro stünden für den „InfraKredit Energie“ bereit, mit dem Gemeinden in die kommunale Infrastruktur zur Energieeinsparung und Umstellung auf erneuerbare Energieträger investieren könnten. Je 30 Millionen Euro gebe es für den „Technokredit“ zur Unterstützung von Vorhaben zur Realisierung neuer Technologien in Produkten und Produktionsverfahren sowie für Konsolidierungsvorhaben.

Hier gehe es vor allem um die Hilfestellung bei einem umfassenden Konsolidierungskonzept, bei dem gemeinnützige Kur- und Rehabilitationseinrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden.

Breitbandausbau

Neben der Energiepolitik spielt der Ausbau der Breitbandinfrastruktur eine ganz wesentliche Rolle. Hier seien 111 Millionen Euro Fördergelder für das Darlehensprogramm für Kommunen vorgesehen. Damit werde das staatliche Zuschussprogramm er-

obersten Pflicht eines Staates, seine Bürger zu schützen; sie mahnte in diesem Zusammenhang an, die technischen Möglichkeiten zu nutzen, um dieses Ziel zu erreichen. „CDU und CSU müssen dafür stehen, alles Menschenmögliche für die Sicherheit in unserem Land zu tun. In Fragen der Sicherheit erwarten die Menschen einen starken Staat von uns, dafür müssen wir als CDU und CSU stehen.“

Mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingspolitik meinte Hasselfeldt, es sei mit vereinten Kräften gelungen, die Zuwanderungszahlen zu begrenzen. „Es gelten drei Leitplanken: Humanität, Begrenzung und Integration. Gerade Bayern hat seit Beginn der Flüchtlingskrise unter Beweis gestellt, dass es sich nicht um Lippenbekenntnisse handelt. Wir haben bei der Unterbringung und Versorgung Hervorragendes geleistet. Jetzt setzen wir Schwerpunkte bei der Integration – und zwar mehr als andere Bundesländer.“ Wenig Verständnis äußerte die Vorsitzende für die unterschiedliche Rückführungspraxis der Bundesländer: „Alle Bundesländer müssen geltendes Recht umsetzen und die Menschen, die kein Bleiberecht haben, in ihre Länder zurückbringen.“

DK



V. l.: Florian Pronold, Landesvorsitzender, Dieter Reiter, Oberbürgermeister München, BR-Moderator Johannes Marchl, Andrea Mickel, 1. Bürgermeisterin Markt Gaimersheim und Dr. Ernst Böhm, Aufsichtsratsvorsitzender der B&O-Gruppe. □

Kommunalgipfel der BayernSPD:

Wohnungsbau forcieren

Bezahlbares Bauen und Wohnen für alle: Beim Kommunalgipfel der BayernSPD in München wurde ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Freistaat und Kommunen gefordert. Darüber herrschte Einigkeit bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Die BayernSPD will deshalb den staatlichen Wohnungsbau ausweiten - und zwar mit einer konsequenten Förderung des sozial gebundenen Wohnungsneubaus. Außerdem benötigt Bayern nach Ansicht der SPD eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Zudem setzt sich die SPD für eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau ein. Das bedeutet relevante Steuererleichterungen auch für Privatleute, Vereine oder Kirchen, wenn sie Wohnungen mit sozialer Bindung bauen und langfristig vermieten.

Nachholbedarf

Landesvorsitzender Florian Pronold warf der Staatsregierung vor, „den riesigen Nachholbedarf im bezahlbaren Wohnungsbau zu ignorieren“. Im kommenden Jahr halbiere sie nahezu die Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung in Bayern, obwohl der Bund die Mittel für die Länder auf 1,5 Milliarden Euro verdreifacht habe. 2017 gebe der Freistaat für soziale Wohnraumförderung nur noch 87 Millionen Euro aus; heuer seien es 160 Millionen Euro.

Ganz anders verfare die Stadt München. Pronold lobte das jüngste wohnungsbaupolitische Programm von Oberbürgermeister Dieter Reiter, der in den nächsten fünf Jahren 870 Millionen Euro in bezahlbares Wohnen investiere. Nach Reiters Ansicht wiederum „kann und muss der Freistaat noch viel mehr tun, um den Wohnungsbau anzukurbeln“. Exemplarisch nannte er Polizisten, für die Wohnungen in der Landeshauptstadt kaum bezahlbar seien. Dort müsse man auch dafür sorgen, dass die angestammten Mieterinnen und Mieter sich ihre Wohnungen noch leisten können.

Ein anderes Mietrecht wäre hierfür nach Reiters Ansicht der

Schlüssel zum Erfolg. Hohe Priorität räumt der OB auch dem Neubau ein. „Wir müssen gemeinsam mit dem Umland wachsen. Wohnungsneubau darf nicht an dem gelben Schild der Stadtgrenze enden.“ Die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden sei zu intensivieren.

Im Gegensatz zu München kämpfen kleine Gemeinden in Bayern mit anderen Problemen. Davon sprach die 1. Bürgermeisterin des Marktes Gaimersheim, Andrea Mickel, auf dem Podium des Kommunalgipfels: „Wir als kleine Gemeinde weisen zwar neue Bauflächen aus und verdichten nach. Die Frage in den kleinen Gemeinden ist aber immer, wer nach unseren Vorstellungen bezahlbare Wohnungen baut. Wenn das ein privates Unternehmen errichtet, ist es nämlich nicht mehr bezahlbar. Das ist unser Konflikt.“

Neue Ideen zulassen

Dr. Ernst Böhm, Aufsichtsratsvorsitzender der B&O-Gruppe, nahm als Experte der Wohnungswirtschaft an der Veranstaltung teil. Der Unternehmer baute unter anderem in Bad Aibling kostengünstig ein achtstöckiges Hochhaus aus Holz und daneben ein dreigeschossiges Gebäude auf Stelzen über dem dazugehörenden Parkplatz. Böhm geht davon aus, dass die Städte das Problem allein nicht lösen können. „Alle müssen gemeinsam die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, damit wir genügend bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir müssen uns zudem mit neuen Ideen im Wohnungsbau befassen.“

„Wir müssen schneller werden“, forderte Pronold. „Nicht nur beim Bauen, sondern auch beim Baurecht. Zudem ist es dringend erforderlich, dass auch Sicherungen und Firmen wieder in Mietwohnungsneubau investieren.“ □

Wohnimmobilienkreditrichtlinie:

GVB begrüßt Signal zum Abbau unnötiger Kredithürden

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken begrüßten die Ankündigung von Bundesjustizminister Heiko Maas, unnötige Hürden bei der Vergabe von Immobilienkrediten wieder abzubauen. In einem Interview mit der „Rheinischen Post“ hat Maas deutlich gemacht, dass er Änderungen am umstrittenen Umsetzungs-gesetz der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie für erforderlich hält.

Unerwünschte Auswirkungen und Rechtsunsicherheiten müssten beseitigt werden. Dafür hatte sich der Genossenschaftsverband Bayern in den vergangenen Monaten stets eingesetzt, da die am 21. März 2016 in Kraft getretenen Vorschriften die Kreditaufnahme für ältere Menschen und Familien teils erheblich erschweren und für ein erhebliches Maß an Rechtsunsicherheit sorgen.

Dazu GVB-Präsident Jürgen Gros: „Minister Maas sendet endlich Signale, die auf Besserung hoffen lassen. Eine schnelle Anpassung des Umsetzungs-

gesetzes zur Wohnimmobilienkreditrichtlinie ist dringend erforderlich. Die Verbraucher benötigen Rechtssicherheit. Überzogene Kredithürden, die ihnen die Vermögensbildung mit Immobilien oder den altersgerechten Umbau ihres Hauses erschweren, müssen beseitigt werden. Dazu zählt insbesondere die praxisferne und überflüssige Verschärfung der europäischen Vorgaben durch den deutschen Gesetzgeber, die das Einbringen von Kreditsicherheiten bei der Immobilienfinanzierung seit März erschwert.“ □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Wallinger
93488 Schönthal
am 5.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Mühlbauer
94377 Steinach
am 30.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Grandinger
84434 Kirchberg
am 4.12.

Bürgermeister Georg Riesch

83676 Jachenau
am 30.11.

Bürgermeister Hans Wittauer

95466 Weidenberg
am 30.11.

Bürgermeister Helmut Traut

91346 Wiesenttal
am 30.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Durst
92275 Hirschbach-Eschenfelden
am 24.11.

Bürgermeister Werner Tiefel

90556 Seukendorf
am 24.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Paulus
97478 Knetzgau
am 6.12.

Bürgermeister Christoph Böck

85716 Unterschleißheim
am 29.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Keilich
96242 Sonnefeld
am 24.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Landrat Sebastian Gruber
94078 Freyung
am 4.12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Rottmann
97453 Schonungen
am 1.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Musikschultag in Rosenheim:

Lebensraum Musikschule

Der Bayerische Musikschultag, seit Jahren die zentrale Veranstaltung des bayerischen Musikschulverbandes, war heuer zu Gast in Rosenheim. Neben Konzerten der jungen musikalischen Elite aus den bayerischen Musikschulen stand auch die Erörterung aktueller gesellschaftlicher Themen wie der Frage, welche Bedeutung den Musikschulen in der kommunalen Bildungslandschaft zukommt, auf dem Programm.

14 Solisten und Ensembles aus 13 ober- und niederbayerischen Musikschulen boten den Zuhörern Einblick in die Mannigfaltigkeit der musikpädagogischen Arbeit an den öffentlichen Musikschulen in Bayern. Begabte Solisten und Ensembles präsentieren einen facettenreichen Querschnitt durch die verschiedenen Instrumentengattungen und Epochen der Musik.

Allianzen als Gewinn für alle

Landrat Martin Bayerstorfer, einstimmig wiedergewählter Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen, stellte fest: „Wir werden uns alle auch weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass jedes Kind einen Zugang zu einer öffentlichen Musikschule hat – in erreichbarer Nähe, zugänglich ohne Wartezeit und bezahlbar.“ Der Präsident wies darauf hin, dass Kinder Qualität, Nachhaltigkeit und für ihren Unterricht vor allem eine gesicherte Finanzierung benötigen, die auf den drei Pfeilern Eltern, Kommunen und (mit Nachholbedarf) Freistaat Bayern stehe. „So kann musikalische Bildung in Bayern gelingen und so können Allianzen in der kommunalen Bildungslandschaft ein Gewinn für uns alle sein“, unterstrich Bayerstorfer.

Der Bayerische Musikschultag wandert alljährlich auf Einladung von Kommunen durch Bayern und verfolgt dabei unter anderem das Ziel, mit seinen zahlreichen kulturpolitischen, pädagogischen und musikalischen Veranstaltungen auch die örtliche Bevölkerung zu erreichen und so zur Bereicherung des Kulturlebens in der jeweiligen Stadt beizutragen. Wie sehr dies auch der Musikschulstandort Rosenheim begrüßt, hob Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer in ihrem Grußwort hervor.

Frühe Förderung

Laut Dr. Thomas Goppel, MdL und Präsident des Bayerischen Musikrates, „ist Musik das Bindeglied schlechthin“. „Wenn es uns nicht gelingt, junge Leute bis spätestens zum neunten Lebensjahr soweit bekommen zu haben, dass sie sich mit der Musik anfreunden, dann werden sie nur noch zu passiven Nutznießern dieser besonderen Art sich selbst zu stimulieren.“

Zum Thema „Zur Bedeutung der Musikschulen in der kommunalen Bildungslandschaft“ diskutierten Oliver Jörg, MdL, stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses Wissenschaft und Kunst, Wilhelm Lehr, Vizepräsident des Bayerischen Musikrats e. V., Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V., Gerhard Dix, Referatsdirektor „Bildung und Soziales“ beim Bayerischen Gemeindetag sowie die Ministerialräte Herbert Hillig und Michael Weidenhiller vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Alle Teilnehmer der Diskussionsrunde waren sich einig, wie wichtig und erfolgreich die musikpädagogische Bildungsarbeit der öffentlichen Sing- und Musikschulen für den Kulturstandort Bayern sind. Durchaus kontroverse Ansichten wurden jedoch vertreten, als es um Fragen der Finanzierung ging.

Wie Festredner Peter Winter, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanz-

fragen des Bayerischen Landtages, betonte, könne der Bayerische Staat nicht fordern ohne zu fördern, „denn der hohe Qualitätsstandard, der über die Musikschulverordnung beschrieben wird, lässt sich nur auf Dauer garantieren, wenn sich der Staat als verlässlicher Partner der Musikschulträger zeigt“.

Integration

Winter zufolge sollen die Mittel des Freistaats für die Integration auch denjenigen zugutekommen, die sich intensiv mit der Integration beschäftigen, „und das ist gerade auch der Bereich der Musikschulen“. Auch wenn die Spielräume im kommenden Doppelhaushalt 2017/2018 begrenzt sind, sendete Peter Winter folgendes Signal: „Ich stelle in Aussicht, dass die CSU-Fraktion wieder etwas für die Musikschulen tun wird, so wie wir bereits früher schon... in Vorleistung gegangen sind. Sie können sicher sein, der Erhalt und der Ausbau der Musikschulen ist mir und meinen Kollegen im Landtag ein wichtiges Anliegen.“

Im Rahmen des Festakts zum Musikschultag wurde auch die Carl-Orff-Medaille für besondere Verdienste um die bayerischen Sing- und Musikschulen verliehen. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Ministerialräte

Herbert Hillig und Michael Weidenhiller vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für ihren vielfältigen Einsatz für die Musikschulen in Bayern. Beide sind seit der Gründung der BLKM 2011 Mitglieder im Beirat der Bayerischen Landeskoordinierungsstelle Musik.

Finanzierung

Herbert Hillig setzte sich im Rahmen der Neufassung und Aktualisierung des Bayerischen Musikplans für eine langfristige Anhebung des staatlichen Finanzierungsanteils ein. Auch trug er als Befürworter der Andockung des Bayerischen Jazzinstituts an den VBSM zur Absicherung und Neustrukturierung bei.

Michael Weidenhiller unterstützte den VBSM erfolgreich in seinem Bemühen um eine enge Verknüpfung der Leistungsprüfungen des VBSM in Abstimmung mit schulischen Leistungen sowie einer Vereinbarung zwischen dem VBSM und dem StMBW zur verstärkten Zusammenarbeit.

Der Kompetenznachweis Musik, die Gründung der Bayerischen Landeskoordinierungsstelle und eine 2015 neu geschaffene Förderung von Kooperationen der Musikschulen mit Kitas und allgemeinbildenden Schulen sind weitere Bereiche, die beide gemeinsam beförderten.

Aktuell fördert der Freistaat die 217 öffentlichen Musikschulen in Bayern mit rund 196.000 Kindern und Jugendlichen mit über 15 Millionen Euro. **DK**

Reduzierung der Verkehrstoten

5. Bayerische Verkehrssicherheitskonferenz in München

Die im Jahr 2012 von Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann ins Leben gerufene Bayerische Verkehrssicherheitskonferenz gilt als fester Bestandteil des Bayerischen Verkehrssicherheitsprogramms 2020. Hierbei geht es vor allem um die Reduzierung der Verkehrstoten auf unter 550 bis zum Jahr 2020. Seit dem Start des Programms 2011 ist die Zahl von 780 auf 614 im Jahre 2015 gesunken. Dies erklärte Herrmann in seiner Halbzeitbilanz auf der Münchner Verkehrssicherheitskonferenz.

Auch wenn die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle in Bayern seit 2011 aufgrund der stetigen Zunahme des Straßenverkehrs um elf Prozent auf 391.125 gestiegen sei, werde man weiterhin hart daran arbeiten, Bayerns Straßen noch sicherer zu machen, kündigte der Minister an.

Intensive Kontrollen

Wie Herrmann weiter ausführte, sollen vor allem die schwächeren Verkehrsteilnehmer wie Kin-

der, Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer künftig verstärkt im Fokus stehen. Außerdem werde die bayerische Polizei verstärkte Geschwindigkeitskontrollen sowie intensive Alkohol- und Gurtkontrollen durchführen.

Gebaute Sicherheit

Darüber hinaus setzt der Verkehrsminister auf mehr „gebaute Verkehrssicherheit“, besonders auf Landstraßen. Dafür stünden im Rahmen des Verkehrssicher-

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA hat weltweit für Überraschung und mancherorts gar für einen regelrechten Aufschrei der politischen Beobachter gesorgt. Allen Wahlprognosen zum Trotz wird der republikanische Bewerber Donald Trump als nächster amerikanischer Präsident in das Weiße Haus einzuziehen und einen Politikstil einführen, der mit allem Bekannten bricht.

Sowohl dessen Befürworter als auch seine Gegner überschlagen sich mit Kommentaren und Mutmaßungen über die ersten Amtshandlungen des zukünftigen amerikanischen Präsi-



ben wieder eingeführt werden. Ein Überblick über die bestehenden Handelsbeziehungen mit den USA macht dies deutlich: Im Jahr 2013 betrug der Buchwert amerikanischer Investitionen in Bayern mehr als sechs Mrd. Euro. Gleichzeitig wurden bayerische Waren im Wert von 18,9 Milliarden Euro in die USA exportiert. Dies entspricht rund elf Prozent aller bayerischen Ausfuhren und einer Steigerung um 47 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000.

Eine Gefährdung guter Beziehungen zu den USA aufgrund der Unzufriedenheit mit deren demokratischem Votum wirkt für mich nicht nur überheblich, sondern birgt auch große Schwierigkeiten für die vielen bayerischen Firmen, die dort aktiv sind. In erster Linie sind dies Unternehmen im Bereich Maschinen- und Werkzeugbau, die sich auf den Exportmarkt jenseits des Atlantiks spezialisiert haben. Im Besonderen ist es die bayerische Autobranche; fast die Hälfte der Ausfuhren in die USA geht auf den Kraftfahrzeugsektor zurück. Diese Unternehmen brauchen die Rücken- deckung der Politik und die Sicherheit, dass sich die guten partnerschaftlichen Verhältnisse nicht verschlechtern werden.

Klar ist, dass Trump für die nächsten vier Jahre amerikanischer Präsident sein wird. Ebenso offensichtlich ist, dass er mit der bisherigen Politik seiner Vorgänger nicht fortfahren und als langjähriger Unternehmer eigene Akzente in der Wirtschaftspolitik setzen möchte. Vor dem Hintergrund unserer Interessen sollte einem Wahlsieger immer gratuliert und die Hand zur Fortführung einer guten Partnerschaft weiterhin entgegen gehalten werden.

Bei aller Hysterie um den Wechsel im Weißen Haus wollen wir den Wert guter Regierungsbeziehungen nicht unterschätzen, denn bereits Ludwig Erhard sagte: „Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie!“

Ihr Alois Rainer, MdB

Was sind uns gute Partnerschaften wert?

Selten gibt es Politiker, die so stark polarisieren und selten haben europäische Regierungschefs so verhalten einem US-Präsidenten zur Wahl gratuliert.

Bei aller Kritik und berechtigtem Zweifel an den Aussagen Donald Trumps dürfen wir nicht vergessen, dass er der Sieger einer demokratischen Wahl ist und in Kürze die Geschichte der weltweit größten Volkswirtschaft lenken wird. Moralische Belehrungen und Auflagen für künftige Verhandlungen sind dabei keine geeignete Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Besonders unser Freistaat ist aufgrund vielfältiger Verflechtungen auf gute transatlantische Beziehungen angewiesen. Als wichtigster Exportmarkt drohen der bayerischen Wirtschaft erhebliche Rückschläge, wenn aktuelle Handelsverträge angezweifelt und Importabga-

Bundesteilhabegesetz:

Furcht vor neuer Kostendynamik

Anlässlich der Anhörung im Deutschen Bundestag zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz) appellierten die kommunalen Spitzenverbände an den Bundestag, den Gesetzentwurf so anzupassen, dass sich die beabsichtigten Reformziele auch erreichen lassen. Dazu gehört auch, dass keine neue Kostendynamik entsteht.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse sowie die Präsidenten des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Landrat Reinhard Sager und Bürgermeister Roland Schäfer, erklärten dazu: „Die Kommunen unterstützen die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Ziele, über ein Bundesteilhabegesetz ein modernes Teilhaberecht nach der UN-Behindertenrechtskonvention zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen als Leistungsträger gestärkt und die Ausgabendynamik gedämpft werden. Der Gesetzentwurf erfüllt diese Anforderungen bisher nicht und muss deshalb überarbeitet werden.“

Kreisfreie Städte und Landkreise, die Träger der Leistungen für behinderte Menschen sind, befürchten erhebliche finanzielle Risiken, sollte der Entwurf unverändert bleiben. „Ein wesentliches Reformziel besteht darin, die bisherige Ausgabendynamik zu dämpfen und keine neue Ausgabendynamik zu erzeugen“, so Lohse, Sager und Schäfer. Der Gesetzentwurf enthält nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände aber keine hinreichenden Maßnahmen, um die heutige Ausgabendynamik zu bremsen, die eine jährliche Steigerung von über 4 Prozent umfasst. „Die Mehrbelastungen, die auch durch vorgesehene neue Leistungen entstehen, werden die Länder ihren Kommu-

nen im Rahmen des Konnexitätsprinzips vollständig erstatten müssen, wenn die Regelungen so und ohne Kompensation durch den Bund verwirklicht würden.“

Die angestrebte Trennung der Fachleistungen für Menschen mit Behinderungen von Leistungen für ihren Lebensunterhalt bewerten die kommunalen Spitzenverbände positiv, auch wenn im Einzelnen eine noch trennschärfere Abgrenzung notwendig erscheint. Ein modernes Teilhaberecht soll die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllen und dabei insbesondere den Inklusionsgedanken aufgreifen.

„Das neue Gesetz muss dem Grundsatz der Inklusion Rechnung tragen und ermöglichen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt in allen Lebensbereichen, Leistungsbereichen und Systemen Zugang haben. Der Entwurf verfestigt jedoch in mehreren grundlegenden Lebensbereichen, etwa der Bildung und Pflege, das Sondersystem der Eingliederungshilfe“, sagten die Präsidenten. So müssten Menschen mit Behinderung auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung haben. Dafür müsse der Gesetzgeber Sorge tragen.

Auch erfordere die Einführung aufwendiger Verfahren einen beträchtlichen Personaleinsatz. Dies gelte auch für das neue Vertragsrecht, ohne dass damit ein unmittelbarer Nutzen für die Leistungsberechtigten verbunden wäre. **□**

Europäische Zentralbank:

Kritischer Prüfbericht

Rechnungshof legt bei EZB-Bankenaufsicht Finger in die Wunde

Der Europäische Rechnungshof warnt in einem jüngst veröffentlichten Bericht vor einer ungenügenden Trennung von geldpolitischen Aufgaben und Aufsichtspflichten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Es dürfe nicht das Risiko außer Acht gelassen werden, dass „in einigen Bereichen Interessenkonflikte bestehen könnten“, so die Rechnungsprüfer.

Dazu Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB): „Der Rechnungshof legt den Finger in die Wunde. Sein Bericht ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Ansetzung der europäischen Bankenaufsicht bei der EZB eine Notlösung war, die korrigiert werden sollte. Das zeigen allein schon die gegensätzlichen Ziele: Während die EZB-Aufsicht auf höhere Eigenkapitalanforderungen drängt und damit die Kreditvergabe tendenziell bremst, wollen die Geldpolitiker mit Negativzinsen die Kreditvergabe ankurbeln. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, daraus Konsequenzen zu ziehen und die europäische Finanzaufsicht in einer eigenständigen, demokratisch kontrollierten Behörde zu organisieren.“ **□**

LKW-Stellplätze

Schließlich ging der Verkehrsminister auch noch auf die Verbesserung der Stellplatzsituation für Lkw ein. Hierbei habe der Freistaat seit 2012 jährlich durchschnittlich 32 Millionen Euro in den Bau von Rastanlagen investiert sowie zwischen 400 und 500 neue Abstellflächen geschaffen. Daneben sei im Mai 2015 ein internetbasiertes Lkw-Parkplatzinformationssystem für die A9 gestartet, das in den nächsten Jahren auf die Autobahnen A3, A7, A8 Ost und A93 Süd erweitert werde. **rm**

Kabinettsitzung in Lindau:

Schwaben ist dynamische Zukunftsregion

Ministerpräsident Horst Seehofer hat Schwaben bei der Kabinettsitzung in Lindau (Bodensee) als boomende Region mit großem Zukunftspotential bezeichnet. Seehofer: „Schwaben ist eine dynamische Zukunftsregion im Herzen Bayerns. Schwaben bietet den Menschen eine unverwechselbare Heimat und beste Zukunftschancen durch seine breit aufgestellte Wirtschaft mit Arbeitsplätzen in High Tech, Industrie, Handwerk, und Mittelstand! Erfolg ist gut - aber wir werden uns darauf nicht ausruhen. Wir nehmen die dynamische Entwicklung in Schwaben auf und geben ihr durch die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung und Verbesserungen bei der Infrastruktur von Straße und Schiene zusätzlichen Schub.“

Als Schwerpunkte der Politik für Schwaben nannte der Ministerpräsident neben dem Jahrhundertprojekt Uniklinikum Augsburg und Neugründung einer medizinischen Fakultät an der Universität Augsburg insbesondere auch den eindrucksvollen Ausbau der außeruniversitären Forschungs- und Innovationslandschaft, der allein im Bereich des Wirtschaftsministeriums mit rund 30 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren aus Landesmitteln gefördert wird.

Herausgehobene Projekte

Herausgehobene Projekte sind die Fraunhofer-Einrichtung für Gießerei-, Composite- und Verarbeitungstechnik, das DLR Zentrum für Leichtbauproduktionstechnologie, das geplante DLR Test- und Simulationszentrum Gasturbine TESIG, das Verbundprojekt Campus Carbon 4.0 für Karbonfaser-Technologie oder das Vorhaben „Sichere Industrie 4.0 @Augsburg“ zur Datensicherheit.

Datensicherheit

Das Vorhaben greift Fragen der Datensicherheit bei der Realisierung von Industrie 4.0-Vorhaben auf. In Vorläufforschungen sowie konkreten Prototypenentwicklungen sollen Lösungen für sichere unternehmensübergreifende Datenübertragungen und energieeffiziente drahtlose Kommunikation erarbeitet werden sowie an Unternehmen insbesondere in den Branchen Robotik, Maschinenbau sowie Produktionslogistik als industriennahe Dienstleistung transferiert werden.

Wichtige Impulse

Wichtige Impulse wird die Staatsregierung auch beim Ausbau der Verkehrswege setzen. Ministerpräsident Seehofer: „Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur, gleich ob auf der Straße, der Schiene oder in der Luft, ist die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und sichert die Zukunft der Menschen in der Region. Wir sind in Schwaben einen

großen Schritt vorangekommen.“

Mobilitätsdrehscheibe

„Auf der Schiene werden mit der Mobilitätsdrehscheibe Augsburg und dem in Kürze beginnenden Ausbau der Bahnstrecke München - Lindau zwei der größten künftigen bayerischen Bahnprojekte in Schwaben liegen. Rund 70 Prozent aller Bundesmittel zur Verbesserung der Schienenpersonen-Nahverkehrsinfrastruktur, über die der Freistaat und die Deutsche Bahn gemeinsam entscheiden, fließen nach Schwaben. Das Straßennetz in Schwaben soll unter anderem mit dem sechsstreifigen Ausbau der A 7 von Hittistetten bis Illertissen, dem vierstreifigen Ausbau der B 12 von Buchloe bis Kempten und dem dreistreifigen Ausbau der B 16 von Donauwörth bis Günzburg bedarfsgerecht fortentwickelt werden.“

Passagier-Zuwachs

Auch für den Allgäu Airport wird sich die Staatsregierung weiter stark machen. Der Freistaat will den Allgäu Airport in Memmingen weiter unterstützen. Der Flughafen hat mit über 883.500 Passagieren und einem Zuwachs von knapp 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr in 2015 das zweitbeste Ergebnis der Unternehmensgeschichte erzielt. Der Freistaat hat den Flughafen bisher mit rund 7,2 Millionen Euro für

Investitionen in die Flugplatzinfrastruktur unterstützt. Die Fortsetzung der finanziellen Förderung bedarf der beihilferechtlichen Genehmigung der Europäischen Kommission.

Seehofer: „Schwaben kann sich auf die Bayerische Staatsregierung verlassen. Wir stehen an der Seite

der Menschen in Schwaben und werden alles tun, um die Region weiter zu stärken.“

Weitere Informationen zu den Leistungen und Maßnahmen der Staatsregierung für Schwaben sind unter q.bayern.de/leistungsbilanzschwaben-zusammengestellt. □

Kommunen...

(Fortsetzung von Seite 1) die Gemeindeverkehrsfinanzierung einsetzt. Mit diesen Fördermitteln können wichtige Projekte im öffentlichen Personennahverkehr auf den Weg gebracht werden.“

Einen weiteren positiven Effekt dürfte aus seiner Sicht die Fortschreibung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz nach sich ziehen: Der Bund will den bereits seit 2015 vorhandenen Investitionsfonds um 3,5 Milliarden Euro erhöhen, die dann für die kommunale Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen zur Verfügung stehen. Das Programm will sich nicht auf energetische Sanierungen beschränken.

Maly zufolge könnte damit der Bau von Bildungsrichtungen einen Schub erhalten. Allerdings könne der Bund die Kommunen nur fördern, wenn das Kooperationsverbot im Bildungsbereich, das seit der Föderalismusreform gilt, im Grundgesetz wieder gelockert wird. Die Aufhebung des Kooperationsverbots entspricht einer langjährigen Forderung des Städtetags: Damit öffnet sich wieder ein Finanzierungskanal vom Bund auf die Kommunen. Allerdings soll dies vor allem für finanzschwache Kommunen gelten; Bayerns Kommunen dürfen wohl mit niedrigeren Bundeszuschüssen rechnen als Kommunen in finanzschwächeren Bundesländern. Bei Anwendung des bisherigen Verteilungsschlüssels würden auf Bayern knapp 290 Millionen Euro entfallen.“

„Der Freistaat muss zeigen, wie er die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen finanziell abbildet“, erklärte der Städtetagschef mit Blick auf anfallende Integrationskosten. Anders als andere Bundesländer habe der Freistaat einen Großteil der Kosten erstattet, die mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen während des Asyl- und Anerkennungsverfahrens anfallen. Maly: „Neben dem Lob auf die Leistungen des Freistaats steht Kritik: Trotz der Leistungen des Freistaats bleiben hohe Belastungen in den kommunalen Haushalten stehen. Dies ist eine kalte Kommunalisierung von Integrationskosten. Der Freistaat muss die Kommunen angemessen an den Bundesmitteln von 7 Milliarden Euro beteiligen.“

Ungedekte Kosten

Im August 2016 hat der Bayerische Städtetag bei den kreisfreien Städten die flüchtlingsbedingten Einnahmen und Ausgaben erneut abgefragt. Insgesamt entstanden den kreisfreien Städten im ersten Halbjahr 2016 ungedeckte Kosten von 63,8 Millionen Euro. Das sind bereits 72 Prozent der Kostenbelastung für das Gesamtjahr 2015: Hier sind die Kosten noch bei 88,6 Millionen Euro gelegen. Allein diese Zahl zeigt nach Ansicht Malys, dass die finanziellen Belastungen der kreisfreien Städte im Jahr 2016 deutlich höher ausfallen als im Vorjahr. Hier schlugen vor allem die Aufwendungen für Personal zu Buche.

Alarmierend seien die Prognosen der bayerischen Bezirke zu den bislang vom Freistaat nicht erstatteten Nettoausgaben für unbegleitete junge volljährige Flüchtlinge in der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Die kommunalen Spitzenverbände fordern, dass der Freistaat Bayern die Kosten

der Jugendhilfe für unbegleitete junge Flüchtlinge auch dann übernimmt, wenn die Jugendlichen, die sich in Jugendhilfemaßnahmen befinden, die Volljährigkeit erreichen und noch einen weiteren Betreuungsbedarf haben. Die Bezirke gehen im Jahr 2016 von einer Gesamtbelastung von 140,3 Millionen Euro wirtschaftliche Jugendhilfe für unbegleitete junge Flüchtlinge aus, die letztlich von den Bezirksumlagezahlern zu tragen sind, wenn der Freistaat sich weiter weigert, diese Kosten zu erstatten. Maly: „Der Freistaat ist das einzige Bundesland, das die Kosten der Jugendhilfe für Flüchtlinge kommunalisiert: Dies geschieht über die Bezirksumlage, die kreisfreie Städte und Landkreise bezahlen; die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind über die Kreisumlage betroffen.“

G8 oder G9

Eine klare Entscheidung verlangt der Bayerische Städtetag auch beim Thema „Weiterentwicklung des Gymnasiums“. Die Sachaufwandsträger müssten wissen, ob das Gymnasium nun auf acht Stufen oder neun Stufen angelegt wird, so Maly. Derzeit liefen Gespräche des Kultusministeriums mit kommunalen Spitzenverbänden, Lehrverbänden und Elternverbänden zur Weiterentwicklung des achtjährigen Gymnasiums (G8) auf der Basis der Eckpunkte des Bayerischen Ministerrats.

Auf Antrag soll wieder eine längere Lernzeit am Gymnasium möglich werden. An einem Gymnasium mit neunjähriger Lernzeit (G9) sollen gleichzeitig individuelle Verkürzungsmöglichkeiten angeboten werden, um das Abitur in acht Jahren abschließen zu

können. Maly: „Die derzeit diskutierten Optionen öffnen viele Modelle, die an Gymnasien gleichzeitig laufen könnten: Es gibt ein G8 in Reinform. Es soll ein G9 in Reinform geben, das aber nicht so genannt wird. Und es soll ein G9 geben, das verkürzt in acht Jahren mit dem Abitur abgeschlossen werden kann – früher hat man das Überspringen genannt. Dann soll es noch ein G8 plus geben, auf dem man nach neun Jahren zum Abitur kommen kann – früher hat man das Durchfallen genannt.“

Planbarkeit

Wie Maly erläuterte, sei vom Kultusministerium bislang noch wenig Klärendes zu hören gewesen. Die zentrale Frage der Planbarkeit bleibe offen.

Die Reform des Gymnasiums soll nach den Vorstellungen der Staatsregierung innerhalb von zwei Jahren auf den Weg gebracht werden. Die aktuelle Dialogphase des Kultusministeriums soll bis Ende 2016 abgeschlossen sein. Die Entscheidungen über die Reform werden dann vom Ministerrat und vom Landtag getroffen. Bis Ende des Schuljahres 2016/17 sollen die rechtlichen Fragen geklärt sein und die Reform-Entwürfe erarbeitet und beschlossen werden.

Die sogenannten Schulfamilien an den jeweiligen Gymnasien sollen im Schuljahr 2017/18 Zeit zur Meinungsbildung erhalten, ob ein Antrag auf Einführung der verlängerten Lernzeit gestellt werden soll. Ab dem Schuljahr 2018/19 ist die Umsetzung geplant. Die Umstellung kann von jedem Gymnasium und seiner Schulfamilie mit einem individuellen Antrag angestoßen werden.

Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit soll die Einstimmigkeit der Schulfamilie sowie die Zustimmung des kommunalen Schulaufwandsträgers sein. Die Genehmigung des jeweiligen Antrags will sich das Kultusministerium vorbehalten.

In der bisherigen Pilotphase mit 47 Pilotschulen haben sich 60 bis 70 Prozent der Eltern und Schüler für eine verlängerte Lernzeit entschieden. **DK**

Langer Atem für...

(Fortsetzung von Seite 1)

Beim Thema Windkraft meinte Aigner: „Die 10H-Regelung ist das Eine - aber ich brauche einen Investor, der unter den jetzigen Bedingungen überhaupt noch zubaute.“ Ihr Fokus richtet sich dabei auf Bürgerenergiegenossenschaften. Gemeinsam mit Innenminister Joachim Herrmann will sie demnächst an die Kommunalpolitiker herantreten, um mit ihnen Handlungsmöglichkeiten zu erörtern.

Photovoltaik

Aigner informierte zudem über die vom Bundeskabinett beschlossene „Verordnung zur Einführung von Ausschreibungen für die finanzielle Förderung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“, die seit diesem Jahr vorsieht, dass auf Ackerflächen in benachteiligten Gebieten bis zu zehn Photovoltaikanlagen errichtet werden dürfen. Konkret sollen Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit einer Spitzenleistung von 1,2 Gigawatt neu gebaut und von der Bundesnetzagentur (BNetzA) per Auktionsverfahren ausgeschrieben werden. Bis Ende 2017 soll über die Flächenfrage neu verhandelt werden.

Nicht aus den Augen lassen sollten die Kommunalpolitiker aus Aigners Sicht das Thema „Energetische Gebäudesanierungen“. Der Gebäudesektor sei im neuen Klimaschutzplan prozentual am stärksten gefordert, erklärte Aigner, die sich für eine steuerliche Förderung aussprach. Diese Förderung trage sich selber, eine Gegenfinanzierung sei nicht nötig – im Gegenteil: Dadurch würden erhebliche Investitionen im heimischen Handwerk ausgelöst und Steuereinnahmen generiert.

Die Geothermie wiederum bezeichnete Aigner als Thema der Zukunft, insbesondere mit Blick auf die Wärmenetze als wichtiges Handlungsfeld. Eine konsequente Ausrichtung der Wärmeverteilung auf Niedertemperaturwär-

menetze sei aus Effizienzaspekten sinnvoll und erleichtere die Integration der tiefen Geothermie.

Bayern ist Primus

Über die Umsetzung der neuen Regelung zum acht- bzw. neunjährigen Gymnasium berichtete im Anschluss Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle. Nach seinen Ausführungen ist Bayern der Schulprimus, wie erst kürzlich wieder Vergleichstests für die Schulfächer Deutsch und Englisch in der 9. Klasse ergeben hätten. Der Grund hierfür liege in der Weiterentwicklung des differenzierten bayerischen Bildungswesens. Hier seien notwendige Schritte wie die Einführung der sechsstufigen Realschule und die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule erfolgt.

Tragfähiges Modell

Minister Spaenle will „ein langfristig tragfähiges Modell für die Zukunft des Gymnasiums entwickeln, das der heterogenen Schülerschaft und unterschiedlichen Schulstandorten Rechnung trägt“. In der Vergangenheit habe man dieses Ansinnen bereits mit der Erweiterung der Lernzeit – siehe Flexibilisierungsjahr – in Angriff genommen.

Bei der Weiterentwicklung des Gymnasiums, dessen Übertrittsquote sich laut Spaenle seit gut fünf Jahren bei rund 40 Prozent, in Ballungsräumen bei 50 Prozent bewegt, sollen folgende Eckpunkte einbezogen werden: Das Gymnasium verfügt über einen einheitlichen Rahmen z. B. mit Fächerkanon und LehrplanPLUS und weist eine einheitliche zweijährige Qualifikationsphase der Oberstufe und eine Abiturprüfung mit denselben Bedingungen und Qualitätsanforderungen auf. Einheitlich wird nach Jahrgangsstufe 10 die Mittlere Reife verliehen. **DK**

Basierend auf einer Grundkonzeption von acht Jahren solle, falls Staatsregierung und Regierungsfraction dies so beschließen, die einzelne Schule über ihr Lernzeitangebot und den Zeitpunkt der Entscheidung mitbestimmen, erläuterte der Minister. Die Lernzeit sei in den Gesamtkontext der qualitativen Weiterentwicklung des Gymnasiums eingebunden. Die politische Verantwortung – auch für die Einzelentscheidung – werde beim Ministerium und dem Minister liegen.

Weiterentwicklung des Gymnasiums

Bei der Weiterentwicklung des Gymnasiums geht es Minister Spaenle insgesamt um „Verlässlichkeit und Planbarkeit“. „Die Weiterentwicklung des Gymnasiums will ich aufgrund der enormen Tragweite mit größter Sorgfalt angehen – gerade auch angesichts der Tatsache, dass die Vorgehensweise bei der Einführung des G8 eher suboptimal war.“

„Wir werden uns die nötige Zeit nehmen“, versprach Spaenle, der unter anderem Gespräche mit den Sachaufwandsträgern ankündigte, um in der Folge eine entsprechende Grundsatzentscheidung in der Landtagsfraktion herbeizuführen. Grundlegende Entscheidungen erwartet er zum Jahreswechsel 2016/2017. Veränderungen in den Schulen gebe es nicht vor dem Schuljahr 2018/2019. Die Schulen haben damit knapp zwei Jahre Zeit.

Nach einem lebhaften Meinungsaustausch formulierte der KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss zum Abschluss der Sondersitzung folgenden Standpunkt: „Wir begrüßen den Dialogprozess und nehmen das neue Modell zur Kenntnis. Im Falle von Mehraufwendungen (siehe bauliche Maßnahmen, Schülerbeförderung etc.) fordern wir, dass der Freistaat dafür auch aufkommt.“ **DK**

Zukunftssichere...

(Fortsetzung von Seite 1) bandausbau auf den Weg gebracht. Hierbei stehen deutschlandweit gut 2 Mrd. Euro zur Verfügung.

Bei den Bundesförderprojekten wurde nach Kleffels Auskunft bislang kein bayerischer Antrag abgelehnt, weshalb die Wirkung des Scorings nach wie vor nicht schätzbar sei. Kofinanzierungsbescheide würden von Regierungen zeitnah und unbürokratisch erstellt und der LfA-Infrakredit Breitband stehe auch hier zur Verfügung. Deshalb Kleffels Rat: „Soweit Gemeinden weiteren Mittelbedarf haben, soll das Bundesprogramm genutzt werden.“

BayernWLAN

Der Freistaat Bayern hat die Initiative BayernWLAN gestartet und nimmt dabei eine Vorreiterrolle in ganz Deutschland ein. In keinem anderen Bundesland gibt es ein vergleichbares Programm. Damit wird Bayern das erste Bundesland mit einem eigenen WLAN-Netz. Bis zum Jahr 2020 sollen nach den Worten von Wolfgang Bauer (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat) insgesamt 20.000 Hotspots kostenfrei unter @BayernWLAN zur Verfügung stehen. Dabei sind weder Passwörter, Anmeldeinformationen noch Registrierung erforderlich. Damit der Jugendschutz gewahrt bleibt, kommen entsprechende Filter zum Einsatz. Somit gibt es bald ein für jedermann offenes WLAN-Angebot gleichmäßig

über Bayern verteilt, vor allem im ländlichen Raum. Ausgestattet werden insbesondere Kommunen, Hochschulen, Behörden und Tourismusziele.

Bereits seit Anfang 2015 sind in einer Pilotphase des BayernWLAN an 140 Standorten über 600 Hotspots bayernweit realisiert worden. Schon in der Pilotphase wurde das BayernWLAN sehr gut von den Bürgern und Touristen angenommen. Aufgrund der positiven Resonanz an den Pilotstandorten wird das BayernWLAN um neue Schwerpunkte in den touristisch interessantesten Regionen Bayerns erweitert. Neben Liegenschaften des bayerischen Finanzministeriums werden hier in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden 1.000 weitere Touristenhotspots nach dem Motto „Dort, wo Bayern am schönsten ist“ mit BayernWLAN ausgestattet. Kommunen und Landkreise wählen diese Standorte aus und der Freistaat übernimmt die Ersteinrichtungskosten für diese Standorte.

Professionelle Beratung bei der Planung und Unterstützung während der kompletten Umsetzungsphase erhalten die Kommunen durch das WLAN-Zentrum in Straubing.

In Ausgabe 24/2016 der Bayerischen Gemeindezeitung, die am 22. Dezember erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Unter <http://bayerisches-breitbandforum.de> stehen die Vorträge bereits zum Download bereit. **DK**

Landkreise Bamberg und Augsburg:

Freude über Bayerischen Energiepreis

Auszeichnung durch Wirtschafts- und Energiestaatssekretär Franz Josef Pschierer in Nürnberg

Zum zehnten Mal verlieh das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie heuer den Bayerischen Energiepreis 2016. In der Kategorie "Kommunale Energiekonzepte" siegte der Landkreis Bamberg mit dem Projekt "Klimaschutzmanagement Landkreis Bamberg". In der Kategorie "Gebäude als Energiesystem/Gebäudekonzept" wurden die Kaufmann Architekten ZT GmbH & Florian Nagler Architekten gemeinsam mit dem Bauherren, dem Landkreis Augsburg, für den Neubau des Schmuttertals-Gymnasiums in Diedorf ausgezeichnet.

Im Jahr 2008 schloss der Landkreis Bamberg mit den 36 kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Bamberg eine Klimaallianz mit dem Ziel der bilanziellen Energieautarkie bis 2035. Diese kommunale Kooperation zur Umsetzung gemeinsamer Klimaschutzziele war lange Zeit eine in Bayern einzigartige Form. Im gleichen Jahr richtete der Landkreis die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten ein und schuf 2010 einen eigenen Fachbereich Klimaschutz - nach derzeitigem Kenntnisstand ist dies bayernweit ein Alleinstellungsmerkmal des Landkreises Bamberg.

Im Rahmen der Klimaallianz 2008 ließ der Landkreis als erste Aufgabe eine Potenzialanalyse erneuerbarer Energien für das Gebiet der Stadt und des Landkreises Bamberg erstellen, im Jahr 2010 folgte ein Solarflächenkataster. Seit 2013 versorgt ein 800-KW-Biomasseheizwerk das Schulzentrum in Scheßlitz mit Nahwärme.

2015 gab die Klimaallianz

einen Klimaschutzfahrplan sowie einen Energienutzungsplan bzw. ein Wärmekataster für alle 36 kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Bamberg in Auftrag. Die Einrichtung einer Ladesäule für Elektrofahrzeuge am Landratsamt war ein nächster Schritt; künftig sollen auch die Liegenschaften des Landkreises mit Ladesäulen versorgt werden.

Zudem trieb der Landkreis Bamberg die flächendeckende Ausstattung der kreisangehörigen Gemeinden mit einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge voran, mittlerweile stehen in 24 von 36 Kommunen insgesamt 30 Ladesäulen. Aktuell nimmt der Landkreis am Projekt „Energieeffizienznetzwerke für Kommunen“ teil und verwirklicht eine Machbarkeitsstudie zur Klärschlamm-trocknung und seiner thermischen Verwertung im Flächenlandkreis Bamberg.

Ganz im Zeichen des Klimaschutzes ist der Landkreis Bamberg aber auch international aktiv: Im Rahmen des Projekts

„Ecoregions“ war er in die interregionale europäische Zusammenarbeit eingebunden und stellte bei der Konferenz „Nachhaltige Energienutzung - Möglichkeiten zwischen Deutschland und Korea“ sein Klimaschutzmanagement in Asien vor.

„Er ist für mich vergleichbar mit einer Goldmedaille bei den Olympischen Spielen“, kommentierte der Bamberger Landrat Johann Kalb die Frage nach der Bedeutung des Bayerischen Energiepreises, den er gemeinsam mit seinem zuständigen Fachbereichsleiter für den Klimaschutz, Robert Martin, entgegennehmen durfte.

Das Schmuttertals-Gymnasium in Diedorf wiederum ist Bestandteil eines Konzeptes, den Landkreis Augsburg gezielt zu einem Bildungslandkreis auszubauen. Die Schule hat dabei Modellcharakter und erreicht die Ziele der Nachhaltigkeit und Pädagogik mit den ureigenen Mitteln der Architektur: Vielfältig zu nutzende Räume bieten Platz für selbständiges Lernen, die klare Struktur des Holzbaus erlaubt es, auch in Zukunft auf neue pädagogische Konzepte zu reagieren. Um die Behaglichkeit zu steigern, wurden die Oberflächen der Räume in einem aufwändigen Prozess entwickelt.

Als Plusenergiehaus erzeugt das Gymnasium mehr Energie

als sein Betrieb benötigt. Dies wird durch eine hoch dämmende und luftdichte Passivhausgebäudehülle, einer effizienten Anlagentechnik auf Basis eines Pelletkessels und einer zentralen Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung erreicht. Die Wärme- und Kälteübergabe in die Klassenräume erfolgt über ein Rohrsystem im Estrich, dessen Speicherkapazität erhöht wurde. Die Zuluft gelangt als Quellluft in die Räume und sorgt so für ein angenehmes Raumklima und gleichbleibend gute Luftqualität. Eine 440 kWp Photovoltaikanlage erzeugt die notwendige Energie zur Erreichung des Plusenergiestandards.

Lerndlandschaften bilden das didaktische Grundgerüst, in dem die Jugendlichen das Lernen selbst erlernen. Damit erwerben sie Methoden, sich Wissen anzueignen und aktiv am Unterricht teilzunehmen. Die Teilhabe begann schon bei der Planung: In einem partizipativen Prozess haben die Lernenden und Lehrenden die Gestaltung ihrer Schule mitbestimmt.

Um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, stehen Architektur und Technik im Einklang: Die Grundlage dafür bildet die integrale Planung, die räumliche, statische und technische Aspekte unter ein Dach bringt. Wie diese Faktoren am Gymnasium zusammenspielen, untersucht die Deutsche Bundesstiftung Umwelt als Forschungsprojekt - damit das Modell „Diedorf“ auch für andere Schulen nutzbar gemacht werden kann.

Mit dem Bayerischen Energiepreis zeichnet das Bayerische Wirtschaftsministerium herausragende innovative Leistungen für eine effiziente Energiegewinnung und -nutzung aus. Neben



Goldmedaille für den Landkreis Bamberg. V. l.: Klimaschutzbeauftragter des Landkreises Bamberg Robert Martin, Landrat Johann Kalb und Staatssekretär Josef Pschierer bei der Verleihung des Bayerischen Energiepreises in Nürnberg. Bild: Matthias Merz, Bayern Innovativ

dem Hauptpreis, der an die Clariant, Planegg, für das Projekt „Das sunliquid®-Verfahren zur Herstellung von klimafreundlichem und nachhaltigem Zellulose-Ethanol aus Agrarreststoffen“ ging, vergab das Ministerium

Preise in insgesamt acht Kategorien. Energiestaatssekretär Franz Josef Pschierer konnte sich im Jubiläumsjahr des Bayerischen Energiepreises über eine Rekordbeteiligung mit 276 eingereichten Bewerbungen freuen. DK

Von Aleppo nach Teisnach

Die E-WALD GmbH konnte im September auf die Hilfe des jungen Mustafa Kabas Alabed zurückgreifen. Der 25-jährige Syrer aus Aleppo ist seit 2015 als anerkannter Flüchtling in Deutschland und bereitet sich gerade intensiv auf sein Masterstudium vor, das zu Beginn des Sommersemesters 2017 an der TH Deggendorf startet.

Da er bereits zuvor in Aleppo seinen Bachelor in Telekommunikations- und Ingenieurwissenschaften erlangte, war er bestens für ein Praktikum bei uns gewappnet. Durch seine bereits belegten Deutschkurse war die Kommunikation nie ein Problem. „Nur wenn viel bayerisch gesprochen wurde, war es etwas schwierig“ fügt Mustafa lachend hinzu. In insgesamt fünf Wochen konnte der angehende Masterstudent beim Aufbau von Ladestationen helfen.

„Die Arbeit bei E-WALD hat mir viel Spaß gemacht und ich bin froh, so gut aufgenommen worden zu sein. Ich möchte mich dafür bei allen Kollegen bedanken.“, weiß der junge Syrer zu berichten. □

Was uns auszeichnet:



Als selbständige Bank verstehen wir das mittelständische Geschäftsmodell. Das macht uns zu einem verlässlichen Partner für den Mittelstand.



2015 haben wir 136 Mio. Euro für soziale und gemeinnützige Zwecke gespendet.



Wir bieten mehr als 155.000 Mitarbeitern vielfältige Entwicklungschancen und mehr als 11.000 Auszubildenden den Einstieg in die Finanzwelt.



Mit mehr als 12.200 Filialen und 19.500 Geldautomaten bundesweit sind wir dort, wo Sie sind: hier bei Ihnen vor Ort.



Unsere genossenschaftliche Idee beruht auf Werten wie Fairness, Transparenz und Vertrauen. Allein in Deutschland zählen die Genossenschaftsbanken über 18 Mio. Mitglieder.



Mit unseren Partnern der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken Raiffeisenbanken finden wir jederzeit die passende Finanzlösung.



Die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: Mit der Genossenschaftlichen Beratung machen wir genau das - ehrlich, glaubwürdig und verständlich.



Jeder fünfte Deutsche ist Mitglied einer Genossenschaftsbank und bestimmt den Kurs seiner Bank demokratisch mit.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Erfahren Sie mehr über unser einzigartiges Geschäftsmodell und wie Sie als Mitglied profitieren können. Besuchen Sie uns auf bayern.vr.de oder in einer Filiale in Ihrer Nähe.

Volksbanken Raiffeisenbanken

60 Jahre Wasserkraft an der Wertach

Bayerische Elektrizitätswerke feiern Jubiläum des Wasserkraftwerks Schwabmünchen und präsentieren Neuauflage des Wertach-Buches Tag der offenen Tür mit vielen Aktionen

Das Wasserkraftwerk Schwabmünchen der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW) begeht in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag. Gefeierte wurde das Jubiläum mit einem Tag der offenen Tür und der Präsentation einer aktualisierten Neuauflage des Buches „Die Wertach – Flussentwicklung an der unteren Wertach und das Sanierungsprojekt ‚Wertach vital‘. Wasserbau. Natur. Naherholung.“ Das Buch beschreibt die Flussentwicklung an der unteren Wertach in den vergangenen Jahrzehnten.

Die Anlage in Schwabmünchen ging 1956 als erstes von insgesamt fünf Wasserkraftwerken an der unteren Wertach ans Netz. Seit der Inbetriebnahme hat das Kraftwerk rund 660

Millionen Kilowattstunden klimafreundlichen Strom in der Region erzeugt. Alle fünf Kraftwerke erzeugen jährlich rund 58 Millionen Kilowattstunden CO₂-freien Strom.

Damit können rechnerisch etwa 17.000 Haushalte ganzjährig versorgt werden.

Dramatische Eintiefung

Die Kraftwerke dienten ursprünglich jedoch nicht primär zur Stromerzeugung. Denn die Begründung der Wertach im 19. Jahrhundert hatte im Laufe der Jahrzehnte zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt. Der Fluss hatte sich dramatisch eingetieft und damit war auch der Grundwasserspiegel im Wertach-Tal stark abgesunken. Auwälder und Felder am Fluss versteppten zusehends.

Korrigierte Fehlentwicklungen

„Mit sogenannten Stützschwelenkraftwerken wie in Schwabmünchen, die das Flusswasser aufstauen und damit die Fließgeschwindigkeit reduzieren, konnten diese Fehlentwicklungen korrigiert werden. Zugleich hat sich mit den Kraftwerken der Hochwasserschutz verbessert“, sagt BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler.

Neue Anforderungen kamen

in den vergangenen Jahren hinzu: Neben dem Klimaschutz – für den die regenerative Wasserkraft beispielhaft steht – war dies vor allem die ökologische Verbesserung der Flüsse. Projekte wie „Wertach Vital“ im Stadtgebiet Augsburg und die Umsetzung von zahlreichen Ökoproyekten im Landkreis Augsburg stehen beispielhaft für diese Entwicklung.

Ökonomie und Ökologie

„Heute stehen für uns die Verbindung von Ökonomie und Ökologie und neue Wege der Zusammenarbeit im Mittelpunkt“, sagt Prof. Dr. Frank Pöhler. „Die erfolgreichen Projekte an der unteren Wertach wie etwa der Bau von naturnahen Fischwanderhilfen bestätigen uns in diesem Ansatz. Dabei setzen wir auf eine enge Kooperation mit Verbänden, Behörden, Wissenschaft und den Bürgern vor Ort. Die Flussentwicklung in den letzten Jahren hat Vorbildcharakter über die Region hinaus.“

Streifzug durch die Flussgeschichte

Wie sich der Fluss über die Jahre entwickelt hat, wird in dem Buch „Die Wertach – Flussentwicklung an der unteren Wertach und das Sanierungsprojekt ‚Wertach vital‘. Wasserbau. Natur. Naherholung.“ beschrieben. Dabei handelt es sich um eine neue und aktualisierte Auflage des Taschenbuchs von 2012. Die Neuauflage wurde am Samstag anlässlich des Jubiläums offiziell präsentiert. Das Taschenbuch macht auf 168 Seiten einen Streifzug durch die Geschichte des Flusses. In drei Beiträgen zeichnet das Buch mit Texten und knapp 100 Abbildungen ein umfassendes Bild der Wertach und ihres Einzugsgebietes.

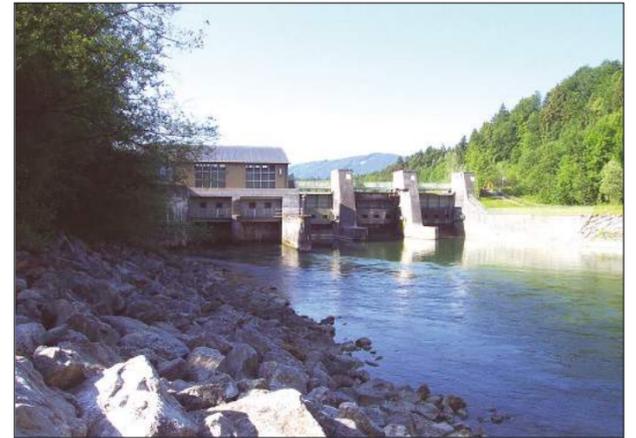
Autoren des Buches sind Prof. Dr.-Ing. Robert Rapp, profunder Kenner des Flusses, Ralph Neumeier und Andreas Lindenmaier vom Wasserwirtschaftsamt Donauwörth sowie Ralf Klocke von BEW. Die Autoren behandeln dabei die allgemeine Flussentwicklung an der unteren Wertach, die Bedeutung und Funktion der Wasserkraft, das Projekt zur Flussanierung „Wertach vital“ in der Stadt Augsburg sowie die ökologischen Maßnahmen entlang des Flusses im Landkreis Augsburg.

Tag der offenen Tür

Am Jubiläumstag veranstaltete BEW außerdem einen Tag der offenen Tür mit vielen Aktionen. So konnten alle Besucher einen Blick ins 60 Jahre alte Wasserkraftwerk werfen und sich in einer Ausstellung über die Flussentwicklung an der unteren Wertach und aktuelle Projekte der BEW informieren. Darüber hinaus wurden Führungen entlang der Fischwanderhilfe und Bootsfahrten auf der Wertach angeboten. Die Besucher erfuhren dabei mehr über die Stromerzeugung aus Wasserkraft, die Geschichte des Kraftwerks Schwabmünchen und die ökologischen Maßnahmen der BEW.

In einem Aquarium konnten außerdem heimische Fischarten, wie Bachforelle, Äsche oder Barbe beobachtet werden. Experten erklärten dabei mehr über die einzelnen Arten und die ökologische Bedeutung intakter Fischbestände.

Das Taschenbuch „Die Wertach – Flussentwicklung an der unteren Wertach und das Sanierungsprojekt Wertach vital. Wasserbau. Natur. Naherholung.“ erscheint im Augsburg-Verlag und ist nunmehr im Buchhandel erhältlich. □



Das Laufwasserkraftwerk an der Isar wird von den Stadtwerken Bad Tölz betrieben. □

DKB und bayerische Sparkassen:

Gut aufgestellt für gemeinsame EEG-Finanzierungen

... auch im Bereich der Wasserkraft in Bayern

Die Energiewende und der Ausbau der Erneuerbaren Energien stellt Initiatoren und auch Finanzierer vor immer komplexere Herausforderungen. Die Kreditinstitute müssen sich mit den gesetzlichen und technologischen Neuerungen stets aktuell auseinandersetzen, um Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien maßgeschneidert zu finanzieren und vor allem auch Investoren in diesem Spezialbereich fachlich auf Augenhöhe zu begleiten.

Als Verbundpartner steht die DKB – ein Tochterunternehmen der Bayerischen Landesbank – seit Jahren den bayerischen Sparkassen hierfür als Know-how- und Finanzierungspartner zur Seite.

Gerade in Bayern mit rund 6.400 Wasserkraftanlagen hat vor allem dieser Energiebereich lange Tradition und wird erwartungsgemäß auch künftig im Rahmen der Energiewende eine tragende Rolle spielen.

Um das Verständnis für dieses Spezialsegment zu vertiefen, hatte die DKB im Schulterchluss mit der Sparkasse Bad-Tölz interessierte Vertreter der bayerischen Sparkassen und S-Finanzgruppe zum gemeinsamen Besuch des Wasserkraftwerkes der

Stadtwerke Bad Tölz eingeladen.

Geschäftsführer Walter Huber gewährte an diesem Tag allen Teilnehmern einen umfassenden und aufschlussreichen Einblick in die Führung und Steuerung seines Laufwasserkraftwerks an der Isar nebst zugehöriger, ökologischer Natur-Fischaufstiegstreppe, die in Bauart und Länge in Deutschland einzigartig ist.

Dieser Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen DKB, bayerischen Sparkassen und regionalen Partnern der S-Finanzgruppe kommt auch den Kunden vor Ort zu Gute.

Marcus Teschke ist Experte für Erneuerbare Energien im Bereich Sparkassen und Kooperationen der Deutschen Kreditbank AG. □

Fischbachau:

Startschuss für Bürgerkraftwerk

Ein großes Projekt wurde zu einem guten Ende gebracht. Mit der Einweihung der Wasserkraftanlage am Birkenstein im oberbayerischen Fischbachau hat die ohnehin schon als „Energiewende-Kommune“ ausgezeichnete Gemeinde einen weiteren Meilenstein gesetzt.

Die Anlage hat eine lange Vorgeschichte: In den 1990er Jahren war am Birkenstein ein unterirdischer Bergsee entdeckt worden. Dieser sollte zunächst als Trinkwasserquelle dienen, jetzt liefert er Strom – im ersten Monat bereits gut 75.000 Kilowattstunden, womit die Erwartungen bereits übertroffen wurden.

Laut Bürgermeister Josef Lechner wird das Wasser aus der Horizontalbohrung mit einem Druck von 2 bar in die Leitungen zur Turbine am Hochbehälter Birkenstein direkt neben der Wallfahrtskapelle geleitet. Durch die Höhendifferenz von 240 Metern kommt an der Pelton-Turbine ein Druck von ca. 20 bar an. Bei konstanten 1.500 Umdrehungen pro Minute werden damit rund 500.000 kW Strom pro Jahr erzeugt. Damit amortisieren sich die Kosten von rund 450.000 in weniger als sieben Jahren.

Erfolgsformel

„Das ist ein Bürgerkraftwerk“, machte Lechner deutlich. Das Geld aller Bürgerinnen und Bürger sei bei einer Rendite von über 10 Prozent gut angelegt: „So haben wir nicht nur eine dauerhafte Strom-(Ein-

nahme-)Quelle, sondern auch eine im Problemfall sofort funktionierende Trinkwassernotversorgung. Was will man mehr?“, erläuterte der Rathauschef. Der Leitspruch „Menschen etwas Gutes tun, ohne der Natur zu schaden“ sei die Erfolgsformel für die Wasserkraft im Leitzachtal.

„Fan der Wasserkraft“

Energie- und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner nannte sich selbst einen „Fan der Wasserkraft“, da diese „verlässlich und unabhängig von Sonne und Wind“ Energie liefere. 40 Prozent des Stroms aus regenerativen Quellen würden in Bayern durch die Kraft des nassen Elements erzeugt. Dort, wo die Fischverträglichkeit gegeben ist, solle dieser Wert weiter gesteigert werden, hob Aigner hervor. Die Ministerin dankte der Gemeinde Fischbachau, dass sie das Investitionsrisiko nicht scheute.

„Das ist wieder ein Schritt hin zur Energiewende“, lobte schließlich Miesbachs Landrat Wolfgang Rzehak, der sich seinerseits für einen „naturverträglichen Ausbau“ aussprach. **DK**



Präsentierten die Neuauflage des Wertach-Buches (v.l.): Ralf Klocke, Leiter Wasserbau bei BEW, Anni Fries, stellv. Landrätin des Landkreises Augsburg, Schwabmüchens Erster Bürgermeister Lorenz Müller, BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler, Prof. Dr.-Ing. Robert Rapp, profunder Kenner der Wertach, und Ralph Neumeier, Leiter des Wasserwirtschaftsamts Donauwörth. Bildnachweis: LEW / Christina Bleier



Jörg-Uwe Fischer
Leiter Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien bei der DKB

Führend im Markt, vernetzt vor Ort.

Expertise und regionale Vernetzung – beides vereint die DKB als einer der größten Finanzierer der Energiewende. Das kommt auch unseren Kunden aus der kommunalen Familie zu Gute: Ob energetische Sanierung, Kontakte zu regionalen Energieversorgern oder die Finanzierung von Windenergie-, Solar- und Wasserkraftanlagen – unsere Finanzierungsexperten und Verfahreningenieure kennen sich vor Ort aus und entwickeln die passende Lösung.

Ihr Ansprechpartner: Marcus Teschke · Bereich Sparkassen & Kooperationen
marcus.teschke@dkb.de · Tel. 030 12030-9335 · dkb.de/erneuerbare-energien



DKB
Das kann Bank

Wasserkraftwerk Baierbrunn:

Hochmoderne Turbine eingehoben

Millimetergenau am Haken eines Autokrans ist mit der neuen Turbine das Herzstück des neuen Wasserkraftwerks in Baierbrunn südlich von München eingehoben worden. Die Bayernwerk Natur GmbH wird die 23 Tonnen schwere Turbine nach der Inbetriebnahme ab dem kommenden Jahr einsetzen, um die natürliche Energie der Isar als Strom umweltfreundlich und regional nutzbar zu machen.

Die spektakuläre Platzierung und Befestigung der 23 Tonnen schweren Turbine war im Beisein des Amtschefs des Bayerischen Umweltministeriums, Christian Barth, nach rund 30 Minuten erfolgreich abgeschlossen. Nach den technischen Prüfungen soll Anfang Februar 2017 erstmals Wasser durch die Turbine fließen und regenerativen Strom erzeugen.

Die hochmoderne Turbine trägt die Bezeichnung VLH. Das steht für Very-Low-Head. „Dieser Turbinentypus kann die vergleichsweise niedrige Fallhöhe an der Stelle energetisch optimal ausnutzen und ist besonders fischverträglich, da sich die Schaufelräder vergleichsweise langsam drehen und ihr Abstand zueinander relativ groß ist“, erklärte Dr. Alexander

Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur. Außerdem kann die gesamte Turbine im Bedarfsfall nach oben aus dem Wasser geschwenkt werden, um etwa den naturähnlichen Weitertransport von Kies zu ermöglichen.

Vorzeigeprojekt

Die Turbine wird jährlich rund 1,8 Millionen Kilowattstunden Strom ohne Emissionen nur aus der Kraft der Isar erzeugen. Diese Strommenge ist rechnerisch ausreichend, um den Strombedarf von etwa 700 Haushalten zu decken. Umgesetzt wird das Vorzeigeprojekt durch die Bayernwerk Natur GmbH, einem Tochterunternehmen der Bayerwerk AG. Bayernwerk Natur ist Spezial-

ist im Errichten und Betreiben von Anlagen zur dezentralen Stromerzeugung und bietet Kommunen und Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen zur effizienten und wirtschaftlichen Energieversorgung an.

Teile des insgesamt 5,5-Millionen-Euro-Projekts werden über die neu gegründete Wasserkraft Baierbrunn GmbH finanziert, bei der sich Bayernwerk Natur und die Bayerische Landeskraftwerke GmbH als Partner eingebracht haben. Auch der Freistaat ist über die Bayerische Landeskraftwerke als Gesellschafter in der eigens gegründeten Wasserkraft Baierbrunn GmbH in das Projekt involviert. Es ist angedacht, dass sich nach der Fertigstellung auch Kommunen und Bürger an dem Kleinwasserkraftwerk beteiligen können.

Die Gesamtprojektleitung und später den Betrieb der Anlage hat die Uniper Kraftwerke GmbH inne, die schon heute das Wehr Baierbrunn und die Kraftwerke an der oberen Isar betreibt und parallel zum Einbau der Turbine auch die weiteren Projektteile für die Durchgängigkeit der Isar für Wasserlebewesen in beide Richtungen realisiert.

Künftig werden zwei unterschiedliche Bauwerke das bestehende Wehr ergänzen: Eine sogenannte Raue Rampe und ein Raugerinne-Beckenpass. Dazu erklärt Dr. Klaus Engels, Leiter der Uniper-Wasserkraft: „Es gehört zu unseren gemeinsamen Projektzielen, die Isar an dieser Stelle wieder für Wasserlebewesen passierbar zu machen und damit deutlich zu unterstreichen, dass Wasserkraft-Nutzung und Ökologie nicht im Widerspruch zueinander stehen.“ Das Projekt wird mit einem umfangreichen Fischmonitoring vom Landesamt für Umwelt und der TU München begleitet. □



Die Bayernwerk Natur GmbH wird die 23 Tonnen schwere Turbine nach der Inbetriebnahme ab dem kommenden Jahr einsetzen, um die natürliche Energie der Isar als Strom umweltfreundlich und regional nutzbar zu machen. □

Biogasbranche baut Wärmebereitstellung weiter aus

Fachverband Biogas e.V. veröffentlicht Ergebnis einer umfassenden Wärme-Umfrage

Freising. Rund drei Viertel der Betreiber von Biogasanlagen wollen ihre Wärmenutzung in den kommenden zwei Jahren ausbauen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen im Auftrag des Fachverband Biogas e.V. erstellt hat. Über 600 Anlagenbetreiber haben an der in dieser Form bislang einmaligen Befragung teilgenommen. Die Studie liefert wichtige Erkenntnisse zum Stand und den Perspektiven der Nutzung von Biogaswärme.

Von der bei der Stromerzeugung im Blockheizkraftwerk (BHKW) entstehenden Wärme wird ein Teil zur Beheizung des Fermenters eingesetzt. Die restliche Wärme steht für die Abgabe an Dritte zur Verfügung. Schon heute liefern 36 Prozent aller Biogasanlagen über die Hälfte dieser überschüssigen Wärme an externe Abnehmer. Ein Großteil dieser Heizenergie wird in öffentlichen Gebäuden und für die Holz Trocknung eingesetzt. Darüber hinaus profitieren unter anderem Firmen, Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder und Krankenhäuser von der klimafreundlichen Biogaswärme.

Erstmals wurde in einer umfassenden Studie der Preis für die Kilowattstunde (kWh) Biogaswärme ermittelt. Dieser ist vor allem abhängig vom Wärmeabnehmer. Bei der Versorgung von Schulen, Schwimmbädern und Krankenhäusern erzielen die Betreiber der Biogasanlage einen erheblich höheren Preis als bei der Holz Trocknung. Die Spannweite reicht von bis zu neun Cent je kWh für ein

Krankenhaus bis hin zu 0–1 Cent für die Holz Trocknung. Darüber hinaus beeinflusst die Versorgungssicherheit den Wärmepreis: bietet der Betreiber eine Vollversorgung an, kann er mit 3,9 Cent / kWh im Schnitt 1,7 Cent / kWh mehr verlangen als ein Betreiber, der keine Versorgungssicherheit garantiert. Im bundesdeutschen Durchschnitt erhalten die Betreiber 2,6 Cent / kWh.

Für gerechten Preis

„Das ist viel zu wenig für dieses hochwertige Produkt“, beklagt der Geschäftsführer des Fachverbandes Biogas, Dr. Stefan Rauh. Die Kilowattstunde Wärme aus fossilen Quellen kostet deutlich mehr. Schon die Brennstoffkosten liegen bei circa fünf Cent – selbst bei den aktuell niedrigen Heizölpreisen. „In Zukunft werden sich Biogasanlagen nicht mehr allein über den Erlös aus dem Stromverkauf finanzieren lassen. Daher ist es wichtig, dass die klimafreundliche Biogaswärme einen Preis erzielt, der ihrer Be-

deutung gerecht wird. Die Zeiten, in denen der Wärmeabnehmer so gut wie nichts bezahlt hat, müssen der Vergangenheit angehören“, fordert Rauh.

Von dem Viertel der Anlagenbetreiber, die keinen Ausbau der Wärmenutzung planen, nannten rund 30 Prozent finanzielle Gründe bzw. das Auslaufen der EEG-Förderung. „Für die Betreiber von Biogasanlagen ist die Anschlussregelung von essenzieller Bedeutung“, unterstreicht Rauh. „Nur wer sicher weiß, dass seine Anlage noch zehn Jahre und mehr läuft, wird jetzt Geld für neue Wärmekonzepte in die Hand nehmen. Eine gut funktionierende Anschlussregelung könnte der Biogasbranche neuen Schub verleihen – und damit auch der klimafreundlichen Wärmenutzung. Denn hier ist noch erheblicher Nachholbedarf bei der Energiewende.“

Der Fachverband Biogas bietet seit Jahren individuelle Schilder an, auf denen die Abnehmer von Biogaswärme ihr klimafreundliches Wärmekonzept darstellen können. Jedes Jahr zeichnet der Verband vorbildliche Betriebe – Freibäder, Krankenhäuser, Hotels, Schulen – mit einem Wärmeschild aus. Privathaushalte können über ein Blechschild mit dem Aufdruck „Biogaswärme aus der Region“ ihren Beitrag zum Klimaschutz sichtbar machen. □

bayerngas



KENNEN SIE DAS GEHEIMREZEPT FÜR MEHR ENERGIE?

Es ist die Kombination der Energienstoffe, die leistungssteigernd wirkt.

Erfahren Sie mehr über unsere Bayerngas Energy GmbH – ein Unternehmen der Bayerngas-Gruppe.



Bayerngas – Die Lösungsplattform für Energie.

Erfahren Sie mehr unter:

www.bayerngas.de

www.bayerngas-energy.de

Ammer-Loisach-Energie GmbH:

Echte Wertschöpfung für die Region

GZ-Interview mit Geschäftsführer Arno Nunn, 1. Bürgermeister Oberammergau

Im Sommer 2013 haben sich neun örtliche Kommunen und Energie Südbayern im Landkreis Garmisch-Partenkirchen in einer zukunftsweisenden kommunalen Partnerschaft zusammengeschlossen, um eine effiziente und günstige Versorgung mit umweltfreundlichem Ökostrom aus Wasserkraft zu gewährleisten. Wie sich die Bilanz nach drei Jahren gestaltet, darüber informierte Arno Nunn, Geschäftsführer Ammer-Loisach-Energie und 1. Bürgermeister der Gemeinde Oberammergau, im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Die Ammer-Loisach-Energie GmbH wurde vor drei Jahren gegründet. Können Sie kurz Aufgaben und Geschäftsmodell nennen?

Nunn: Wir sind ein tief in unserer Region verwurzelter Energieversorger mit einer ausgeprägten kommunalen Struktur. Die Gründungsidee für die Ammer-Loisach Energie als Zusammenschluss von heute elf Gesellschaftern war es, den Bürgern vor Ort eine effiziente und zeitgemäße Versorgung mit Ökostrom aus regionaler Hand zu gewährleisten – ganz im Sinne eines eigenständigen, kommunalen Angebots von umweltfreundlicher Energie.

Seit dem Sommer 2013 beliefern wir Kunden in der Region mit Energie aus Wasserkraft, beraten Verbraucher direkt vor Ort und stärken die Wirtschaftskraft der Region. Durch die Gründung der Ammer-Loisach Energie schaffen wir nicht nur Unabhängigkeit, wir wollen auch eine Stromversorgung gewährleisten, die unserer Region etwas zurückgibt.

GZ: Welche Kommunen gehören dem Unternehmen an?

Nunn: In der Ammer-Loisach Energie mit Sitz in Oberammergau haben sich die Gemeinden Bad Bayersoien, Bad Kohlgrub, Eschenlohe, Ettal, Grainau, Oberammergau, Oberau, Saulgrub und Unterammergau sowie Schwaigen und die Energie Südbayern GmbH zusammengeschlossen. In dieser Struktur bündeln wir

als gleichberechtigte Gesellschafter unsere Interessen, um noch mehr für unsere Heimat bewegen zu können. Dafür ziehen wir alle an einem Strang.

GZ: Welche Rolle nimmt Energie Südbayern in diesem Gefüge ein?

Nunn: Als ebenfalls kommunal geprägtes Unternehmen und regionaler Energiedienstleister



Arno Nunn.

mit über 50 Jahren Erfahrung unterstützt Energie Südbayern die Ammer-Loisach Energie mit Know-how und Kompetenz. Darüber hinaus übernimmt Energie Südbayern zentrale Dienstleistungen wie beispielsweise die Vertrags- und Geschäftsumsetzung.

GZ: Wer ist die Zielgruppe?

Nunn: Unsere Zielgruppe

sind Privat- und Geschäftskunden im Gesellschafterbereich und im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, soweit diese sich nicht vor Ort kommunal versorgen lassen. Wir sind fester Bestandteil unserer Region und kennen die Bedürfnisse der hier ansässigen Menschen und Unternehmen wie kein anderer, weil wir hier leben und arbeiten.

GZ: Was steht im Fokus dieses ambitionierten Projekts?

Nunn: Es geht nicht nur darum, unseren Strom zu verkaufen – wir wollen für die Region eine echte Wertschöpfung erzielen. Im Fokus steht neben der Wirtschaftlichkeit vor allem die Bewahrung regionaler Interessen. Das bewährte Prinzip des Wirtschaftskreislaufs vor Ort ist hierbei Hintergrund und Zielsetzung gleichermaßen. Durch eine wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen an der Ammer-Loisach Energie verbleiben dort auch die Gewinne und können zum Wohle der Region und ihrer Bürger eingesetzt und lokal investiert werden. Wir wollen die Stärken der Region durch das gemeinsame, wegweisende Engagement von zehn örtlichen Kommunen bündeln, durch Investitionen weiter ausbauen und dabei die Umwelt nachhaltig erhalten.

GZ: Wie sieht die vorläufige Bilanz aus?

Nunn: Die Idee ökologischer Energieversorgung aus regionaler Hand kommt an. Wir können auf drei sehr erfolgreiche Geschäftsjahre der Ammer-Loisach Energie zurückblicken. Im Vergleich zum Jahr 2014 haben wir im Geschäftsjahr 2015 einen Kundenzuwachs von 30 Prozent erzielt und zählen heute rund 2.500 Kunden. Auch die Umsatzzahlen können sich sehen lassen. Wir können für 2015 auf einen

Umsatz von 1,8 Millionen Euro und einen Energieabsatz von 10,9 Millionen Kilowattstunden zurückblicken. Das Konzept geht auf. Und es überzeugt weitere Kommunen. Seit dem 1. Juni 2016 ist auch die Gemeinde Schwaigen neuester Gesellschafter der Ammer-Loisach Energie.

GZ: Auf welche Aktivitäten kann die Ammer-Loisach-Energie seit ihrer Gründung zurückblicken?

Nunn: In den Gemeinden Ettal, Oberau und Unterammergau haben wir das Energiedaten Monitoring System „KEMS“ umgesetzt. Über KEMS werden die Energieverbräuche der einzelnen kommunalen Liegenschaften wie beispielsweise Schulen oder Verwaltungsgebäude analysiert und mit bundesweiten Referenzwerten verglichen. Aus dem Ergebnis werden die wesentlichen Effizienzpotenziale und Kostentreiber ermittelt sowie eine Priorisierung der notwendigen Maßnahmen vorgenommen. Weitere Projekte werden folgen, wie zum Beispiel alle öffentlichen Liegenschaften im Landkreis Garmisch-Partenkirchen und in der Gemeinde Farchant.

GZ: Was waren die Meilensteine?

Nunn: Weniger als ein Jahr nach ihrer Gründung hat die Ammer-Loisach Energie ihr erstes Etappenziel erreicht: Schon im März 2014 haben wir unseren 1000. Kunden begrüßt. Bereits nach einem Jahr zählt die Ammer-Loisach Energie über 1.100 regionale Kunden sowie einen Marktanteil von rund zehn Prozent im versorgten Gebiet. Man sieht, das Vertrauen der Verbraucher in unser Handeln und unsere Ziele wächst kontinuierlich.

GZ: Der Wettbewerb um Energiekunden verschärft sich zusehends – wie begegnen Sie aktuell dieser Situation?

Nunn: Der erfolgreiche Kurs der Ammer-Loisach Energie zeigt, wie wichtig es ist, beim Thema Energieversorgung sowohl auf die Umwelt als auch auf spezielle regionale Bedürfnisse zu achten. Unsere Eigenständigkeit und der damit verbundene Gestaltungsfreiraum machen die Ammer-Loisach Energie zu einem Stromanbieter mit Charakter, der mit Herz und gutem Gespür für die Region auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht. Wir handeln partnerschaftlich, kalkulieren fair und fördern ökologische wie soziale Projekte. Wir sehen, dass das ankommt und von den Menschen honoriert wird. Darauf und auf die Nähe zu unseren Kunden setzen wir jetzt und auch in Zukunft.

GZ: Welche Marksteine will das Unternehmen in Zukunft setzen?

Nunn: Wir wollen die regionale Energieversorgung in Zukunft weiter ausbauen. Und wir haben nach wie vor ein großes Interesse an einer Lösung, um die regionale Wasserkraft zur Stromerzeugung nutzen zu können. Im Hinblick auf zukünftige Erzeugungs- und Infrastrukturprojekte ermöglicht uns der Zusammenschluss in der Ammer-Loisach Energie eine heutzutage so dringend benötigte strukturierte und zugleich aus den Bedürfnissen der Region heraus entwickelte Herangehensweise.

GZ: Wie bewerten Sie grundsätzlich die Chancen der Ammer-Loisach-Energie GmbH auf dem hart umkämpften Energiemarkt?

Nunn: Das Marktumfeld ist natürlich kein einfaches. Aber der Erfolg der vergangenen drei Jahre, vor allem der Zuspruch und die Akzeptanz unserer Kunden sind ein Beleg dafür, dass das Konzept der ökologischen Energieversorgung aus regionaler Hand ein erfolgreiches und vor allem zukunftsfähiges ist. Das Prinzip des regionalen Wirtschaftskreislaufs ist die Basis für diesen Erfolg. **DK**

CO2-neutral dank Landschaftspflegematerial

Landshut versorgt Kunden auch in der historischen Innenstadt mit Fernwärme aus regenerativen Ressourcen

Im Jahr 2011 rüsteten die Stadtwerke Landshut eine ehemalige Müllverbrennungsanlage in ein Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) um, das Material aus städtischen Landschaftspflegemaßnahmen in Strom und Wärme umwandelt. Mit der Planung des damit verbundenen Fernwärmenetzes ist seit 2013 das Abensberger Unternehmen Gammel Engineering GmbH beauftragt. Da im Rahmen des Netzausbaus immer an mehreren Stellen gleichzeitig gearbeitet wird – auch in der denkmalgeschützten historischen Innenstadt – und parallel dazu weitere städtische Baumaßnahmen laufen, wird den Planern und Ausführungsfirmen erhebliche Flexibilität abverlangt. Mittlerweile umfasst das Netz 26 Kilometer Fernwärmetrasse bis DN 300 und versorgt rein rechnerisch über 4.000 Haushalte mit Wärme aus Biomasse.

Im Oktober 2011 fasste die Stadt Landshut den Beschluss, die ehemalige Müllverbrennungsanlage in ein Biomasseheizkraftwerk umzurüsten und ein Fernwärmenetz aufzubauen. Die Fernwärme-Anschlussnehmer werden durch ein zentrales und ständig überwachtes System versorgt und können ihre überwiegend mit Öl und Gas befeuerten ineffizienten Einzelanlagen ersetzen.

Die Stadtwerke Landshut nahmen Ende 2012 zunächst das umgerüstete BMHKW in Betrieb, dem ausschließlich Landschaftspflegematerial zugeführt wird. Neben der bestehenden Entnahme-Kondensationsturbine mit 3 MW Leistung liefern sie eine Gegendruckturbine mit 2 MW und bis zu 13 MW Leistung zur Wärmeauskopplung in das geplante Fernwärmenetz installieren.

Das Ingenieurbüro Gammel Engineering ist seit 2013 mit der Planung des Rohr- und Tiefbaus für das Fernwärmenetz beauftragt. Der Leistungsumfang beinhaltet damit die Auslegung und Simulation der einzelnen Abschnitte, die Ausschreibung und Vergabe der verschiedenen Gewerke sowie die Bauüberleitung. Des Weiteren bereitet Gammel Engineering die Verwendungsnachweise für die Förderung des Netzes nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vor. In einzelnen Trassenabschnitten übernimmt Gammel Engineering auch die Planung für die Erneuerung alter Gas- und Wasserleitungen. Das Abensberger Büro hat eine langjährige Erfahrung in der Planung von Fernwärmenetzen, von der Entwicklung des Betreibermodells bis zur Optimierung anhand von Netzberechnungen und dynamischen Simulationen mit Stanet.

Fernwärmenetz umfasst rund 26 km Leitungen

Das Netz wurde für eine Vorlauftemperatur von 110 °C ausgelegt. Investitionssicherheit gewähren Kunststoffmantelrohre mit PUR-Schaumdämmung verbaut, die eine technische Lebensdauer von mindestens 30 Jahren, in der Praxis wesentlich länger, haben. Das gesamte Netzwerk ist zusätzlich mit einer Lecküberwachung nach dem nördlichen System ausgestattet, um möglichst schnell auf etwaige Störungen reagieren zu können. Für eine effiziente Überwachung der Leitungen sowie das Fernwärmesystem der Übergabestationen wurden zudem ein Datenetz aus Kupferkabeln und ein Leerrohrsystem für Lichtwellenleiter verlegt.

Abstimmung mit anderen Behörden durch zahlreiche Baumaßnahmen notwendig

Der Projektumfang und die Trassenführung in der Innenstadt erforderte eine optimal aufeinander abgestimmte Planung und hohe Flexibilität von allen Beteiligten. „Teilweise musste an sechs bis sieben Stellen mit ebenso vielen Kolonnen gleichzeitig gear-

beitet werden“, erläutert Dipl.-Ingenieur Martin Zieglmeier, Projektleiter bei Gammel Engineering.

Wichtig war es, die Bauabschnitte so zu definieren, dass jede einzelne Gruppe ungehindert durcharbeiten konnte. Das stellte zuweilen eine große Herausforderung dar, da die Stadt Landshut während der Arbeiten am Fernwärmenetz noch weitere Baumaßnahmen durchführte. „Das fing bei Straßenbaumaßnahmen sowie Tunnel- und Brückensanierungen an und zog sich bis zur Umgestaltung der Neustadt fort. Beim Ablaufplan musste deshalb mit den anderen Behörden und Ämtern eine regelmäßige Abstimmung stattfinden“, so der Dipl.-Ingenieur. Besonders das Verkehrsamt und das Tiefbauamt der Stadt Landshut bezog das Abensberger Unternehmen in das Projektmanagement mit ein.

Des Weiteren ist Landshut eine sehr lebendige Stadt, in der regelmäßige Veranstaltungen wie etwa die Niederbayernschau oder die Landshuter Hochzeit stattfinden. Der Ablaufplan musste natürlich auch an diese Großereignisse angepasst werden, um bestimmte Bereiche zum Beispiel in der Innenstadt oder im Umfeld des Messegeländes von Baustellen freizuhalten. Dafür wurden etwa Ausweichbaustellen oder provisorische Zufahrten und Umleitungen geschaffen. Der Innenstadtbereich ist komplett bodendenkmalgeschützt und hauptsächlich mit Pflastersteinen ausgelegt. Der Großteil der historischen Innenstadt wurde erneut gepflastert, wobei aufgrund der Umgestaltung der Oberflächen in einem Abschnitt der Neustadt nach Beendigung der Trassenverlegung ein Asphaltprovisorium eingebaut werden durfte.

Das Notwendige mit dem Nützlichen verbunden

Die Stadtwerke Landshut und die Experten von Gammel Engineering stimmten die Baumaßnahmen jedoch so ab, dass zeitgleich mit dem Aufbau des Fernwärmenetzes auch weitere Projekte zur Modernisierung der Stadt durchgeführt werden konnten. So wurden zum Beispiel ein Lehrrohrsystem, das für eine spätere Belegung mit Glasfaserkabeln vorgesehen ist sowie Wasser- und Gasleitungen im Mittel- und Niederdruckbereich verlegt.

Das CO2-neutrale Fernwärmenetz versorgt nun rein rechnerisch 4.000 Haushalte mit Wärme aus nachwachsenden Rohstoffen. Der in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte Strom wird nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in das Netz eingespeist und trägt zum lokalen Strommix bei. Im Anschluss wurden Gammel Engineering die Planungsleistungen für die neue Reserve- und Spitzenlastzentrale übertragen. So sichern die Stadtwerke Landshut mit dem Heizwerk die Wärmeversorgung auch bei Ausfall eines Wärmeerzeugers im BMHKW und garantieren eine störungsfreie Energieversorgung des Netzes. **□**

14. Forum Wärmepumpe in Berlin

Nach später Einigung zum Klimaschutzplan: Wärmepumpen-Branche fordert Ende der Sonntagsreden

Sektorkopplung und Klimaschutzplan waren die dominierenden Themen beim 14. Forum Wärmepumpe in Berlin. Die Branche lobte die neuen Ideen der Politik zur Integration von Strom- und Wärmemarkt, mahnte jedoch deren zügige und entschlossene Umsetzung an. Scharfe Kritik übte der Verband am Gezerre um den Klimaschutzplan.

„Wir haben schon seit Jahren die Vision der Integration von Strom- und Wärmemarkt verfolgt. Heute nennt man das Sektorkopplung. Sie ist zum bestimmenden Thema der Energiepolitik geworden“, freute sich der BWP-Vorstandsvorsitzende Paul Waning.

Handeln tut not

Die aktuellen Vorstöße zum Thema Sektorkopplung, zuletzt im Impulspapier „Strom 2030“ sowie im Grünbuch Energieeffizienz, erfahren große Zustimmung seitens der Wärmepumpen-Branche. Der BWP hat sich mit umfangreichen Stellungnahmen an der Diskussion beteiligt.

BWP-Geschäftsführer Karl-Heinz Stawiarski betonte in diesem Zusammenhang: „Die Politik hat sich nun ausreichend Zeit genommen, um zu analysieren und neue Strategien zu entwickeln. Die Ergebnisse sind durchaus vielversprechend. Nach der Phase des Nachdenkens muss aber die Phase des Handelns kommen, denn durch

kluge Papiere wird keine einzige Heizung getauscht, kein einziges Haus saniert.“

Planungssicherheit schaffen

Deutliche Kritik übte Verbandschef Waning in seiner Eröffnungsrede an der Bundesregierung wegen des Gezerres um den Klimaschutzplan 2050: „Die Politik muss eine Vision vorgeben, um Planungssicherheit zu schaffen und sich selbst zu orientieren. Die Große Koalition darf keine Klimapolitik nach dem St.-Florians-Prinzip betreiben. Politik darf sich nicht an den Interessen derer orientieren, deren Produkte durch eine Transformation, wie der Energiewende, überflüssig werden. Täte sie das, würden wir heute statt ICE immer noch Kutsche fahren.“

Vor kurzem haben sich die Spitzen der Regierungskoalition schlussendlich doch noch auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt, nachdem das Ergebnis der Ressortabstimmung noch im Koalitionsausschuss abgelehnt worden war.

Zum Abschluss der zweitägigen Veranstaltung blickte Verbandschef Waning auf das anstehende Wahljahr: „Die künftige Regierungskoalition muss eine Politik betreiben, die Chancen nutzt, statt Unkenrufe zu folgen. Wir werden uns sehr dafür einsetzen, dass die neue Bundesregierung sich ein ambitioniertes Programm vornimmt und dieses dann auch zügig umsetzt.“

Zentrale Forderungen des BWP sind eine Entlastung und Flexibilisierung der Strompreise sowie die Einführung eines Preises für den Ausstoß von klimaschädlichem CO2. Erfahrungen aus anderen Ländern, z.B. der Schweiz, zeigen, dass dadurch alle Energiewendetechnologien deutlich gestärkt werden. In seinen aktuellen Stellungnahmen betont der BWP, dass Technologie- und Innovationsoffenheit zu den größten Vorteilen dieser Maßnahmen zählen.

Wie jedes Jahr fanden sich auch 2016 wieder Vertreter aus allen Bereichen zur Diskussion aktueller Entwicklungen und Trends auf dem Forum Wärmepumpe zusammen. Mit über 200 Teilnehmern erreichte die Veranstaltung in diesem Jahr einen neuen Teilnehmerrekord. **□**

Erster Energietag Donau-Ries:

Elektromobilität: Ein Thema nimmt Fahrt auf

Donauwörth (pm). Fünf Jahre nach Fukushima ist es ruhig geworden um die Energiewende in Deutschland. Nicht so im Landkreis Donau-Ries. In dieser Zeit wurde nicht nur der Energienutzungsplan erstellt und eine Beratung für Elektromobilität ins Leben gerufen, sondern auch das Energie-Leitziel neu formuliert und nun auch Ende Oktober der erste Energietag Donau-Ries veranstaltet. Ziel war der Informations- und Erfahrungsaustausch für Kreisräte, Kommunen und die Netzwerk-Partner von Energie-Beratung, Energie-Allianz und Energie-Forum.

Einen ganzen Tag ging es im Landratsamt in Donauwörth um das Thema Energie mit Schwerpunkten auf Elektromobilität und „Energiekarawane“. In seiner Begrüßung betonte Landrat Stefan Rößle, der Landkreis wolle seine gute Position im Energie-Bereich halten und weiter Richtung Leitziel verbessern. Es gehe ihm dabei auch und besonders darum, sich realistische Ziele vorzunehmen. Dieser erste Energietag solle der Start einer Reihe sein und Impulse zu brisanten und aktuellen Themen geben. „Gemeinsam mit unseren Netzwerkpartnern und den Kommunen wollen wir diskutieren und Umsetzungsmaßnahmen auf den Weg bringen“, gab er als Ziel dieser Veranstaltung vor. Denn: „Es geht nur gemeinsam – trotzdem muss jeder für sich handeln“.

Einem der derzeitigen Mega-Trends widmete sich im ersten Vortrag Dr. Christoph Ebert, Geschäftsführer des Kompetenzzentrums Sport Gesundheit Technologie GmbH und Koordinator der e-GAP Modellkommune Elektromobilität Garmisch-Partenkirchen: „Elektromobilität im länd-

lich-touristischen Raum“. Damit sich elektromobile Urlaubsangebote erfolgreich etablieren können, müsse eine Urlaubsregion auf sanften Tourismus setzen und ein ganzheitliches und nachhaltiges Mobilitätskonzept vorhanden sein. Außerdem müssen die Wegstrecken zu den wichtigsten touristischen Sehenswürdigkeiten und Ausflugszielen problemlos mit einem Elektrofahrzeug zurückgelegt werden können (Entfernung unter 130 km). Wichtig sei zudem ein breiter Rückhalt in der Bevölkerung und bei Tourismusangeboten.

Mehr Ladeinfrastruktur

Im Anschluss gab es Kurzvorträge der lokalen Energieversorger zu einzelnen Aspekten der Elektromobilität. So referierte Philipp Röhler von der EnBW Ostwürttemberg Donau-Ries AG über „E-Mobilität bei der EnBW ODR – Unser Beitrag zum Ausbau der Ladeinfrastruktur“. Derzeit gibt es in der Region keine 50 Pkw mit Elektroantrieb, bis 2020 sollen es über 2.000 sein. Über 80 Prozent aller Ladevorgänge ge-

schehen aktuell noch zu Hause oder am Arbeitsplatz, führte Röhler aus. Der Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur sei daher von großer Bedeutung, um Elektromobilität sichtbar zu machen und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Der Infrastrukturaufbau sei eine klassische öffentliche Aufgabe und Daseinsvorsorge.

Mobilitätskonzept

Helmut Kaumeier von der Erdgas Schwaben GmbH stellte ein „Nachhaltiges Mobilitätskonzept für Bayerische Schwaben“ vor. Demnach sollen Ende 2016 sechs Ladesäulen in Betrieb sein, für 2017/2018 sind 20 weitere geplant, davon drei im Landkreis Donau-Ries. Um „Elektromobile Zukunftschancen“ ging es im Vortrag von Petra Domberger von der Lechwerk AG. Die LEW betreibt bereits rund 65 öffentliche Ladestationen für E-Autos, außerdem eine ganze Reihe von Ladestationen für E-Bikes.

Bei den Fragen und Diskussionen ging es unter anderem darum, wer Ladesäulen für E-Autos bzw. E-Bikes errichtet, wo überhaupt geeignete Standorte sind und ob es ein Konzept für den Landkreis gibt.

„Energiekarawane“ bietet kostenlose Erstberatung an

Damit der Landkreis Donau-Ries seine Energie-Ziele erreichen kann ist es wichtig, vorrangig Energie zu sparen. Dabei mithelfen könnte die so genannte Energiekarawane – ein spannendes Konzept für Kommunen, die die Sanierungsrate und damit die Energieeinsparung in bestehenden Gebäuden deutlich vorantreiben wollen. Bernd Kappenstein, Leiter des Clusters Energie und Umwelt der Metropolregion Neckar-Rhein GmbH und Entwickler der Energiekarawane, erläuterte am Nachmittag den anwesenden Kommunalpolitikern das Konzept dahinter.

Die Karawane besteht aus einem Team erfahrener, regionaler Energieberater, die Hausbesitzern und Mietern eines Baugebietes eine kostenlose Erstberatung anbieten. Nach vorheriger Ankündigung kommen sie direkt ins Haus und informieren über Sanierungsmaßnahmen und Fördermöglichkeiten. Die Ansprache der Haus-



Einen Informations- und Erfahrungsaustausch für Kreisräte, Kommunen und die Netzwerk-Partner von Energie-Beratung, Energie-Allianz und Energie-Forum bot der erste Energietag Donau-Ries im Landratsamt. Bild: Heike Burkhardt (LRA)

eigentümer erfolgt persönlich durch den Bürgermeister.

Die „Energiekarawane“ setzt auf eine Umkehr der bisherigen Haltung: Energieberatung wird gebracht und muss nicht abgeholt werden. Ziel ist es, das Bewusstsein und die Motivation zu steigern, eine energetische Sanierung umzusetzen. Im Schnitt, so führte Kappenstein aus, lassen sich 24 Prozent der angeschriebenen Haushalte beraten.

Wie Heike Burkhardt, Ener-

giebeauftragte des Landkreises erläuterte, hat die Metropolregion München (EMM) die Rechte zur Durchführung der Energiekarawane erworben.

Nachdem der Landkreis Donau-Ries Mitglied der EMM ist könnte dieses Angebot auch in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises umgesetzt werden. Vorausgesetzt, dort besteht Interesse daran und die Bereitschaft, die Kosten für die Durchführung der Energiekarawane zu übernehmen. □

Erneuerbare Energien:

Zunehmend bedeutsam für Stromerzeugung

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, erreichte die gesamte bayerische Stromerzeugung 2015 einen Wert von 86.242 GWh. Dies waren 2,3 Prozent weniger als 2014. Der Rückgang wurde maßgeblich durch die verminderte Bedeutung der Kernenergie im bayerischen Strommix verursacht. Erdgas dagegen steigerte seinen Anteil auf 10,7 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung, der Anteil der Steinkohlen stieg leicht auf 5 Prozent.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien führte zu einem Anstieg der Bruttostromerzeugung in diesem Bereich um 7,8 Prozent im Jahresvergleich. Ursächlich hierfür war vor allem die Windkraft, die einen Zuwachs von 981 GWh verzeichnen konnte, gefolgt von der Photovoltaik (+644 GWh) und der Biomasse (+599 GWh). In Summe erreichten die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 39,6 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung im Jahr 2015 einen neuen Rekordwert.

Im Berichtsjahr 2015 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 86 242 GWh Strom erzeugt und damit 2,3 Prozent weniger als im Jahr 2014. Der Rückgang ist insbesondere auf die verminderte Stromproduktion aus Kernenergie zurückzuführen. Hier wurden in der Berichtsperiode 36 689 GWh Strom erzeugt, 13,5 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Während die Kernenergie im bayerischen Stromerzeugungsmix 2014 noch einen Anteil von 48 Prozent erreichte, waren es im Jahr 2015 nur noch 42,5 Prozent.

Die Stromerzeugung aus Steinkohlen stieg binnen Jahresfrist leicht um 2,8 Prozent auf 4 292 GWh. Dies entsprach einem Anteil von 5,0 Prozent im bayerischen Strommix. Braunkohlen kamen im bayerischen Kraftwerkspark nicht zum Einsatz, wengleich deutschlandweit die Braunkohle der wichtigste Energieträger bei der Stromerzeugung ist.

Die Stromerzeugung aus Erd-

gas stieg um 17,4 Prozent von 7 844 GWh auf 9 211 GWh im Berichtsjahr 2015. Einschließlich Kernenergie, Heizöl und sonstigen (nicht erneuerbaren) Energieträgern vereinten die konventionellen Energieträger etwa 60 Prozent der Stromerzeugung auf sich.

Der Ausbau der regenerativen Energieträger schritt auch 2015 voran, und dies mit einer Zunahme von 7,8 Prozent sogar deutlich dynamischer als im Vorjahr. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erreichte dabei mit 34 110 GWh einen Anteil von 39,6 Prozent an der Gesamtstromerzeugung.

Wichtigste regenerative Energiequelle war auch im aktuellen Berichtszeitraum die traditionell in Bayern starke Wasserkraft (11 206 GWh), knapp vor der Photovoltaik (11 026 GWh), welche einen Zuwachs von 6,2 Prozent verzeichnete.

Stärkere Zuwächse konnten auch bei den anderen erneuerbaren Energieträgern beobachtet werden, so z.B. bei der Windkraft (+981 GWh) und der Biomasse (+599 GWh). Die Windkraft, bei der Bayern geo- und topographische Nachteile im Vergleich zur Mitte und zum Norden Deutschlands hat, stieg um 54,4 Prozent, blieb aber in absoluten Werten (2 784 GWh) von eher untergeordneter Bedeutung.

Die Stromerzeugung aus Biomasse, zu der feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm und biogene Abfälle gerechnet werden, konnte um 7,4 Prozent auf 8 704 GWh erhöht werden. □

LECH REPORTER

GESCHICHTEN AUS DER REGION

Neugierig? Schauen Sie doch mal vorbei:
www.lechreporter.de

LEW
Lechwerke



Der Landkreis Unterallgäu, das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) sowie die Lechwerke AG (LEW) wollen die Energiewende im Unterallgäu exemplarisch umsetzen. Über das Vorhaben informierten eza-Geschäftsführer Martin Sambale, Landrat Hans-Joachim Weirather und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann (von links) in Kirchheim.

Foto: LEW/Heidi Sanz

Projekt Energiewende Unterallgäu Nordwest

Deutschlandweites Modell für die Energiewende im ländlichen Raum

Von heute knapp 40 auf 60 Prozent erneuerbarer Energie bei Strom- und Wärmeverbrauch in nur fünf Jahren – das ist das ambitionierte Ziel des Projekts Energiewende Unterallgäu Nordwest. Der Landkreis Unterallgäu, das Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!) und die Lechwerke AG (LEW) wollen zusammen mit vielen Partnern eine beschleunigte Energiewende modellhaft umsetzen.

Es handelt sich um einen deutschlandweit einmaligen Feldversuch, der aus dem Energie- und Umweltfonds der Bundesregierung über das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und dessen Projektträger, der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), mit knapp 870.000 Euro gefördert wird. Die Projektpartner stellten das Vorhaben im Rahmen einer Pressekonferenz bei der Firma Wanzl in Kirchheim vor.

„Dass wir als Modellregion für ganz Deutschland ausgewählt worden sind, ist auch eine Anerkennung für unsere bisherige Arbeit und unseren Einsatz für erneuerbare Energien“, freut sich Landrat Hans-Joachim Weirather. Er sieht im Projekt mit einer Laufzeit von fünf Jahren eine einmalige Chance für den Landkreis. „Wir können hier beispielhaft demonstrieren, wie eine erfolgreiche Energiewende in einem ländlichen Raum in Deutschland funktionieren kann.“

Regionale Profiteure

Die Schwerpunkte sollen dabei auf der Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien, der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen bei Verbrauchern und der stärkeren Integration erneuerbarer Energien in das Stromnetz liegen. „Ob Kommunen, Bürger oder Unternehmen, alle in der Region werden davon profitieren“, betont Martin Sambale, Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!), das für die Umsetzung des Projekts Energiewende Unterallgäu Nordwest verantwortlich ist.

Mit neuen Beratungsangeboten, wie sie beispielsweise aktuell schon in Winterrieden und später auch in den anderen Gemeinden der Modellregion den Bürgern mit kostenlosen Kurzchecks offeriert werden, sollen vermehrt Sanierungen und der Einsatz erneuerbarer Energien im privaten Bereich ausgelöst werden. Auch Unternehmen der Region wie die Molkerei Ehrmann, ÖkoHaushersteller Baufritz, Wanzl Metallwarenfabrik oder das Ziegelwerk Klosterbeuren haben bereits erfolgreich Maßnahmen zur Effizienz-

erhöhung oder zur Nutzung erneuerbarer Energien umgesetzt und wollen sich in diesem Bereich auch mit Unterstützung von eza! im Rahmen des Modellprojektes weiterentwickeln.

Projektpartner LEW

Eine zentrale Rolle als Projektpartner spielt die Lechwerke AG (LEW). Der Energieversorger wird ein virtuelles Regionalwerk zur Systemintegration von erneuerbaren Energien untersuchen und Interessenten bei der Speicherung und Nutzung von Solarstrom für Wärmepumpen unterstützen. Im Projektgebiet liefern heute bereits über 5.700 PV-Anlagen klimaneutral Energie. „Einzelne Gemeinden in der Region erzeugen weit mehr Strom, als sie verbrauchen“, berichtet LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Aber eben nicht immer dann, wenn der Strom gebraucht wird.“ Gleichzeitig stellt Schürmann klar: „Energiewende ist mehr als nur Stromwende.“ Die Bereiche Mobilität und Wärme gelte es ebenso zu beachten. Eine stärkere Wärmenutzung bestehender Biogasanlagen ist daher ein wichtiges Ziel.

Enge Kooperation

Voraussetzung für den Erfolg des Projekts ist laut Sambale „eine enge Kooperation mit den 27 Gemeinden in der Modellregion“. Die Gemeinden wollen engagiert mitarbeiten und in den nächsten Jahren sowohl in den eigenen Liegenschaften Maßnahmen umsetzen wie auch bei Bürgern und Unternehmen neue Projekte initiieren, um so als Motoren in der Energiewende zu wirken. Bereits bestehende Netzwerke, Konzepte und Projektideen werden dabei gebündelt und integriert.

„Mit dem Projekt Energiewende Unterallgäu Nordwest stärken wir auch regionale Wirtschaftskreisläufe und die Wertschöpfung vor Ort und reduzieren gleichzeitig unsere Abhängigkeit von fossilen Energien“, erklärt Landrat Hans-Joachim Weirather. Weitere Infos unter: www.energie-wende-unterallgaeu.de

Stadtwerke gestalten Zukunft

Partnerschaften und Daseinsvorsorge 4.0 bei VKU-Landesversammlung in Bamberg

Ohne Steckdose und Glasfasernetze kommt Google nicht zum Bürger. Ohne digitale Bausteine bleiben Versorgungsinfrastrukturen für Energie und selbst Wasser nicht zukunftsfähig. „Wir brauchen daher Partnerschaften mit allen klugen Köpfen, die mit uns daran arbeiten, die Lebensadern des Alltags fit für die Zukunft zu machen“, betonte Josef Hasler, erneut Vorsitzender des neu gewählten Vorstandes der Landesgruppe Bayern des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), der sich zwei Tage in Bamberg traf. „Wir nennen das Daseinsvorsorge“, ergänzte Hasler.

Die Daseinsvorsorge 4.0 und ihre Auswirkungen für die Kommunen und kommunalwirtschaftlichen Fragen des Wirtschaftsstandortes Bayern waren wesentliches Thema des Treffens. VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche, die als Gast an der Versammlung teilnahm: „Der Kunde erwartet Dienstleistungen, die ihm das Leben leichter machen. Kommunen und ihre Unternehmen entwickeln deshalb Produkte und Lösungen, um den heutigen Anforderungen der Kunden zu entsprechen. Sie investieren in die notwendigen Infrastrukturen und deren Digitalisierung.“ Für Reiche ist klar: „Wir befinden uns auf dem Weg in die Daseinsvorsorge 4.0. Was das Lebensumfeld der Menschen verändert, verändert auch die Daseinsvorsorge.“

Zum zentralen Baustein der zukünftigen Daseinsvorsorge und der Energiewende werden neben sicheren Energie- und Wassernetzen auch leistungsstarke Breitbandnetze, machte Dr. Michael Fiedeldey, Geschäftsführer der gastgebenden Stadtwerke Bamberg, deutlich: „Eine schnelle und sichere Breitbandversorgung ist heute wesentlicher Faktor für einen Wirtschaftsstandort. In Bamberg bauen wir zukunftsicheres Datennetz, bei dem die Glasfasern bis in jedes Haus reichen. Wir liefern bereits heute mit 500 MBit die Zukunft. Wir schaffen das, obwohl die Politik uns mit „Vectoring“ Steine in den Weg legt und veraltete Technologien einseitig begünstigt. Dort in Kupferkabel zu investieren, wo bereits Glasfaserleitungen ein Vielfaches an Geschwindigkeit bringen, ist volkswirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Es kann nicht sein, dass modernste Glasfasernetze verzögert oder gar zum Rückzug gezwungen werden, wo die Politik Vectoring einem Dritten erlaubt.“

Bayerische Wirtschaft setzt auf Strom aus Österreich

BIHK-Präsident Sasse: „EU muss Energieunion mit gemeinsamer Preiszone erhalten“

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) und die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) sprechen sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die mögliche Trennung der gemeinsamen Strompreiszone zwischen Deutschland und Österreich aus. BIHK-Präsident Eberhard Sasse warnt: „Diese Pläne gefährden die Versorgungssicherheit in Bayern, führen zu höheren Strompreisen und schaden dadurch unseren Unternehmen.“

WKÖ-Präsident Christoph Leitl erklärt: „Ein gemeinsamer Strommarkt ist die Voraussetzung für eine europaweite Energiewende bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähigen Strompreisen. Der Wandel zu einem nachhaltigeren Energiesystem darf nicht zu einer Renationalisierung der Energiepolitik führen.“

Wegen noch fehlender Binnen-Netzkapazitäten wird der im Norden Deutschlands produzierte Überschuss an Strom aus Windkraftanlagen über Polen und Tschechien nach Österreich weitergeleitet. In der Alpenrepublik gibt es viele Pumpspeicherkraftwerke, die Netzspitzen aufnehmen und den Strom bei Bedarf

Dr. Fiedeldey ist überzeugt, dass die Politik die Weichen für die digitale Zukunft besser stellen könnte. Wie es geht, zeigen die Stadtwerke Bamberg in Kooperation mit drei Gemeinden im Landkreis Bamberg: Hier wird gerade ein flächendeckendes FTTB-Glasfasernetz gebaut – ohne Förderung für den Ausbau.

Vernetzung im Blick

„Digitalisierung ist im Wesentlichen Vernetzung“, lenkte Hasler den Blick auf die Möglichkeiten, Infrastrukturen neu zu denken. „Nach den Pariser Klimaschutzbeschlüssen müssen wir neu denken“, betonte er. Erneuerbare Energien entstehen in der Fläche, sie verhalten sich wie Wind und Wetter. Sie zu koordinieren gelingt nur vor Ort – mit den Stromnetzen, Verbrauchern und Stadtwerken in der Region. „Wir plädieren deshalb für einen zellulären Ansatz, in dem Energie soweit möglich lokal und regional erzeugt, gespeichert und verbraucht wird. Politisch heißt das, Subsidiarität ernst zu nehmen, statt zentrale Strukturen immer weiter zu stärken“, so Hasler. „Das wäre ein Modell, europäische Grundideen im Energiebinnenmarkt wiederzubeleben, statt ihn für wenige Player zu strukturieren“, unterstrich Hasler.

Im Rahmen der Landesgruppenversammlung in Bamberg hat die Landesgruppe Bayern des VKU ihren Vorstand neu gewählt. Als Vorsitzender der Landesgruppe wurde Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstandes der N-ERGIE AG, im Amt bestätigt. Stellvertretende Landesgruppenvorsitzende sind weiterhin Klaus Herzog, Oberbürgermeister von Aschaffenburg sowie Alois Wanninger, Werkleiter der Stadtwerke Landau an der Isar.



Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, und die beiden LEW-Vorstandsmitglieder Norbert Schürmann und Dr. Markus Litpher eröffneten die neue LEW Energiewelt.

Bild: LEW/Christina Bleier

„Energie berührt“

Lechwerke eröffneten in Augsburg interaktive und digitale Ausstellung zur Energieversorgung in der Region

Neue Attraktion am Augsburger Königsplatz: Die Lechwerke eröffneten in der Schaezlerstraße ihre neue LEW Energiewelt. Kunden und Besucher können im Foyer des Haupteingangs nunmehr die Energieversorgung in der Region völlig neu erleben. Die verschiedenen Geschäftsbereiche, Produkte und Innovationen der Lechwerke werden dabei multimediale und mit interaktiven Elementen präsentiert. LEW macht das komplexe Thema „Energie“ damit für Besucher und Kunden transparent und direkt erlebbar.

In der Eröffnungswoche fanden Aktionstage mit Veranstaltungen, Vorträgen und Eröffnungsangeboten statt. In der Energiewelt befinden sich jetzt auch der LEW Energieladen und das Café Piazza Reale.

Das Foyer des LEW-Unternehmenssitzes ist in den vergangenen Monaten vollständig umgestaltet worden. Mit dem Bau der LEW Energiewelt begannen die Lechwerke im Juli 2015. Die konzeptionelle Vorplanung startete bereits im Sommer 2014.

Ein über zwei Stockwerke reichender Eingangsbereich, eine verglaste Fassade und der künstlerisch gestaltete Vorplatz markieren nun die neue LEW Energiewelt. Bei ihrem Projekt arbeiteten die Lechwerke zusammen mit Ott Architekten und LIQUID – Agentur für Gestaltung aus Augsburg.

Modernes Foyer

Das neue Design setzt sich im Innenbereich des Gebäudes fort: „Wer unsere neue Energiewelt betritt, merkt sofort, dass wir uns hier in einem völlig neuen Gewand präsentieren. Frische Farben, helle Räume und viel Glas sorgen für ein offenes und modernes Foyer“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Unsere neue LEW Energiewelt zeigt nicht nur den Wandel in der Energieversorgung und bei unseren Kunden – sie steht auch für eine neue LEW. Als Unternehmen greifen wir diese Veränderungen auf und entwickeln unsere Lösungen und damit auch die LEW Energiewelt ständig weiter.“

Multimediale Elemente

Die neue 260 Quadratmeter große Ausstellungsfläche gibt einen Überblick über die verschiedenen Geschäftsbereiche, Produkte und Innovationen der Lechwerke. Im Mittelpunkt stehen dabei multimediale und interaktive Elemente. An einer Wand wird beispielsweise das Kerngeschäft der LEW-Gruppe visualisiert. Es geht dabei um den Weg der Energie von der Stromerzeugung über die Verteilung und den Vertrieb bis hin zur Datenkommunikation. Besucher können einzelne Elemente, wie Wolken, Turbinen oder Windräder aktivieren und auf diese Weise den Energiefluss in Gang setzen. Bild-

schirme und Touchscreens liefern zusätzliche Informationen, wie etwa aktuelle Energiedaten aus der Region, und bieten den Besuchern vielfältige Interaktionsmöglichkeiten.

„Mit unserem Motto ‚Energie berührt‘ meinen wir zwei Dinge: Erstens: Energie treibt uns an, bewegt uns und vernetzt die Welt. Das wird in der LEW Energiewelt ganz deutlich. Zweitens: Die Besucher können in unserer Erlebniswelt Energie tatsächlich berühren und neue Energielösungen ausprobieren“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Wir möchten die Menschen auf diese Weise für das Thema Energie begeistern und zum Mitmachen anregen. Hier soll ein Treffpunkt für alle entstehen, die Energiezukunft gestalten wollen.“

LEW Energieladen

Teil der neuen LEW Energiewelt ist auch der LEW Energieladen, der bislang an der Ecke Schaezlerstraße/Bahnhofstraße zu finden war. „Das Besondere am neuen Energieladen ist, dass sich die Besucher und Kunden selbst informieren können“, betont LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Denn auch im Energieladen sind alle Angebote und Lösungen multimediale und interaktiv aufbereitet.“ Animationen veranschaulichen beispielsweise, wie eine Wärmepumpe funktioniert und am digitalen Produkttisch können Besucher mehr über die LEW Strom- und Energieangebote erfahren.

Neue Arbeitswelt

Neben der LEW Energiewelt ist im Rahmen des Umbaus auch eine neue Arbeitswelt entstanden. „In der neu entstandenen Etage über dem LEW Energieladen haben wir eine offene, moderne und flexible Bürolandschaft gestaltet“, ergänzt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Energiewende und Digitalisierung verändern auch die Zusammenarbeit im Unternehmen. Heute müssen Mitarbeiter schnell, flexibel und bestens vernetzt sein. Mit der neuen Arbeitswelt haben wir dafür die optimalen Rahmenbedingungen geschaffen.“ Nähere Informationen unter www.lew.de/unternehmen/lew-energie-welt

Gemeinde Oberostendorf setzt auf Zukunft

Erdgas-Konzessionsvertrag über 20 Jahre abgeschlossen

erdgas schwaben versorgt in Zukunft die im Allgäu liegende Gemeinde Oberostendorf mit dem klimaschonenden Energieträger Erdgas. Vor kurzem unterzeichneten Bürgermeister Helmut Holzheu und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, offiziell den neuen Konzessionsvertrag. Damit ist der Energie-dienstleister erdgas schwaben mit seiner 100prozentigen Tochter schwaben netz künftig für die Planung und Bau des Erdgas-Netzes Oberostendorf verantwortlich.

Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, freut sich: „Erdgasnetz sind immer dann wichtiger Bestandteil von Wärmeversorgungen, wenn es darum geht, Versorgungssicherheit zu gewährleisten.“

Nach der Ausschreibung im Frühjahr 2016 hat erdgas schwaben den Zuschlag für Oberostendorf bekommen. Beim Ausbau des Erdgasnetzes im Zuge der Bauarbeiten am neuen Rad- und Gehweg entlang der Kardinalstraße haben sich die sehr guten Kontakte und kurzen Wege zu schwaben netz bewährt. So konnten hier bereits

erste Leitungen mitverlegt und erste Anlieger angeschlossen werden.

Die Belieferung mit der neuen und sauberen Energie kann im Laufe des kommenden Jahres erfolgen. erdgas schwaben berät die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wie man Energie sparen und das Klima schützen kann. Auch das geplante neue Rathaus wird mit umweltschonendem Erdgas versorgt.

Bürgermeister Helmut Holzheu freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit einem kompetenten Partner in Sachen Energieversorgung vor Ort. □



Helmut Holzheu, Bürgermeister von Oberostendorf (vorne links), und Uwe Sommer, Prokurist erdgas schwaben, unterzeichneten den Erdgas-Konzessionsvertrag über 20 Jahre. Hinten stehend von links: Frank Köberle (Energieberater schwaben netz), Anton Gleich (Leiter Breitbandausbau erdgas schwaben), Theobald Frank und Andreas Baumgartner (beide Vorstand Kommunalunternehmen Oberostendorf). □

Niederbayerischer Biogas-Stammtisch in Rottersdorf

Der 42. Niederbayerische Biogasstammtisch in Rottersdorf bei Landau, gemeinsam veranstaltet von C.A.R.M.E.N. e.V. und der Regionalgruppe Niederbayern des Fachverbandes Biogas e.V., stieß unter den Betreibern auf große Resonanz. Über 100 Besucher nutzten die Gelegenheit, sich fachlich mit Berufskollegen auszutauschen und in mehreren Vorträgen über aktuelle Themen zu informieren.

Nach der Begrüßung durch Regionalgruppensprecher Franz Winkler beschäftigten sich die ersten beiden Vorträge mit der Zuckerrübe. Markus Klein von der Südzucker AG stellte das Angebot seiner Firma dar, an Biogasanlagenbetreiber vertraglich vereinbarte Mengen an Zuckerrüben zu liefern. Daran anschließend berichtete Sebastian Schaffner von der KWS Saat AG über Vor- und Nachteile des Zuckerrübenanbaus für Biogasanlagen.

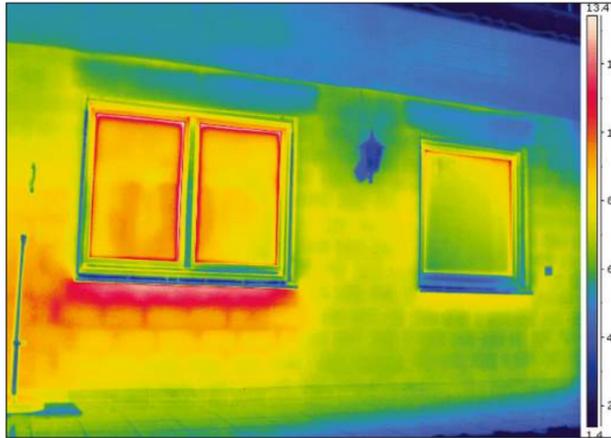
Im Hauptvortrag des Abends stellte Rechtsanwalt Dr. Helmut Loibl (Kanzlei Paluka Sobola Loibl & Partner) diverse Möglichkeiten zur Optimierung von Biogasanlagen unter Berücksichtigung der durch das EEG vorgegebenen Rahmenbedingungen vor. Ausgangspunkt seiner Ausführungen war, dass Bestandsanlagen spätestens nach 20 Jahren in das sogenannte Ausschreibungsregime wechseln müssen, um im Rahmen des EEG weiter betrieben werden zu können.

Angesichts des im Regelfall deutlich unter der bisherigen Vergütung liegenden maximalen Gebotspreises plädierte er dafür, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Hier standen für ihn nennenswerte Wärmeverkaufs-

einnahmen und der Flexibilitätsschlag im Mittelpunkt.

Loibl riet zu prüfen, ob statt der üblichen doppelten Überbauung nicht auch eine höhere, bis zu fünffache Überbauung in Frage kommen könnte, da hierdurch bei einer 500 kW-Anlage Einnahmen bis zu 100.000 Euro zu erzielen seien. Auch rechnete Loibl vor, dass der optimale Zeitpunkt für die erstmalige Teilnahme an Ausschreibungen vier Jahre vor Ende der Vergütungsdauer sei.

Vor dem Hintergrund der drohenden Erhöhung des erforderlichen Gärproduktlagerungsraums brachte er eine Leistungsreduzierung ins Spiel. Schließlich ging Loibl noch auf verschiedene von ihm konkret erlebte Szenarien ein, die für Betreiber zum rückwirkenden Verlust der Vergütung, teilweise in Millionenhöhe, führen können. Die Hauptgefahren lägen hier in versäumten Meldepflichten ins Anlagenregister der Bundesnetzagentur, Nichterfüllung der technischen Anforderungen des Einspeisemanagements sowie bestimmten Teilbereichen der Stromsteuerbefreiung. „Das Risiko steckt beim EEG im Detail“, bilanzierte Loibl und erteilte damit Zustimmung unter den anwesenden Anlagenbetreibern. □



Im Idealfall zeigt ein Neubau wie auf diesem Bild, dass wenig Energie durch Wärmebrücken verloren geht. □

Thermografie selber machen?

Besser ist es, Experten um Rat zu fragen!

Selbermachen liegt im Trend – warum nicht auch mal eben ein thermografisches Bild vom eigenen Haus knipsen? Denn viele Hersteller bieten Apps und Aufsteckkameras an, die thermografische Bilder für den privaten Gebrauch liefern sollen – also die für das menschliche Auge unsichtbare Wärmestrahlung sichtbar machen.

Eingesetzt wird Thermografie zum Beispiel, um Wärmebrücken und andere Lecks aufzuspüren, durch die ein Gebäude Wärme und damit kostbare Energie verliert. Für einen ersten Überblick und zur Vorbereitung auf das Treffen mit einem Energieberater bieten die Apps und Handycameras Hausbesitzern und Bauherren eine kostengünstige Alternative.

Bild und Analyse gehören zusammen

Doch wer aus dieser Technik wirklich Nutzen ziehen will, sollte vor der geplanten Sanierung einen erfahrenen Energiesparprofi zu Rate ziehen, der die thermografischen Bilder nicht nur mit einer hoch auflösenden Profikamera macht, sondern sie auch sicher interpretieren kann. Die Energieberater von erdgas schwaben bieten professionelle Infrarotthermografie an, um zuverlässig Wärmeverluste und Wärmebrücken an Gebäuden aufzudecken.

Zum Angebot gehören mindestens sechs Außenaufnahmen und

eine Infobroschüre mit Erläuterungen. Eingebaute oder ergänzende Kameras für Smartphones haben in der Regel eine niedrigere Bildauflösung und messen weniger präzise. Profi-Kameras decken außerdem ein deutlich größeres Temperaturspektrum ab.

Die Energieberater von erdgas schwaben erklären die entstandenen Bilder und geben Tipps zur Behebung möglicher Schwachstellen. Darüber hinaus bekommt der Auftraggeber Hinweise zur neuen Energieeinsparverordnung (EnEV). Wichtig ist es, die Bilder an einem kalten Abend zu machen – unter fünf Grad – und auf die Witterungsverhältnisse zu achten. Starker Wind etwa oder viel Sonne am vorhergehenden Tag können das Ergebnis verfälschen.

Gut zu wissen: erdgas schwaben bietet Infrarotthermografie, Analyse der Aufnahmen und eine individuelle Beratung für Kunden besonders günstig an. Sie zahlen 109 Euro. Nicht-Kunden können die Dienstleistung natürlich ebenfalls in Anspruch nehmen und bezahlen dann 159 Euro. □

OPAL-Gaspipeline:

Kommission erleichtert Zugang

Die Europäische Kommission will Energieunternehmen den Zugang zur OPAL-Gaspipeline erleichtern und hat die Ausnahmeregelungen für die Nutzung der Gaspipeline mit einem Beschluss verschärft. Damit wird der Wettbewerb im Gasmarkt gestärkt und eine verbesserte Versorgungssicherheit gewährleistet. Mit der beschlossenen Entscheidung setzt die Kommission Prioritäten im Rahmen der Strategie für die Energieunion um.

Die OPAL-Pipeline verbindet die Gasfernleitung Nord Stream 1 in Norddeutschland mit der Gasinfrastruktur in der Tschechischen Republik. Seit ihrer Inbetriebnahme im Jahr 2011 war die OPAL-Gaspipeline zu 100 Prozent von den Regelungen des EU-Energiebinnenmarkts über den Netzzugang Dritter und die Entgeltregulierung ausgenommen. Nach der überarbeiteten Entscheidung ist nunmehr die Nutzung von nur 50 Prozent der OPAL-Kapazitäten von den Vorschriften über den Netzzugang Dritter freigestellt; der Betrieb der übrigen 50 Prozent der Leitungskapazität wird strengen EU-Marktvorschriften unterliegen.

Ungenutzte Kapazitäten

Zuvor durften Energieunternehmen mit beherrschender Stellung auf einem der tschechischen Gasmärkte (dazu gehörten die Gazprom-Gruppe und die RWE-Gruppe) nur dann mehr als 50 Prozent der für die Tschechische Republik bestimmten Kapazität buchen, wenn sie ein „Gasfreigabeprogramm“ umsetzten, d. h. Gas zu von der Regulierungsbehörde festgelegten Bedingungen verkaufen. Ein solches Programm wurde aber nie umgesetzt. Folglich blieb ein erheblicher Teil der Pipeline-Kapazität ungenutzt.

Die neuen Ausnahmeregelungen werden bis zum Jahr 2033 gelten. Danach unterliegt die OPAL-Pipeline in vollem Umfang den standardmäßigen Rechtsvorschriften. Der Beschluss ist für die deutsche Energieregulierungsbehörde mit sofortiger Wirkung verbindlich.

Die Kommission fordert in dem neuen Beschluss, dass eine erhebliche Menge der Pipeline-Kapazität den Wettbewerbern als zuverlässige, sogenannte verbindliche Kapazität zur Verfügung gestellt werden muss. Unter bestimmten Umständen kann die Kommission diesen Schwellenwert sogar erhöhen. Darüber hinaus dürfen Unternehmen mit einer beherrschenden Stellung auf dem tschechischen Markt andere Pipeline-Nutzer hinsichtlich dieser Kapazität nicht überbieten, und zusätzliche Überwachungspflichten bieten weitere Garantien dafür, dass die Pipeline einen Beitrag zur Marktintegration und zum Wettbewerb leistet.

Vorfahrt für Verbraucher

Die zusätzlichen Bedingungen, die in den Beschluss der Kommission aufgenommen wurden, ergeben sich aus den jüngsten Marktentwicklungen – Steigerung des grenzüberschreitenden Handels in Mitteleuropa und größere Liquidität auf den Märkten. Da durch ihn sichergestellt wird, dass alle Unternehmen Zugang zu der Pipeline haben, ermöglicht er eine Weiterentwicklung der wettbewerbsorientierten Gasmärkte zum Vorteil der europäischen Verbraucher.

Der Beschluss für eine effiziente Nutzung vorhandener Pipelines trägt zur Marktintegration bei, in diesem Fall insbesondere zur Integration des deutschen und des tschechischen Marktes. Dadurch, dass ein umfassenderer Zugang vom deutschen „Gaspool“-Hub zum tschechischen Markt ermöglicht wird, wird auch die Versorgungssicherheit verbessert. □

Der schönste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas
 Strom // Bio-Strom
 Geld sparen, Klima schonen –
 unser Mix macht's möglich

www.erdgas-schwaben.de

Strukturwandel im Energiemarkt

Studie zum Investitionsbedarf bei Stadtwerken

Der durch die Energiewende bedingte Strukturwandel im Energiemarkt erfordert entsprechenden Handlungs- und Anpassungsbedarf. Dieser wiederum muss finanziert werden – der Investitionsbedarf bei Stadtwerken wird folglich weiter steigen. Dies geht aus der aktuellen Studie „Strukturwandel im Energiemarkt“ hervor, die das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig gemeinsam mit der Deutschen Kreditbank AG (DKB) erstellt hat.

Im Rahmen einer deutschlandweiten Stadtwerke-Befragung wurden Befragungsergebnisse von 83 kommunalen Energieversorgern ausgewertet. Das Ziel lag darin herauszustellen, welche strategischen Herausforderungen sich für Stadtwerke aus der Energiewende für ihre Geschäftsfelder ergeben, welche Rolle neue Geschäftsfelder spielen und inwiefern diese Strategien mittels Kooperationen oder als „Stand-alone“ durchgesetzt werden.

Veränderungspotenzial sehen die Stadtwerke (72,3 %) vor allem im Vertrieb. Hier wird künftig eine noch stärkere Kundenbin-

dung intendiert. So erwarten zwei Drittel eine Veränderung des Verbraucherverhaltens hin zu einer erhöhten Wechselbereitschaft und effizienteren Verbrauch. Prozess- und Kostenoptimierung, stärkere digitalisierte Vertriebsprozesse und Kooperationen in Vertriebskanälen werden ebenfalls eine Rolle spielen. Demgegenüber erwartet fast die Hälfte der Unternehmen einen Rückgang des Kerngeschäfts.

Allerdings sehen über 84 % der Stadtwerke künftig hohen Investitionsbedarf in den Bereichen Wärme, erneuerbare Energien, Netzausbau und Netzdigitalisierung.

Praxisforum Geothermie.Bayern in München:

Potenziale ausschöpfen

Der Ausbau der tiefen Geothermie in Bayern kommt wieder in Schwung. Unter den verbesserten politischen Rahmenbedingungen tauschten sich beim 4. Praxisforum Geothermie.Bayern im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München über 170 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Industrie, der Energie- und Finanzbranche sowie Gemeindevertreter wieder über Neuheiten, praktische Erfahrungen, und gesetzliche Änderungen in der tiefen Geothermie aus.

Im Juli dieses Jahres hat das neue Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) den Bundestag und Bundesrat endgültig passiert. Von einer Ausschreibungspflicht für die tiefe Geothermie wurde abgesehen. Der Degressionsbeginn für die Einspeisevergütung für Elektrizität aus Geothermie hat sich auf das Jahr 2021 verschoben. Nahezu zeitgleich wurde das Kumulierungsverbot für die tiefe Geothermie von einer KfW-Finanzierung mit EEG-Einspeisevergütungen von der EU-Kommission aufgehoben, wie Schirmherrin Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, in ihrem Grußwort unterstrich. Für die tiefe Geothermie sind dies erfreuliche Zeichen, bedeutet die EEG-Novelle 2017 doch eine deutliche Investitionssicherheit für geplante und in Bau befindliche Projekte.

Tiefengeothermie

Die Keynotes und Vorträge in den Fachforen umspannten alle wichtigen Aspekte rund um die tiefengeothermische Nutzung in Bayern und gaben Einblick in gesetzliche und technische Neuerungen, bestehende Herausforderungen und Erfahrungswerte aus der Praxis. So stellte Ministerialrat Rainer Zimmer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, die Schwerpunkte der Neuerungen im Rahmen der Fracking-Gesetzgebung und deren Folgen für die Geothermie ausführlich dar.

Benjamin Richter von der Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner erläuterte die nötigen Voraussetzungen für das Engagement von Investoren. Bürgermeister Norbert Seidl (Stadt Puchheim) zeigte anhand von gePEX Puchheim die Bedeutung von Transparenz und Dialog bei geplanten Geothermieprojekten auf.

Preismodelle, technische Neuerungen, Entwicklungen und Erfahrungen in der geothermischen Stromerzeugung und Wärmenutzung sowie bohrtechnische Herausforderungen und neue Projek-

te wurden in einzelnen Fachforen präsentiert. In einem Forum stellten Vertreter von Erdwärme Bayern bzw. Enel unter anderem das Projekt in Weilheim sowie das Forschungsprojekt Geretsried vor. In einem weiteren Forum wurde über Geothermie-Projekte in Erding, Unterföhring und Freising berichtet; außerdem stellte Helmut Mangold von der Innovativen Energie in Pullach das neue Preismodell vor.

Bernd Kapp von Harden Schaden-Support informierte über die Entwicklungen bei den eingesetzten Tauchkreiselpumpen, während Dr. Christian Hecht (Stadtwerke München) erste Ergebnisse der groß angelegten urbanen 3D Seismik in München präsentierte. Zudem wurde über Risikominimierung, Anreize für Investoren und nötige Hausaufgaben, die die Energieunternehmen bei der Planung von geothermischen Projekten machen müssen, diskutiert. Einig waren sich dabei alle, dass das Bayerische Molassebecken die besten Bedingungen für Tiefengeothermie in Mitteleuropa bietet: eine fast 100-prozentige Fündigkeitsrate bei Bohrungen, eine stabile politische Lage und die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen.

Derzeit sind in Oberbayern 22 Geothermieanlagen im Betrieb, jeweils vier im Bau und im fortgeschrittenen Planungstadium. Die weiter zunehmende Attraktivität zeigen auch die im Oktober begonnenen Bohrarbeiten in Weilheim und die von den Stadtwerken München bekanntgegebene Bauvorbereitung für die geplante Geothermieanlage auf dem Gelände des Heizkraftwerks Süd.

Investoren wiesen darauf hin, dass sowohl Projektinhaber als auch die Industrie Hausaufgaben machen müssten, um die Anreize für Kapitalgeber zu erhöhen. Dazu zählten beispielsweise eine transparentere Risikoaufteilung, Kapitalreserven für die Sicherstellung des Cash-Flow oder auch ganz konkret die Verfügbarkeit von Pumpen und damit eine Minimierung von Ausfallzeiten. Grundsätzlich sei der Ausblick für den momentan aktivsten Geothermiewirtschaftsmarkt Mitteleuropas durchweg positiv. **DK**

Auch werden Kooperationen an Bedeutung gewinnen, vor allem, um in einem volatilen Marktumfeld Risiken zu teilen bzw. zu minimieren und Synergie- und Skaleneffekte zu erreichen.

Lokalität und Stabilität

Nach außen gerichtet, beachtet die Mehrheit der Befragten, insbesondere über Kooperationen Investitionsrisiken zu minimieren oder spezifisches Know-how zu binden, um so möglichst risikoarm veränderte Geschäftsfelder zu besetzen (Energieerzeugung) bzw. ein noch geringes, aber innovatives Nachfragepotential (z. B. Elektroautos) kostenoptimal zu bedienen. Stadtwerke setzen hierbei auf Lokalität, Stabilität und Langfristigkeit. Dabei entstehen neben klassischen horizontalen Kooperationen mit anderen Stadtwerken auch neue Beziehungen und Bereiche der Zusammenarbeit, beispielsweise mit Wohnungsgesellschaften, Kommunalverwaltungen, Projektierern oder Verkehrsbetrieben.

Know-how-Transfer stärken

So gewinnen Mieterstrommodelle mit flankierenden Bürger-sparbriefen (Beispiel: Projekt „SonnenBurg“) als Kooperation zwischen Stadtwerken und Wohnungsgesellschaften als Bürgerprojekte an Bedeutung. Auch Kooperationen zwischen Energieversorgern selbst (Beispiel: enviaM-Energiernetzwerk mit Stadtwerken) werden genutzt, um den Know-how-Transfer zu stärken und Energieeinsparpotenziale zu generieren.

Auch die Kommunalverwaltung als Kernverwaltung bildet einen natürlichen und häufig strategischen Kooperationspartner von Stadtwerken. Allerdings ist die Kooperationsintensität hierbei eher unverbindlich-situativer Natur. Dabei wird besonders in den Bereichen Energieeffizienz (26

Nennungen) und Energieversorgung (24 Nennungen) zusammen gearbeitet, auch bezogen auf Energiedienstleistungen und Elektromobilität kooperieren Stadtwerke vielfach mit der Kommunalverwaltung.

Besonders die Bereiche Elektromobilität, Energiespeicherung, -erzeugung und -verteilung sowie erneuerbare Energien spielen hier eine bedeutende Rolle. Mithin arbeiten die Kommunalverwaltungen vor allem in Bezug auf kommunale Entwicklungsplanungen, beispielsweise im Rahmen von Energiekonzepten, mit den EVU zusammen.

Entsprechende Planungen werden vielfach für mehrere Jahre aufgestellt und eine Kooperation erfolgt hier im Rahmen der Planerstellung meist bezogen auf die Zielfindung und die Erarbeitung von Umsetzungsmaßnahmen und kann dabei auch verbindlichere Formen annehmen. Als Teile der Länder und häufig ausführende Organe sind Kommunen vor diesem Hintergrund abhängig von Gesetzgebungsprozessen der Länder, des Bundes und der EU.

Veränderungen im Vertrieb herbeiführen

Fazit: Letztlich besteht die wirtschaftlich langfristige Herausforderung der Stadtwerke darin, dass sich ein großer Teil des derzeitigen Kerngeschäfts, der Vertrieb der homogenen Gütern Strom- und Gas, nachhaltig, über einen hoch kompetitiven, überregionalen Markt entwickelt hat. Die Notwendigkeit, Veränderungen im Vertrieb und dessen Strukturen herbeizuführen, wurden mehrheitlich festgestellt.

Die damit zu erzielenden Margen könnten allerdings weiterhin unter Druck bleiben, so die Studie. Die befragten Stadtwerke seien deshalb in erster Linie bestrebt, intern ihre Kosten- und Prozesseffizienz in Kernprozessen zu erhöhen, um ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit grundsätzlich sicherzustellen. Zudem versuchten sie, über das Angebot von zusätzlichen Leistungen neue Wertbeiträge zu generieren, z. B. im Bereich der Wärmeversorgung über Energieeffizienzberatungen oder die Zusammenarbeit in Contracting-Modellen. **DK**

Hochinnovatives BHKW in Kemnath eingeweiht

Kraft-Wärme-Kälte-Kopplungssystem im Unternehmen Ponnath

Ein Blockheizkraftwerk, das Strom, Gefrierkälte und Dampf liefern kann: Maßgeschneidert an die Anforderungen der Firma Ponnath DIE MEISTERMETZGER GmbH hat das Institut für Energietechnik IfE GmbH an der OTH Amberg-Weiden ein komplett neues und hochinnovatives Blockheizkraftwerk entwickelt. Jetzt wurde diese technologische Neuentwicklung im Beisein zahlreicher Ehrengäste offiziell eingeweiht.

Hintergrund des neuen Kraft-Wärme-Kälte-Kopplungssystems ist der Energienutzungsplan der Stadt Kemnath, den die Stadt Kemnath (Landkreis Tirschenreuth, Oberpfalz) auf Initiative von 1. Bürgermeister Werner Nickl in Kooperation mit dem Institut für Energietechnik IfE GmbH an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden in den Jahren 2012 - 2013 erarbeitete.

Ein Schwerpunkt des Energienutzungsplans der Stadt Kemnath war unter anderem die Untersuchung der Firma Ponnath DIE MEISTERMETZGER GmbH. Unter wissenschaftlicher Leitung des IfE mit Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Dipl.-Ing. Markus Weber und Dipl.-Ing. Thorsten Meierhofer wurden im Unternehmen – ein Mitglied des Partner Circle der OTH Amberg-Weiden – unterschiedliche technische Möglichkeiten der

Energieeffizienzsteigerung geprüft. Das Ergebnis: Nach aktuellem Stand der Technik können Blockheizkraftwerke lediglich Strom und Wärme unterhalb eines Temperaturniveaus von 90 °C liefern. Da die Firma Ponnath im ursprünglichen Zustand 9.500 MWh/a Strom und 13.500 MWh/a Erdgas benötigt hat, um ausschließlich Dampf und Gefrierkälte zu erzeugen, sind sämtliche gängigen KWK-Technologien ausgeschlossen.

Komplette technologische Neuentwicklung

Eine wirtschaftliche Lösung konnte also nur über eine komplette technologische Neuentwicklung eines BHKW erreicht werden. Vor diesem Hintergrund fördert das Bayerische Wirtschaftsministerium ein Forschungs- und Demonstrationsvorhaben mit dem Ziel, ein

Trends und Aufgaben für den Stromsektor:

BMWi-Impulspapier „Strom 2030“

Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Um den Weg vom Strommarkt 2.0 zum Energiemarkt 2.0 gemeinsam gestalten zu können, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) das Impulspapier „Strom 2030“ veröffentlicht und eine breite Diskussion über die Rahmenbedingungen für die zukünftige Versorgung mit Strom gestartet: Zur Erzeugung, zur Nutzung in Wärme, Verkehr und Industrie und zum Transport durch die Stromnetze.

Das Impulspapier skizziert langfristige Trends für den Stromsektor und leitet daraus Aufgaben ab. In den vergangenen Wochen wurde es vertieft in den Arbeitsgruppen der Plattformen Strommarkt und Energienetze diskutiert. Im Frühjahr 2017 soll über die Ergebnisse der Erörterungen berichtet werden; zudem wird ein Schlusspapier die Resultate des Diskussionsprozesses zusammenfassen.

Der Fokus des Impulspapiers „Strom 2030“ liegt auf der kostengünstigen und sicheren Versorgung mit Strom. Die Stromproduktion aus Wind und Sonne schwankt mit dem Wetter. „Daher gilt es, den Strommarkt 2.0 konsequent zu vollenden, also das Stromsystem flexibler und europäischer zu machen“, heißt es. Ein zunehmend flexibles Stromsystem gleiche Erzeugung und Verbrauch aus und gewährleiste eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Strom. Zentral dafür seien gut ausgebaute nationale und europäische Netze sowie die europaweite Kopplung der nationalen Strommärkte.

Sektorkopplung

„Um Treibhausgasemissionen zu vermeiden, nutzen Verkehr, Wärme und Industrie immer häufiger erneuerbaren Strom“, lautet ein weiterer Trend. Dieser Einsatz von Strom für andere Nutzungen werde auch „Sektorkopplung“ genannt. Für Wind- und Solarstrom sowie Stromleitungen seien Flächen und Akzeptanz begrenzt. Im Hinblick auf Volumen und Kosten sei das aber nur darstellbar, wenn in allen Sektoren vor allem besonders effiziente Technologien wie Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge zum Einsatz kommen und der Energiebedarf dadurch drastisch reduziert wird. Zudem sollten der Regulierungsrahmen überprüft und die Wettbewerbsbedingungen für Wind- und Sonnenstrom im Wärme- und Verkehrsbereich gegenüber fossilen Energieträgern zur Diskussion gestellt werden, mit dem Ziel, die volkswirtschaftlichen Kosten zu verringern.

Leistungsfähige Stromnetze seien Voraussetzung für den kostengünstigen Ausbau der erneuerbaren Energien und eine effiziente Integration von Stromverbrauchern im Wärme- und Verkehrsbereich. Deshalb komme es darauf an, die bereits gesetzlich beschlossenen Netzausbauvorhaben zügig zu realisieren.

komplett neues und hochinnovatives BHKW zu entwickeln, das maßgeschneidert an die Anforderungen der Fa. Ponnath Strom, Gefrierkälte und Dampf liefern kann.

Im Zuge des Technologietransfers arbeitet das Kompetenzzentrum Kraft-Wärme-Kopplung der OTH Amberg-Weiden, das Institut für Energietechnik IfE an der OTH Amberg-Weiden, das Unternehmen Ponnath und die Firma AGO AG Energie + Anlagen eng zusammen. Nur durch das räumliche Zusammenspiel aus angewandter Forschung und industrieller Anwendung konnte das KWK-System entwickelt und ständig optimiert werden. **DK**

ren und weitere Netzausbauvorhaben zu identifizieren und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

In einem zunehmend durch fluktuierende erneuerbare Energien geprägten Stromsystem tragen flexible Erzeuger und Verbraucher sowie Speichertechnologien zur optimalen Nutzung der Netze bei. Dies verringere auch den Bedarf für zusätzlichen Netzausbau. Gleichzeitig gelte es, die Anreize für einen effizienten Netzbetrieb zu stärken und die Netzkosten fair und transparent unter Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu verteilen.

Neue Geschäftsmodelle

Die Digitalisierung schaffe die notwendige Infrastruktur für ein effizientes Zusammenspiel von Erzeugung, Verbrauch und Netz. Dies sei die Voraussetzung für eine kosteneffiziente Umsetzung der Energiewende. Dabei würden Datenschutz und Datensicherheit von vorn herein beachtet. Mit der Digitalisierung entstünden neue Geschäftsmodelle, die einen Mehrwert für die Kunden bieten.

KWK-Anlagen sind laut Impulspapier besonders effizient, weil sie neben Strom auch Wärme produzieren. „Daher bauen wir bis 2030 die KWK weiter aus und setzen dazu auf emissionsarme, flexible Anlagen.“ Nach 2030 verändere sich die Rolle der klassischen KWK: Der Wärmebedarf sinkt, da Gebäude energieeffizienter sein werden. Erneuerbare Energien übernehmen zunehmend die Strom- und Wärmeversorgung. Dabei entwickle sich die KWK zu modernen Strom-Wärme-Systemen weiter. Moderne Strom-Wärme-Systeme umfassten neben KWK-Systemen verschiedene Technologien wie Wärmepumpen, Solarthermie- oder Geothermie-Anlagen, die Wärme erzeugen, und Wärmespeicher oder Spitzenlastkessel, die Flexibilität bereitstellen. Wärmenetze könnten die Technologien leicht zusammenbringen.

Biomasse:

Begrenztes Potenzial

Biomasse ist universell einsetzbar, aber knapp. Mit Biomasse könne man fahren, Häuser heizen, Wärme für Industrieprozesse bereitstellen oder Strom erzeugen. Heimische Biomassepotenziale seien aber begrenzt, insbesondere aufgrund von Nutzungskonflikten mit der Produktion von Nahrungsmitteln und Futtermitteln und der stofflichen Nutzung von Holz. Zudem könne Biomasse im Rahmen einer nachhaltigen Energiepolitik nur im begrenzten Umfang zusätzlich importiert werden. Daher werde Biomasse dort eingesetzt, wo sie für das Energiesystem den größten Nutzen bringt, also wo Wind- und Sonnenstrom sie schwer ersetzen kann. Der Luft- und Schiffsverkehr sowie Teile der Industrie könnten – sieht man von CCS und CCU ab – nur mit Biomasse dekarbonisiert werden. Auch im schwer dämmbaren Gebäudebestand stelle Biomasse häufig eine unverzichtbare Dekarbonisierungsoption dar. **DK**

Bürgerenergiepreis Oberpfalz 2016 verliehen

Bayernwerk und Regierung der Oberpfalz würdigen gesellschaftliche Impulse für die Energiezukunft

Im Rahmen einer Festveranstaltung hat das Bayernwerk zum dritten Mal den mit Unterstützung der Regierung der Oberpfalz ins Leben gerufenen Bürgerenergiepreis vergeben. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Die Preisträger kommen aus den Landkreisen Regensburg, Schwandorf und Neumarkt in der Oberpfalz.

Gewinner des Bürgerenergiepreises Oberpfalz 2016 sind mit Begründung der Jury: **Waldkinder Regensburg, Preisgeld: 4.000 Euro, Gemeinde Pielenhofen, Landkreis Regensburg, Projekt: „Nachhaltig nachgemacht“**

Seit sieben Jahren werden im Waldkindergarten ökologische Projekte durchgeführt. Das Baum-

haus-Projekt zeigt, wie Gestaltungskompetenzen bei Kindern gefördert werden können. Das Strom-Projekt beschäftigt sich mit Fragen der Kindergartenkinder zu ökologischen Themen. „Strom und Strom sparen“ wird in kindgerechter Form aufgegriffen. Vorbildlich sind die Information von Eltern, Hospitanten, Kollegen anderer Ein-

richtungen und die Beratung des Landesverbands.

Vereinsgemeinschaft Pertolzhofen, Preisgeld: 3.500 Euro, Gemeinde Niedermurach, Landkreis Schwandorf, Projekt: „Eigenstrom für Vereinsgebäude“

Insgesamt neun Vereine beleben das Dorfgeschehen in Pertolzhofen und haben sich zum Ziel gesetzt, Gemeinschaftsprojekte umzusetzen. Ein Vereinsgebäude, das Sportheim sowie das Feuerwehrhaus wurden mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet. Viele Dorfbewohner wur-

den durch dieses vorbildliche Engagement motiviert und auf vielen privaten Anwesen wurden inzwischen ebenfalls PV-Anlagen installiert.

Martin Selch aus Herrried, Preisgeld: 2.500 Euro, Parsberg, Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz, Projekt: „Solar-Carport mit E-Ladestation“

Martin Selch ist ein überzeugter Nutzer von regenerativer Energie. Er hat ein Carport mit Photovoltaik-Modulen zur Ladung von zwei Elektroautos und einem E-Roller errichtet. Das eigene Wohnhaus hat er bereits vor Jahren energetisch saniert und mit einer PV- und Solarthermieanlage ausgestattet. Seine Erfahrungswerte teilt er interessierten Solarstammtisch-Besuchern mit. Er hat den zweiten Elektromobilitätstag in Herrried organisiert.



Von links: Christoph Henzel (Leiter Kommunalmanagement Bayernwerk), Josef Hoch (Vereinsgemeinschaft Pertolzhofen), Walter Jonas (Regierungsvizepräsident der Oberpfalz), Thomas Fink (Vereinsgemeinschaft), Arnold Kimmerl (stellvertretender Landrat Schwandorf), Martin Prey (Bürgermeister Niedermurach).

30. Elektro-Schnellladestation auf bayerischen Rastanlagen

Herzogenaurach. Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann hat gemeinsam mit Andreas Rehm, Prokurist von „Autobahn Tank und Rast“, an der Raststätte Aurach Süd bei Herzogenaurach die 30. Elektro-Schnellladestation auf Rastanlagen in Bayern in Betrieb genommen.

Herrmann, der selbst mit einem E-Dienstwagen des Innenministeriums vorgefahren ist, hat vor Ort demonstriert, wie leicht man an der neuen Ladesäule sein Auto aufladen kann. Er ist überzeugt davon, dass es der richtige Schritt ist, die Infrastruktur weiter auszubauen.

Herrmann: „Wir wollen alle bewirtschafteten Tank- und Rastanlagen entlang der Bundesautobahnen in Bayern so schnell wie möglich mit Schnellladesäulen ausstatten“, sagte er heute in Aurach. Die erste Ausbaustufe ist bereits erfolgreich abgeschlossen. Die übrigen Rastanlagen sollen weitgehend bis Ende 2017 nachgerüstet werden. Elektromobilität hat nach Ansicht des Bayerischen Verkehrsministers das Potenzial, die Energieeffizienz der Fahrzeu-

ge zu erhöhen und CO2-Emissionen zu senken. Ein vermehrter Einsatz von Elektrofahrzeugen leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und zur Lärminderung. In einer ersten Ausbaustufe hat Tank und Rast bundesweit 50 Rastanlagen mit Schnellladestationen für Elektroautos ausgerüstet, 30 davon liegen in Bayern. Derzeit kann der Fahrer eines Elektroautos in Bayern an rund 30 Rastanlagen insbesondere entlang der Hauptachsen A 3, A 7, A 8 und A 9 sein Fahrzeug aufladen. Herrmann ist sich sicher: „Eine gute Infrastruktur auf Langstrecken fördert natürlich die Bereitschaft, auf ein E-Auto umzusteigen.“

In Sachen Elektromobilität geht der Freistaat Bayern selbst mit gutem Beispiel voran. So sind

Elektrofahrzeuge bereits an verschiedenen Behördenstandorten im Einsatz. „Derzeit haben wir im Geschäftsbereich des Innenministeriums rund 20 Elektro- und Hybridfahrzeuge, bis Ende 2017 wollen wir die Zahl auf bis zu 50 erhöhen. Künftig soll bei Neubeschaffungen jedes fünfte Fahrzeug durch ein Elektroauto ersetzt werden, sofern es für den Einsatz geeignet ist“ so Herrmann. Bis Ende 2017 soll außerdem jedes Staatliche Bauamt und die beiden Autobahndirektionen mit mindestens einer Ladestation ausgerüstet sein. Auch die Polizeipräsidien und sieben Bezirksregierungen erhalten eine Ladestation.

„E-Mobilität krankt daran, dass sie oftmals nur an der Fahrzeugtechnologie festgemacht wird“, erklärte Bayernwerk-Vorstandschef Reimund Gotzel zum Pressetermin von Staatsminister Herrmann. Dabei gehe es um die Entwicklung eines neuen Mobilitätssystems, das viele Komponenten habe. Das E-Fahrzeug sei nur eine eine davon. Die Zahl der Fahrzeuge werde sich nur schwer erhöhen lassen, wenn die Menschen kein Vertrauen in das gesamte System hätten. „Dieses Vertrauen hängt maßgeblich von einer guten Ladeinfrastruktur ab. Viele haben schlichtweg Angst vor der Vorstellung, mit einem E-Fahrzeug auf der Strecke liegen zu bleiben. E-Mobilität ist ein Zukunftsthema, das infrastrukturell erschlossen werden muss“, so Gotzel. Die Ladeinfrastruktur spiele eine Schlüsselrolle für E-Mobilität.

Zudem macht nach den Worten des Bayernwerk-Chefs E-Mobilität dann richtig Sinn, wenn die Batterien mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen geladen werden. „Unser ländlich strukturiertes Netzgebiet hat in Bayern den höchsten Anteil an erneuerbarer Energie, 60 Prozent im Durchschnitt, mit Stundenwerten bis zu 100 Prozent. 260.000 regenerative Anlagen mit einer Leistung von knapp 9.000 Megawatt speisen in unser Netz ein. Deshalb macht es Sinn, E-Mobilität nicht den Städten zu überlassen, sondern vor allen Dingen die ländlichen Regionen dafür zu gewinnen. Dort ist der richtige Ort für die Hochzeit von Regenerativen und Elektromobilität“, bemerkte Reimund Gotzel.

Das Bayernwerk hat soeben 28 neue Elektrofahrzeuge des Modells Renault Zoe in den Fuhrpark übernommen und bringt diese an den regionalen Unternehmensstandorten zum Einsatz. Zudem installiert das Bayernwerk noch im Herbst an seinen 19 Netzcenter-Standorten öffentlich zugänglich Ladesäulen mit jeweils mehreren Ladepunkten.



Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann an einer Elektro-Schnellladestation an der A 3.

Bild: Autobahn Tank & Rast Holding GmbH



Plädiert für E-Mobilität auch in den ländlichen Regionen: Bayernwerk-Vorstandschef Reimund Gotzel.

Wichtige Wegbereiter

„Mit dem Bürgerenergiepreis zeichnet das Bayernwerk Bürgerinnen und Bürger aus, die mit ihren Projekten und Initiativen Vorbilder dafür sind, wie sich jeder einzelne in seinem persönlichen Umfeld als Gestalter der Energiezukunft einbringen kann“, sagte Christoph Henzel, Leiter des Geschäftsbereichs Kommunalmanagement des Bayernwerks, bei der Verleihung des Bürgerenergiepreises Oberpfalz in Regensburg. Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, seien der Einsatz und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich. „Die Themen Ökologie und Energiezukunft betreffen jeden. Die Gewinner des Bürgerenergiepreises sind wichtige Wegbereiter, um bei Kindern Ver-

ständnis und in der Gesellschaft eine breite Akzeptanz für Innovation und Technologie zu erreichen“, stellte Henzel fest.

Ideenreichtum und Engagement

Regierungsvizepräsident Walter Jonas begrüßte die Zielrichtung des Bürgerenergiepreises und die Initiative, dass Akteure der Energiewende vor Ort ausgezeichnet werden. „Der Bürgerenergiepreis Oberpfalz macht einerseits deutlich, dass die Energiewende jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger betrifft. Andererseits bringt der Preis aber auch zum Ausdruck, dass wir alle einen eigenen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten können und leisten müssen“, sagte Walter Jonas. „Dieses Jahr konnten wir in der

Oberpfalz den Bürgerenergiepreis bereits zum dritten Mal verleihen. Ich bin stolz auf den oberpfälzer Ideenreichtum und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine, der Kindergärten und Schulen.“

Video-Präsentation

Mit dem Bürgerenergiepreis wird das Engagement von Privatpersonen, Vereinen, Schulen und anderen nichtgewerblichen Gruppierungen ausgezeichnet. Der Preis wird in den vier bayerischen Regierungsbezirken Oberpfalz, Unterfranken, Oberfranken, und Niederbayern verliehen.

Alle Preisträger des Bürgerenergiepreises Oberpfalz werden im Internet mit kurzen Videos vorgestellt (www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis). Der Bürgerenergiepreis Oberpfalz wird im nächsten Jahr fortgesetzt.

Für ein lebendiges Bayern.

Wir machen uns stark für die Menschen in der Region und engagieren uns für Gesellschaft, Kultur und Ökologie.

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Jahresversammlung des Landesfeuerwehrverbands Bayern:

Hohes Sicherheitsniveau

Die Themen Hochwasserausstattung, Katastrophenschutz, Lehrgangsplätze an den Feuerweherschulen und neue Sonderförderprogramme für persönliche Schutzausrüstung im Erwachsenen- und Jugendbereich standen im Mittelpunkt der 23. Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern (LFV Bayern) in Hersbruck. Vorsitzender Alfons Weinzierl informierte die rund 300 Delegierten und Gäste über die Höhepunkte des vergangenen Jahres und künftige Herausforderungen.

Erfreut konstatierte Weinzierl, dass der Freistaat Bayern die Hochwasserausstattung auf den Weg bringt und hier insgesamt 17 Mio. Euro investiert. Mit dieser Investition werde ein Sonder-

herigen Umfang fortzuschreiben – dies ist notwendig und wir werden es auch weiterhin einfordern. Wir hoffen, dass der Staat dem auch Rechnung trägt“, unterstrich der LFV-Vorsitzende.



Gute Stimmung bei der Feuerwehr: Übergabe der Brandschutzziehungskoffer an die sieben Bezirksfeuerwehrverbände, mit Joachim Herrmann (6.v.r.) und Alfons Weinzierl (r.). Bild: LFV Bayern

förderprogramm für Sandsackfüllanlagen, zusätzliche 48 Einsatzleitwagen und 12 Löschwasserförderer, sowie 12 Flutmodule als Ergänzung der Wasserförderer beschafft und auch die Ölwehrausstattung solle damit verbessert werden. Weiterhin werden 41 Einheiten eines modularen Gerätesatzes Hochwasser besorgt.

Wie Weinzierl betonte, sei im Jahr 2008 ein zusätzliches Investitions- und Beschaffungsprogramm im Katastrophenschutz des Freistaats Bayern mit einem Investitionsbedarf von 40 Millionen Euro aufgelegt worden. Tatsächlich wurden in den Jahren 2009 bis einschließlich 2016 jährlich nur 2 bis 2,5 Mio. anstatt 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. „Für die Zukunft gilt es, das Sonderinvestitionsprogramm über 2018 hinaus mindestens im bis-

Nach Weinzierls Auffassung ist und bleibt es das Kernproblem der Feuerweherschulen, dass die Ressourcen (Personal, Unterkunft, Infrastruktur) nicht auf die Feuerweherschulen Bayerns ausgelegt sind. Dies sei bereits im Jahr 2009 aufgezeigt worden. Leider habe sich daran bis heute nichts geändert. Immer wieder sei darauf hingewiesen worden, dass eine bedarfsgerechte Abdeckung der notwendigen Lehrgänge so nicht erreicht werden kann. Es fehle ein Drittel an Lehrgangskapazität und Personal, was zu Lasten der notwendigen Ausbildung der Feuerwehrdienstleistenden geht.

Wesentliche Bereiche, die 2014 vom Staat zugesagt wurden, wie zum Beispiel E-Learning, Übungsbetrieb an Wochenenden und in Ferienzeiten sowie Standortausbildung seien

bis heute nicht umgesetzt, weshalb der LFV-Chef forderte: „Es ist jetzt an der Zeit zu handeln. Es muss jetzt ein deutliches Zeichen seitens der Politik für die Feuerwehren gesetzt werden. Ansonsten werden wir bis 2020 keine Verbesserung für unsere Feuerwehrleute erreichen!“

Gemeinsam mit Vorsitzendem Weinzierl hatte Innenminister Herrmann anlässlich der Landesverbandsversammlung die diesjährige Feuerwehraktionswoche eröffnet, die unter dem Motto „Wenn die Katastrophe kommt, sind wir bereit – Komm hilf mit!“ stand. Bayernweit führten die Feuerwehren zahlreiche Veranstaltungen durch, etwa Einsatzübungen, Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen oder Tage der offenen Tür.

Herrmanns Dank für tatkräftigen Einsatz

Herrmann dankte den Feuerwehrcräften für ihren tatkräftigen Einsatz zur Erhaltung des hohen Sicherheitsniveaus. In Bayern leisten derzeit rund 320.000 Frauen und Männer aktiven Feuerwehrdienst - hiervon über 310.000 ehrenamtlich. Weiterhin werde der Freistaat Bayern kräftig in Feuerwehr und Katastrophenschutz investieren.

Nach Herrmanns Worten „haben wir mit Blick auf die terroristischen Gefahren im Nachtragshaushalt 2016 bereits sechs Millionen Euro zusätzlich für den Katastrophenschutz bereitgestellt und im Doppelhaushalt 2017/2018 sollen weitere 2,5 Millionen Euro folgen.“ Damit sollen auch zusätzliche Einsatzfahrzeuge für den Sanitäts- und Betreuungsdienst sowie Einsatzleitwagen für die örtlichen Einsatzleitungen gefördert werden. Darüber hinaus hat der Freistaat Bayern beginnend mit dem Haushalt 2009/2010 ein bayerisches Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz mit einem Gesamtvolumen von 40 Millionen Euro aufgelegt. Seither wurden über 19 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und im Doppelhaushalt 2017/2018

sollen es noch weitere 7,5 Millionen Euro sein.

Auch an der Ausrüstung für die Feuerwehren und Hilfsorganisationen spare der Freistaat nicht, fuhr Bayerns Innenminister fort. Dies garantiere das neu geschaffene Sonderinvestitionsprogramm „Hochwasser“. Bei einer Laufzeit von 2015 bis 2018 hat es ein planmäßiges Volumen von insgesamt 24 Millionen Euro. Im Doppelhaushalt 2017/2018 sollen 11,63 Millionen Euro bereitgestellt werden. Wie im Doppelhaushalt 2015/2016 sollen davon je Haushaltsjahr bis zu 4,4 Millionen Euro auf die Feuerwehren entfallen. „Damit können für die Feuerwehren unter anderem weitere Wasserförderer sowie Hochwassermodule beschafft werden, mit denen bei Hochwasser große Mengen Wasser abgepumpt werden können“, erläuterte Herrmann. 30 Hochwassermodule werden schon 2017 ausgeliefert, weitere elf sollen bis 2018 folgen.

Herrmann wies auch auf zahlreiche Neuerungen bei der Aus- und Fortbildung der Feuerwehren hin. Zum Beispiel wurde die Ausbildung von örtlichen Einsatzleitern neu konzipiert. „Das wichtige Anliegen, im Bereich der Technischen Hilfeleistung mehr Ausbildung anzubieten, haben wir aufgegriffen. Bereits 2017 werden wir bayernweit etwa 1.500 Lehrgangsteilnehmer in drei verschiedenen Lehrgängen der technischen Hilfeleistung ausbilden können.“ Das gesamte Ausbildungsangebot konnte von etwa 46.000 Lehrgangsteilnehmern in 2011 aktuell auf rund 64.000 gesteigert werden.

Das Projekt „Zukunft der Feuerweherschulen“ habe die jeweiligen baulichen Verbesserungen an den Schulen bis 2028 festgelegt und komme dabei auf Bauinvestitionen mit einem Kostenvolumen von über 190 Millionen Euro. „Der Freistaat will hier wirklich enorme Summen für die Zukunft der Staatlichen Feuerweherschulen investieren“, hob der Minister hervor. Schritt für Schritt würden die Vorhaben nun umgesetzt.

Aktuelles Highlight sei die Übungshalle an der Feuerweherschule in Würzburg, womit europaweit Maßstäbe gesetzt würden. Auch sollen die Unterkunftskapazitäten an den Feuerweherschulen erweitert werden. Bis 2020/21 werden die Bettenkapazitäten in Würzburg und Geretsried erweitert. Dann stehen bayernweit an den Feuerweherschulen statt derzeit 330 etwa 460 Betten zur Verfügung.

Auch beim Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen und der Errichtung von Feuerwehrgerätehäusern greife der Freistaat den Gemeinden kräftig unter die Arme. Allein in den Jahren 2011 bis 2015 habe der Freistaat rund 158 Millionen Euro staatliche Fördergelder ausbezahlt. Für Kommunen mit besonderem Handlungsbedarf gälten dabei seit 2015 besondere, um fünf Prozent höhere Festbeträge.

Mit dem neuen Bayerischen Feuerwehrgesetz wolle die Staatsregierung auch das Feuerwehrecht an die neuen Herausforderungen des demographischen und gesellschaftlichen Wandels anpassen, machte Herrmann deutlich. Der Ministerrat habe den Gesetzentwurf beschlossen, die Verbände hätten nun Gelegenheit zur Stellungnahme.

Zahlreiche Forderungen seitens der Feuerwehren wie die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze für den Feuerwehrdienst von 63 auf das vollendete 65. Lebensjahr, die Möglichkeit der Einrichtung von Kinderfeuerwehren oder die Option zur Ernennung von Fach-Kreisbrandinspektoren zur Entlastung der Kreisbrandräte seien in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. **DK**

euroLighting:

Patent auf ESSB-Modul in Straßenlampen

euroLighting hat auf sein ESSB-Modul nun das Patent erhalten. Dank dieser Spezialschaltung entfällt beim Umrüsten von HQL- oder NAV-Straßenlampen auf LED das Überbrücken oder Abklemmen des Vorschaltgeräts.

Das ESSB-Modul bringt z. B. bei der Umrüstung von Straßenlampen auf die LED-Mini-Cornbulb einen großen Vorteil: Die Stromversorgung in der Straßenlampe muss nicht mehr überbrückt oder abgeklemmt werden, denn alle LED-Cornbulbs besitzen ihre eigene Stromversorgung. Damit funktioniert die bestehende Stromversorgung in der Straßenlampe weiterhin und auch die Herstellergarantie der Lampe bleibt erhalten.

Ein zusätzlicher Vorteil: Durch das ESSB-Modul bietet die Mini-Cornbulb einen Überspannungsschutz bis > 6kV, der die Lampen vor den Auswirkungen von Blitzeinschlägen bewahrt.

So funktioniert das einfache

Auswechseln des Leuchtmittels mit ESSB: Das Einschalt-Spannungs-Begrenzungsmodul wird zwischen das vorhandene Netzteil sowie das Netzteil der Cornbulb geschaltet, ein Abklemmen erübrigt sich. Das Modul absorbiert die Zündimpulse für die NAV/HQL und liefert einen Wechselstrom von 230V an das Netzteil der Cornbulb.

Langzeitversuche haben bereits 65.000 Schaltspiele (Ein- und Ausschalten) erreicht. So erlaubt die LED-Mini-Cornbulb ein sehr einfaches Umrüsten, besitzt die idealen Maße für alle Arten von Straßenlampen und bietet zudem die bekannten Vorteile von LEDs – bis zu 70-80 % Stromersparnis und eine Lebensdauer von ca. 50.000 Stunden. **□**

Umfassende Erweiterung der Helferfreistellung

Mit dem jüngsten Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften werden die gesetzlichen Freistellungsansprüche für ehrenamtliche Helfer der Gefahrenabwehr umfassend erweitert. Insbesondere erhalten nun auch alle Mitglieder der Schnelleinsatzgruppen (SEG) und der Unterstützungsgruppen Örtliche Einsatzleitung (UG ÖEL) einen Anspruch auf Freistellung und Entgeltfortzahlung.

„Die nunmehr gefundene Lösung sichert die bestehende Leistungsfähigkeit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Bayern und gewährleistet die unerlässliche Mitwirkung ehrenamtlicher Kräfte auch während ihrer regelmäßigen Arbeitszeit“, freuen sich die heimischen Landtagsabgeordneten Alfred Sauter und Dr. Hans Reichhart (beide CSU), die sich nachhaltig für diese Neuregelung eingesetzt haben.

Seit 2008 stehen Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsansprüche nicht mehr nur den Feuerwehrdienstleistenden und den Helfern des Technischen Hilfswerks zu, sondern auch den Helfern der freiwilligen Hilfsorganisationen bei Einsätzen im Katastrophenfall. 2013 wurden die Ansprüche ausgeweitet und für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Rettungsdienst die sog. „Retterfreistellung“ geschaffen. Die von den Integrierten Leitstellen alarmierten, ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Rettungsdienst, die in zeitkritischen Notfällen Hilfe leisten und daher ohne zeitliche Verzögerung ihren Arbeitsplatz zur Einsatzeleistung verlassen müssen, haben seither einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit, Lohnfortzahlung beziehungsweise Ersatz ihres Verdienstausfalls sowie Ersatz ihrer einsatzbedingten Sachschäden. Weitere Betreuungskräfte und Einsatzkräfte der Krisenintervention werden vom Anwendungsbereich der Retterfreistellung erfasst, soweit sie bei einem Massenansturm von Verletzten von der Integrierten Leitstelle als Unterstützung alarmiert werden.

Mit dem neuen Gesetzentwurf der Staatsregierung wird die Helferfreistellung auf zahlreiche weitere ehrenamtliche Helfer im Bevölkerungsschutz ausgedehnt. Auch für diese geplante Erweiterung, die von der CSU-Fraktion gemeinsam mit der Staatsregierung initiiert wurde, haben sich Sauter und Dr. Reichhart besonders eingesetzt. „Die geplante Neuregelung schließt eine Lücke im bisherigen System. Denn der neue Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruch gilt auch für alle Unterstützungskräfte in sog. Schnelleinsatzgruppen und auch

unterhalb einer Katastrophe und eines Massenansturms von Verletzten“, erklärt Alfred Sauter.

Der Gesetzentwurf bringt zahlreiche Verbesserungen mit sich. Bislang hatten volljährige Schüler und Studenten, die als ehrenamtliche Helfer der freiwilligen Hilfsorganisationen an Einsätzen zur Katastrophenabwehr teilnahmen – anders als feuerwehrdienstleistende volljährige Schüler und Studenten – keinen gesetzlichen Freistellungsanspruch. Nunmehr sind auch sie während der Teilnahme an Einsätzen zur Katastrophenabwehr und für einen angemessenen Zeitraum danach von der Teilnahme am Unterricht und an Ausbildungsveranstaltungen befreit.

Außerdem werden ehrenamtliche Einsatzkräfte im Rettungsdienst sowie die neu erfassten Schnelleinsatzgruppen hinsichtlich des Auslagensatzes und einer ggf. erforderlichen Verpflegung wie feuerwehrdienstleistende gestellt.

In dem Gesetzentwurf wird außerdem explizit klargestellt, dass den erfassten ehrenamtlichen Helfern aus ihrem Einsatz keine Nachteile im Arbeitsverhältnis sowie in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung erwachsen dürfen.

Auch wird geregelt, dass die maximal anrechenbare Dauer für die Erstattung des Verdienstausfalls beruflich Selbstständiger auch im Rettungsdienstgesetz auf zehn Stunden angehoben wird. Darüber hinaus bestehen durch die Neuregelung Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Ersatzansprüche im Einsatzfall ausdrücklich auch für den örtlichen Einsatzleiter sowie für die ehrenamtlichen Mitglieder einer Einheit, die die Kreisverwaltungsbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Katastrophenschutz oder im Bereich der sonstigen Gefahrenabwehr aufgestellt hat.

Die Regelungen zur Helferfreistellung wurden weitgehend in Zusammenarbeit mit den freiwilligen Hilfsorganisationen, vor allem dem BRK, entwickelt. Dabei wurden die Anliegen aus der Verbändeanhörung soweit wie möglich berücksichtigt. **□**

Bessere Ausrüstung für Feuerwehr und Polizei

Neue Projekte der zivilen Sicherheitsforschung starten

Bundesministerin Wanka: „Moderne Ausstattung hilft Rettungskräften Leben zu retten“

Katastrophen, Großunfälle und Unglücke stellen für die Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdiensten oder Polizei besondere Herausforderungen dar. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt die Einsatzkräfte und fördert die Erforschung neuer Technologien, die den Schutz und die Rettung von Menschen erleichtern.

Zwölf neue Projekte werden vom BMBF gefördert. Im Fokus stehen dabei beispielsweise neue Möglichkeiten für die Lageaufklärung auf dem Boden, zu Wasser und in der Luft. So sollen unbemannte Flugsysteme künftig dabei helfen, dass sich Einsatzkräfte in unübersichtlichem Terrain schnell einen Überblick verschaffen können, beispielsweise um in Seenot geratene Menschen zu retten oder Verschüttete zu bergen.

Unter Wasser sollen Roboter Öle und Gifte aufspüren, um schnell eine Gefährdung für Leben und Umwelt entgegenwirken zu können. Ein Nachrüstsystem, mit dem sich konventionelle Bau- und Arbeitsfahrzeuge zu teilautonomen Geräten für den Katastrophenschutz umbauen lassen, wird ebenso entwickelt wie innovative Schutzkleidung für Einsatzkräfte oder neue Messtechnik, um Brände schneller zu erkennen.

Bundesforschungsministerin Johanna Wanka sagte: „Technisch fortschrittliche Schutz- und Sicherheitssysteme können für die Arbeit von Rettungskräften lebenswichtig sein. Eine moderne Ausstattung hilft ihnen dabei, Leben zu retten. Entwicklungen bei Werkstoffen, Sensorik, Robotik und Digitalisierung ermöglichen Innovationen, die noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wären. Diese Chancen wollen wir nutzbar machen, um die Retter bei ihrer anspruchsvollen Arbeit zu unterstützen.“

Das BMBF fördert daher innovative Rettungs- und Sicherheitssysteme mit 18 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren.

In den neuen Projekten erforschen die Partner flexible und praxistaugliche Systeme. Diese müssen robust ausgelegt werden, leicht handzuhaben sein und sich in die Arbeitsab-

läufe der Retter integrieren lassen. Anhand von realitätsnahen Szenarien arbeiten deshalb Projektpartner aus Wissenschaft, Industrie und Anwendungskreisen gemeinsam an Lösungen für komplexe Herausforderungen.

Die neuen Projekte sind Teil des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“. Die Bundesregierung fördert damit die Entwicklung wirksamer Werkzeuge und Konzepte für Rettungs- und Sicherheitskräfte. Daraus sind bereits viele Lösungen hervorgegangen wie beispielsweise eine mobile Plattform für Bodenroboter und unbemannte Fluggeräte, die mit Sensoren bei Großbränden Gefahrstoffe aufspüren, ohne dass sich Rettungskräfte in Gefahr begeben müssen. Oder ein Fernerkundungssystem, das Gefahrstoffwolken aus mehreren Kilometern Entfernung identifizieren kann.

Der weiterentwickelte Hyperspektralsensor ist inzwischen auf dem Markt und kann u.a. dabei helfen, die Quelle der Freisetzung von gefährlichen Chemikalien zu ermitteln. **□**

DStGB-Positionspapier:

Sicherheit in Kommunen

„Sicherheitspolitik wird zunehmend zu einem kommunalen Thema. Neben dem polizeilichen Schutz und dessen Verstärkung gilt es, gemeinsam mit den Einwohnern die Rahmenbedingungen für mehr Sicherheit vor Ort zu schaffen“, heißt es in dem aktuellen DStGB-Positionspapier „Innere Sicherheit stärken – Radikalisierung nachhaltig bekämpfen“.

Gerade das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist auch eine Frage der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Nachdem in den vergangenen Jahren der Bund und die meisten Bundesländer Polizeistellen abgebaut haben und der „Schutzmann an der Ecke“ weitestgehend verschwunden ist, hat bereits ein Umdenken eingesetzt.

Mehr Polizeipräsenz

Der DStGB begrüßt, dass Bund und Länder angekündigt haben, die Polizeipräsenz zu erhöhen. Allein der Bund plant bis 2019 mit 4.000 zusätzlichen Bundespolizisten. „Wichtig ist, dass die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit erhöht und auch sichtbar wird. Wenn zum Beispiel mehr Bundespolizisten an Bahnhöfen eingesetzt werden, schafft dies an zentralen Orten in den Städten mehr Sicherheit“, heißt es in dem Papier.

Polizei von bürokratischen Aufgaben entlasten

Neben den Neueinstellungen von Polizisten, die erst nach Jahren der Ausbildung voll einsatzfähig sind, sollte die Polizei nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds von bürokratischen Aufgaben entlastet werden, zum Beispiel bei Geschwindigkeitsmessungen oder der Begleitung von Schwertransporten. Dazu könne auch

die Einführung einer Halterhaftung bei mit Verwarnungsgeld bewehrten Verkehrsverstößen gehören, um so aufwändige Ermittlungen nach dem Fahrer des Autos zu vermeiden.

Lokale Präventionszentren

Der DStGB schlägt den Aufbau lokaler Präventionszentren vor. Sie sollten gemeinsam mit den Kommunen die Lage vor Ort analysieren und Strategien für notwendige Gegenmaßnahmen entwickeln. Solche Präventionszentren könnten gleichzeitig eine Plattform für die gesellschaftlichen Kräfte vor Ort sein, um den notwendigen Austausch zu gewährleisten. Die Präventionszentren wären so auch Ansprechpartner für Eltern, Bürger, Lehrer, Arbeitgeber oder andere, die Feststellungen über die Radikalisierung in ihrem Umfeld machen. Die Arbeiten der Präventionszentren sollten auf Landes- und Bundesebene vernetzt und der Informationsfluss unter den Behörden aller Ebenen ausgebaut und gesichert werden.

Gemeinsames Handeln

Die dauerhafte Bekämpfung von Radikalisierung und die Verbesserung von Sicherheit und Ordnung gelingen nur, wenn alle Akteure vor Ort gemeinsam handeln. Auf Radikalisierung und mögliche Gewaltbereitschaft zu achten, ist bereits seit Jahren ein Thema, in der Schule, am Ar-

beitsplatz, im Vereinsleben und in der Nachbarschaft. Diese Akteure einschließlich der Religionsgemeinschaften sollten nach Überzeugung des DStGB noch stärker sensibilisiert, geschult und qualifiziert werden.

Durch eine städtebauliche Kriminalprävention könne das Entstehen von „Angsträumen“ und gefestigter Deliktstrukturen verhindert werden. Bei der Planung von Wohngebieten oder bei der Umgestaltung und Beleuchtung von Straßen und Plätzen sei der Aspekt Sicherheit stärker zu berücksichtigen.

Sicherheitspartnerschaften

Bewährt hätten sich in den letzten Jahren sogenannte Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Kommunen, heißt es weiter. In immer mehr Städten gebe es bereits gemeinsame Streifen von Ordnungsamt und Polizei sowie gemeinsame Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung und Präventionsprojekte. Eine solche Zusammenarbeit stärke das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger.

Die bundesweite Koordinierung, der Erfahrungsaustausch und auch die notwendige Strategieentwicklung gegen Radikalisierungen könne eine zusätzliche Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung beziehungsweise der entsprechenden Landeseinrichtungen sein.

Wohnungseinbrüche

Im Zusammenhang mit der seit Jahren dramatisch steigenden Zahl an Wohnungs- und Geschäftseinbrüchen in Deutschland fordert der Kommunalverband

deren wirksamere Bekämpfung. In besonders von Einbrüchen betroffenen Gebieten müssten die Sichtbarkeit der Polizei erhöht und ausreichende Ermittler eingesetzt werden.

Statistisch gesehen gibt es alle 3,1 Minuten einen Einbruch oder Einbruchversuch in Deutschland. Die Aufklärungsquote ist laut Polizeiangaben in den vergangenen zehn Jahren von 19,6 auf 15,2 Prozent gesunken.

Bandenkriminalität

Organisierte Einbrecherbanden machen nicht vor Ländergrenzen halt. Zur Bekämpfung der Bandenkriminalität sollten die Sicherheitsbehörden der Länder stärker kooperieren und die Telekommunikationsüberwachung sowie die Verkehrsdatenüberwachung ermöglicht werden, so das Papier. Die in einigen Regionen Bayerns sehr erfolgreich getestete Prognosesoftware „Precobs“, die aus den anonymisierten Falldaten der Vergangenheit errechnet, wann und in welchem Gebiet mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einem Einbruch zu rechnen ist, sollte flächendeckend ausgebaut und implementiert werden.

„Die Menschen wollen in einer sicheren Stadt, in einem gewaltfreien Umfeld einkaufen und leben. Längst ist die Sicherheit ein Faktor der Standortqualität für den Einzelhandel und die Wirtschaft“, betont der DStGB. Deshalb sei von Bedeutung, die örtliche Wirtschaft, wie zum Beispiel die Industrie- und Handelskammern in die kommunalen Präventionsräte einzubinden. Auch die Wirtschaft könne zum Beispiel durch entsprechende Sicherheitskonzepte für ihre Kunden und die Geschäfte einen eigenen Beitrag leisten. **DK**

Bayern bei deutschen Gästen immer beliebter

Vier Prozent mehr Gästeankünfte und drei Prozent mehr Übernachtungen nach neun Monaten 2016

Die Zahl der Gästeankünfte in Bayern stieg nach den im Bayerischen Landesamt für Statistik vorliegenden, vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus in den ersten neun Monaten 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,9 Prozent auf 27,5 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 3,4 Prozent auf 71,3 Millionen zu. Die Zahl der Gästeankünfte aus Deutschland wuchs dabei um 5,1 Prozent (Übernachtungen: +4,3 Prozent), die Zahl der Gästeankünfte aus dem Ausland stieg um 0,3 Prozent (Übernachtungen: +0,2 Prozent).

Im September 2016 erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte in den 12.100 geöffneten Beherbergungsbetrieben im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,8 Prozent auf 3,6 Millionen und die Zahl der Übernachtungen um 2,9 Prozent auf 9,2 Millionen.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach den vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus berichtet, stieg die Zahl der Gästeankünfte in den Beherbergungsbetrieben Bayerns in den ersten neun Monaten 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,9 Prozent auf knapp 27,5 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 3,4 Prozent auf gut 71,3 Millionen.

Im Inländerreiseverkehr stiegen Gästeankünfte und Übernachtungen deutlich stärker (Gästeankünfte: +5,1 Prozent; Übernachtungen: +4,3 Prozent) als im Ausländerreiseverkehr (Gästeankünfte: +0,3 Prozent; Übernachtungen: +0,2 Prozent).

Von einem leichten Rückgang der Gästeankünfte der Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime abgesehen, meldeten alle Betriebsarten für die ersten neun Monaten 2016 gestiegene Gäste- und Übernachtungszahlen. Die höchsten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr verzeichneten die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (Gästeankünfte: +8,5 Prozent; Übernachtungen: +7,0 Prozent) sowie die Hotels (Gästeankünfte: +5,5 Prozent; Übernachtungen: +5,3 Prozent).

Die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen stieg im ersten Dreivierteljahr 2016 in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken. Die höchsten Zuwächse erfuhr Oberfranken (Gästeankünfte: +7,6 Prozent; Übernachtungen: +6,8 Prozent), die Oberpfalz (Gästeankünfte: +5,1 Prozent; Übernachtungen: +6,4 Prozent) und Schwaben (Gästeankünfte: +5,1 Prozent; Übernachtungen: +6,0 Prozent). **□**

40-jähriges Jubiläum der ThermeNatur Bad Rodach:

Huml will medizinische Qualität der bayerischen Kurorte und Heilbäder weiter steigern

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml will die medizinische Qualität der bayerischen Kurorte und Heilbäder weiter steigern. Huml betonte anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der ThermeNatur im oberfränkischen Bad Rodach (Landkreis Coburg): „Unsere bayerischen Kur- und Heilbäder sind ein Schatz, den wir für das psychische und körperliche Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger unbedingt heben wollen. Denn darin liegen große Chancen für die ländlichen Räume, obwohl die klassische Kur weiter rückläufig ist. Klar ist für mich: Wir wollen die medizinische Qualität unserer hochprädiagnostisierten Kurorte und Heilbäder weiter steigern, damit sich noch mehr Menschen für einen Gesundheitsaufenthalt dort entscheiden.“

Deshalb hat der Freistaat Bayern schon vor vier Jahren ein bundesweit einmaliges Förderprogramm für Kurorte und Heilbäder aufgelegt. Bis Ende September 2016 bewilligte das bayerische Gesundheitsministerium 41 Förderbescheide in Höhe von fast fünf Millionen Euro. Die Ministerin unterstrich: „Wir haben das Förderprogramm bis Ende 2017 verlängert. Dafür stehen im Doppelhaushalt 2015/2016 pro Jahr weitere 1,8 Millionen Euro zur Verfügung.“

Profil schärfen

Huml ergänzte: „Wir wollen das eigenständige Gesundheitsprofil der Gemeinden durch moderne und neue Konzepte besonders im Bereich Früherkennung, Prävention und Rehabilitation schärfen.“ So sollen die Heilbäder und Kurorte etwa dabei unterstützt werden, sich auf medizinische Zukunftsthemen wie Burnout, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Allergien auszurichten.

Melanie Huml. **□**

dizinisch-therapeutische Infrastrukturmaßnahmen, die zur Steigerung der medizinischen Qualität beitragen, zum Beispiel durch moderne Kur- und Heilverfahren. Huml erläuterte: „Weitere Impulse erwarten wir

uns vom Institut für Kurortmedizin. Es ist dieses Jahr nach Bad Kissingen gezogen. Das Institut soll konzeptionelle Wege finden, wie die Kurorte und Heilbäder ihre Angebote wettbewerbsfest definieren können.“

Erfolgskonzept

Bei der 40-Jahr-Feier der ThermeNatur Bad Rodach lobte die Ministerin zudem Frankens erstes Thermalbad: „Im Gesundheitstourismus spielt Bad Rodach auch überregional eine Rolle. Seit dem Eröffnungsjahr 1976 bis heute besuchten mehrere Millionen Gäste diese Wohlfühl-Oase. Aber es war nicht allein das 3.000 Jahre alte Thermalwasser, das Bad Rodach vorangebracht hat. Vielmehr waren es die Menschen, die aus einer Chance ein Erfolgskonzept entwickelten und Taten sprechen ließen. Solche Ideen und Tatkraft machen die ländlichen Räume stark. Bad Rodach ist ein Musterbeispiel dafür.“

4,5 Mrd. Euro Umsatz

Die Kurorte und Heilbäder sorgen im Freistaat für einen Umsatz von rund 4,5 Milliarden Euro pro Jahr. Sie sichern 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Jede fünfte Gesundheitsreise in Deutschland geht nach Bayern - und jede vierte Übernachtung findet in den bayerischen Kurorten und Heilbädern statt. **□**

 Institut für
Politische Bildung

Politische Bildung – Seminare 2017

WISSEN VERMITTELN | WERTORIENTIERUNG GEBEN | DIALOG FÖRDERN

- Die HANNS-SEIDEL-STIFTUNG bietet Seminare zur politischen Bildung verstärkt dezentral in ganz Bayern an.
- WO finden WANN WELCHE Themen statt?
- Einen ÜBERBLICK dazu finden Sie in unserer Veranstaltungsdatenbank im Internet unter www.hss.de/veranstaltungen.html



Wir nehmen Sie auch gerne mit Interessensgebieten in unseren Verteiler auf, und bitten um Mitteilung:

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Energie, Verbraucherschutz | <input type="checkbox"/> Kommunalpolitik | <input type="checkbox"/> Religion und Gesellschaft |
| <input type="checkbox"/> Europa, Entwicklungs- und Internationale Politik | <input type="checkbox"/> Medien und Digitale Gesellschaft | <input type="checkbox"/> Schule und Bildung |
| <input type="checkbox"/> Frauen, Familie, Senioren | <input type="checkbox"/> Politische Grundbildung, Werte | <input type="checkbox"/> Technologie, Innovation und Verkehr |
| <input type="checkbox"/> Geschichte, Kultur | <input type="checkbox"/> Politische Kommunikation, Management | <input type="checkbox"/> Umwelt, Landwirtschaft |
| <input type="checkbox"/> Integration, Soziales | | <input type="checkbox"/> Wirtschaft, Finanzen, Mittelstand |
| <input type="checkbox"/> Jugend im politischen Dialog | | |

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung | Lazarettstraße 33 | 80636 München
E-Mail: ipb@hss.de | Fax: (089) 1258-338

www.hss.de

Den Landrat besiegt

3. Kindermitbringtag im Landratsamt Donau-Ries

Schulfrei, aber doch kein gesetzlicher Feiertag – der Buß- und Betttag stellt viele Familien vor große organisatorische Herausforderungen. Vor allem, wenn auch das Netzwerk nicht greift, weil Freunde oder Großeltern nicht verfügbar sind. Auch 2016 gab es deshalb wieder einen Kindermitbringtag im Landratsamt Donau-Ries. Statt zur Schule zu gehen, begleiteten 25 Mädchen und Buben ihre Mamas und Papas an den Arbeitsplatz. Das Organisationssteam um die Familienbeauftragte des Landkreises, Sina Scheibelhofer, hatte ein vielfältiges Programm zusammengestellt, das einen kurzweiligen und spannenden Tag versprach.

Besonderen Mut bewies in diesem Jahr auch Landrat Stefan Rößle. Er stellte sich den Kindern, die mit ihrem durchschnittlichen Alter von 9,5 Jahren zusammen genommen immerhin auf eine Lebenserfahrung von 226 Jahren und ein gemeinsames Schulwissen von 65 Jahren zurückgreifen konnten, bei einem Quiz. Zugegeben, bei den Fragen rund um den Landkreis kannte sich Landrat Stefan Rößle gut aus. Auch bei den für Erwachsene kniffligen Kinderfragen schnitt er nicht schlecht ab. Aber leider sind 25 Kinder, die sich voller Eifer um die Buzzer scharten, einfach meist schneller am Drücker. Und so ist es nicht verwunderlich, dass sich die Jungs und Mädchen riesig über ihren Sieg freuen durften.

Etwas über die Heimat erfahren

Nach der anschließenden Frühstückspause erfuhren die jungen Donau-Rieser etwas über das Leben in Donauwörth vor über 100 Jahren. Im Heimatmuseum lernten sie den letzten Berufsfischer Donauwörths kennen und konnten dem Werkzeugschmied Josef Guggenmos über die Schulter schauen. Auch wie die Leute damals geschlafen, gekocht und gelebt haben, stieß bei der Jugend auf großes Interesse. Und ja,

tatsächlich, „früher hatte man ja gar kein Handy“!

Auch gespielt wurde früher anders. Zumeist bastelten die Kinder ihre Spielsachen selbst. Und das durften die Landratsamtskinder auch. Das selbst gestaltete Rundmühle-Spiel musste abends Zuhause sicher gleich ausprobiert werden.

Zahlreiche Spiele

Zurück im Landratsamt fanden die Kinder zahlreiche Spiele wie Riesen-Jenga oder dem Twister-Spiel vor, auf die sie sich mit Begeisterung stürzten und gegeneinander antraten.

Spiele macht hungrig. So ist es nicht verwunderlich, dass von der Pizza zum Mittagessen kaum etwas übrig blieb. Und sie gab neue Energie für das weitere Programm. Dafür marschierte die Truppe in die nahe gelegene Stadtbücherei. Dort fand eine Bücher-Rallye statt, die den Kindern die Lust am Lesen veräußerte. Nach der Entdeckungstour durch die Räumlichkeiten und Regale der Bücherei, sind sie nun richtige Bücher-Spezialisten.

Irgendwann geht auch der spannendste Tag zu Ende. Das Team um die Familienbeauftragte, bestehend aus Martina Drogosch, Alexander Im, Stefanie Roder, Claudia Wernhard und



Landrat Stefan Rößle (vorne rechts) begrüßte die jungen Gäste herzlich im Landratsamt Donau-Ries.

den vier Auszubildenden Eva-Maria Sailer, Yasmin Sahin, Julia Scheuenpflug und André Macho ist zufrieden: „Alle hatten Spaß und waren voll bei der Sache. Ein rundum gelungener Tag!“ Und auch Landkreischef Stefan Rößle zieht ein positives Fazit: „Der Kindermitbringtag ist eines unserer Angebote, damit unsere Beschäftigten Familie und Beruf gut

vereinbaren können. Und ich freue mich, dass er bereits zum dritten Mal auf eine solche große Resonanz stieß!“

Das abschließende Feedback der Kinder war ebenfalls eindeutig: „Schön war's, wir kommen wieder!“ Und die Eltern wurden freudig begrüßt, meist als erstes mit dem Satz: „Mama, Papa, wir haben den Landrat besiegt!“



V. l.: Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Geschäftsführer der TCCIA Hassan Karambi, Prof. Jahn und Bürgermeister Dr. Adolf Bauer. Bild: Georg Wagenbrenner

fen. Die Besuchergruppe erlebte aber gerade in den Abendstunden einige zähe Staus.

Mwanza gilt seit Jahren als eine der am schnellsten wachsenden Städte Ostafrikas. Zur Zeit der Gründung der Städtepartnerschaft 1966 war Würzburg noch die deutlich größere der beiden Städte. 1948 war Mwanza mit rund 7.000 Einwohnern gar noch ein recht überschaubarer Fischerort.

Bevölkerungswachstum

Mit aktuell rund 3 % Bevölkerungswachstum jährlich hat sich dieser Trend leicht abgeschwächt, sämtliche Investitionen in Infrastruktur müssen diesem enormen Tempo aber dennoch erst einmal Stand halten. Dies ist ein generelles Problem in Tansania. Aufgrund des großen Bevölkerungswachstums verbessern sich auch volkswirtschaftliche Kenngrößen wie das Pro-Kopf-Einkommen nicht. Hier zählt das Land 2015 mit Rang 192 noch immer zu den ärmsten der Welt. Rein rechnerisch kommen auf jeden Bürger Tansanias 2.900 US-Dollar Wirtschaftskraft. Nur etwas besser ist die Positionierung beim Human Development Index der UN. Dieser berücksichtigt beispielsweise auch die Lebenserwartung und Bildungsdauer und sieht Tansania auf Rang 151.

1.300 Klassenzimmer fehlen

Das Büro des Stadtdirektors präsentierte der Delegation im Rathaus ebenfalls Stärken und Schwächen des Standorts Mwanza. Um nur die wichtigsten Herausforderungen wiederzugeben: Die Stadtverwaltung hat berechnet, dass fast 1.300 Klassenzimmer im Grundschulbereich fehlen, um einen optimalen Unterricht zu gewährleisten. Die hohe Zahl erklärt sich auch durch eine Altersstruktur in Tansania, die mit der deutschen kaum vergleichbar ist. Zwei Drittel der Bevölkerung sind unter 25 Jahre! Das Problem ist

erkannt, doch die angespannte Haushaltslage lasse im Moment nur den Bau von 50 neuen Klassenzimmern im Jahr zu.

Gibt es nun Möglichkeiten von Würzburg aus die Wirtschaft Mwanzas anzukurbeln, oder die Infrastruktur zu verbessern? Sicher nur im bescheidenen Umfang und idealerweise wie bei der Klimapartnerschaft im Rahmen von Bundesprogrammen. Über die Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung berichteten anlässlich des Jubiläums auch die Tageszeitungen in Mwanza ausführlich. Diese Projekte bedeuten aber keinen kontinuierlichen Zufluss von Finanzmitteln, sondern haben eher Pilotcharakter und zielen darauf ab, vor Ort Nachhahmer zu finden, die sehen, dass man beispielsweise mit Photovoltaikanlagen - neben vielen positiven Aspekten für die Umwelt - mittel- und langfristig auch Geld verdienen kann.

Expertise ins Land bringen

Daneben findet Prof. Jahn insbesondere Projekte aussichtsreich, die ohne großen zeitlichen Vorlauf, bei überschaubaren unternehmerischen Risiken, Expertise ins Land bringen. Bei seinem Amtskollegen Karambi warb er beispielsweise für das Würzburger Startup-Unternehmen Green Spin. Diese haben Mofato entwickelt. Die Kurzform steht für Modern Farmer Tool. Mithilfe von Big-Data-Analysen anhand von Wetterdaten, Erträgen oder auch Satellitenbildern ließen sich auch kleine Felder effektiver bewirtschaften, weil ein feines Raster genaue Empfehlungen zu Wasser- oder Düngemittelsatz gibt. Eine Kooperation würde erst einmal keine Ländergrenzen kennen. Es müsste keine teure oder sensible Technik nach Tansania verschifft werden und Firmenvorteile müssten auch nicht unbedingt vor Ort sein, weil der Zugriff auf die hilfreichen Daten online erfolgt.

Schiffsliegestelle Gerlachshausen:

Traum von Nachtruhe nun Realität

Zwei Stromzapfstellen fertiggestellt

In den Sommermonaten hat das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Schweinfurt an der Schiffsliegestelle Gerlachshausen zwei Stromterminals samt dazugehörigen Stromversorgungsleitungen errichten lassen. Jüngst wurden sie offiziell ihrer Bestimmung übergeben.

Ziel dieser Maßnahme war es, den Bürgerinnen und Bürgern von Gerlachshausen künftig eine lärm- und abgasfreie Nachtruhe zu gewährleisten.

Durch die Kooperation zwischen dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Schweinfurt und der Rhein-Main-Donau AG (RMD) als Eigentümerin des Wasserkraftwerks Gerlachshausen ist nun sichergestellt, dass die an der Liegestelle Gerlachshausen ruhenden Schiffe nachts ihre bordeigenen Dieselmotoren ausgeschaltet lassen und stattdessen ihren Strombedarf über die neuen Stromterminals mit sauberem Wasserkraftstrom aus dem Kraftwerk decken.

Wasserkraft der RMD

Den umweltfreundlichen „Nacht“-Strom aus der Wasserkraft des Mains stellt die RMD AG für die Frachtschiffe für eine gewisse Übergangszeit unentgeltlich zur Verfügung. Fahrgastkabine-schiffe dürfen seit diesem Jahr ohnehin nur noch tagsüber an der Liegestelle anlegen.

Motor des bürgernahen Lösungsansatzes war der CSU-

Landtagsabgeordnete Dr. Otto Hünnerkopf, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag. Er trug die Leiden der lärm- und abgasgeplagten Gerlachshausener Anrainer an das WSA und die RMD heran und suchte nach einer für alle Seiten passablen Lösung: „Mit der jetzigen Inbetriebnahme haben wir eine sehr gute Lösung gefunden, einerseits die Umwelt durch die Nutzung der sauberen Wasserkraft zu entlasten und vor allem aber den Menschen hier vor Ort eine gesunde Nachtruhe zu ermöglichen. Dafür ein herzlicher Dank an den Vorstand der RMD AG Dr. Albrecht Schleich, und an Heinrich Schoppmann, Leiter des WSA Schweinfurt.“

Volker Schmitt, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Schwarzach am Main, zu der Gerlachshausen gehört, schloss sich im Namen seiner Bürgerinnen und Bürger dem herzlichen Dank an: „Alle Gerlachshausener freuen sich, dass dieser Traum der ungestörten Nachtruhe jetzt als quasi vorgezogenes Weihnachtsgeschenk tatsächlich Wirklichkeit geworden ist.“



Nahmen die zwei wetterfesten Stromzapfstellen bei klassischem Novemberwetter offiziell in Betrieb (v. l.): CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Otto Hünnerkopf, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Umwelt, Volker Schmitt, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Schwarzach am Main, zu der Gerlachshausen gehört, Heinrich Schoppmann, Leiter des WSA Schweinfurt, das für die Schleuse und Liegestelle Gerlachshausen verantwortlich ist, und Dr. Albrecht Schleich, Mitglied des Vorstands der Rhein-Main-Donau AG, die aus ihrem Wasserkraftwerk Gerlachshausen die Leitungen legte und den Strom bis auf weiteres kostenlos zur Verfügung stellt. Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Dank an engagierte Bürger

Günzburgs Landrat Hafner lobt Ehrenamtliche, die sich in der Flüchtlingsarbeit einsetzen

Mit einer Veranstaltung, die bewusst auf den Martinstag mit dem Motto des „Teilens“ gelegt wurde, trafen sich Landrat Hubert Hafner und Ehrenamtliche, die sich in Helferkreisen im Landkreis Günzburg für Asylbewerber und Flüchtlinge engagieren. Geboten wurden in der Dilldapper-Bühne in Ichenhausen bei Kaffee, Kuchen und einem kulturellen Rahmenprogramm vor allem gute Gespräche beim Meinungsaustausch.

Landrat Hafner würdigte die Ehrenamtlichen für ihre Mühen und den hilfreichen Einsatz für die Neuankommlinge. Hierbei sprach er von einer Tugend, die Menschen zu eigen ist, die sich für andere einsetzen, die Zeit und Menschlichkeit schenken, um zu helfen. Er bedankte sich und rief die freiwilligen Helfer dazu auf, sich auch weiterhin so tatkräftig einzubringen.

Silvia Schreiner-Metzele, Ehrenamtskoordinatorin des Landratsamtes, stellte das vielfältige Engagement der ehrenamtlichen Helfer vor. Sie informierte darüber, dass sich viele Landkreisbürgerinnen und -bürger inzwischen zum Teil seit mehreren Jahren mit herausragendem

Engagement ehrenamtlich um Asylbewerber und Flüchtlinge kümmern.

Berührender Bericht

Ramin Barak, ein junger Afghane, berichtete von seiner Flucht vor den Taliban und seinem neuen Leben in Deutschland. Wichtig für ihn ist, wohlwollende Menschen zu treffen. Vor allem die ehrenamtlichen Helfer aus Burtenbach, die ihm Deutsch beibrachten, ihn persönlich begleiteten und zu Festen und Feiern aus dem deutschen Kulturkreis einluden. Seit einiger Zeit ist er berufstätig und auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle. **haj**

Städtepartnerschaft zwischen Mwanza und Würzburg:

Welche Potenziale hat die Rock City?

Ein runder Geburtstag bietet immer auch die Chance für einen Rück- und Ausblick. Seit Ende der Neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hat die Städtepartnerschaft zwischen Mwanza und Würzburg insbesondere in den Bereichen Soziales, Kultur oder Medizin gehörig Fahrt aufgenommen. Man arbeitet heute gemeinsam an einer Vielzahl nachhaltiger Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit - und veranstaltete jüngst eine Bürgerreise.

Bei der Bürgerreise zum 50-jährigen Bestehen besichtigten die Gäste aus Würzburg entsprechend Schulen, Kinderheime, medizinische Einrichtungen oder öffentliche Sportplätze; die Delegation interessierte aber auch eine generelle Analyse des Wirtschaftsstandorts Mwanza. Wo liegen Potenziale? Welche Herausforderungen müssen aktuell in der zweitgrößten Stadt Tansanias angegangen werden? Wie kommen die beiden Städte hierbei womöglich zusammen?

Betrieben wurde diese Analyse zuvorderst von IHK-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Ralf Jahn, der die Delegation um Oberbürgermeister Christian Schuchardt begleitete und ein Treffen mit der Tanzania Chamber of Commerce, Industry and Agriculture (TC-CIA) vor Ort organisiert hatte.

Während die Industrie- und Handelskammer in Würzburg eine Institution mit 127 Mitarbeitern ist und in ganz Mainfranken rund 64.000 Mitgliedsunternehmen betreut, ist das Pendant in Mwanza noch im wahrsten Sinne des Wortes eine Kammer: ein kleines Büro im zweiten Stock eines unscheinbaren Bürogebäudes der Kenyatta Road 21 im Zentrum der Stadt.

Die Gäste aus Würzburg finden hier nur mit Mühe Platz. Von hier aus kümmern sich Hassan Karambi und seine zwei Mitarbeiter um 850 meist kleine oder Kleinstunternehmen aus den sieben Distrikten der Region Mwanza: Einzelhändler und Großhändler,

Landwirte, Viehzüchter, Spediteure, Hoteliers oder Fischer.

Die auch aus dem benachbarten Ausland (Kenia, Uganda, Ruanda, Burundi und der Demokratischen Republik Kongo) gut erreichbare Region erwirtschaftet etwa 9 % des Bruttoinlandsprodukts Tansanias.

Landwirtschaft, die Verarbeitung von Agrarprodukten, Fischfang oder auch die Produktion von Tierhäuten bildet die Basis der Wirtschaft. Der Dienstleistungs-Sektor gewinnt aber zunehmend an Bedeutung.

Pendlermassen

Ein weiterer wichtiger Indikator für die Anziehungskraft der Metropole ist der Verkehr beziehungsweise die Pendlerströme. In der Kernstadt wird die Einwohnerzahl 2015 auf rund 420.000 geschätzt. Die Zahl der Menschen, die tagsüber hier zur Schule gehen, arbeiten oder einkaufen ist jedoch ungleich höher. Auf rund 700.000 schätzt die Stadt die Zahl der Pendler, die täglich aus der Region mit fast drei Millionen Einwohnern in die Metropole kommen. In fünf Jahren hat allein der Busverkehr um rund 80 % zugelegt – eine große Beanspruchung für die 545 Kilometer Straße im Stadtgebiet, der Großteil davon (rund 70%) ist noch nicht asphaltiert. Entsprechende Baustellen prägen derzeit vielerorts das Straßenbild und lassen auf weitere Lückenschlüsse hof-

Politische Bildung im Bezirk Schwaben

Junge Menschen gegen die Versuchungen des Populismus wappnen

Ob bei der politischen Bildung, der Medienfachberatung oder auch in anderen pädagogischen Bereichen - „Dank der guten Zusammenarbeit können der Bezirk und der Bezirksjugendring den Kindern und Jugendlichen in Schwaben auch im kommenden Jahr wichtige Angebote bereitstellen“, betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert bei der jüngsten Sitzung des Jugendausschusses des Schwäbischen Bezirkstags.

Neu besetzt ist beim Bezirksjugendring die Stelle eines Referenten für Politische Bildung mit dem Augsburger Lorenz Semmler. Über dieses Angebot verfügt sonst kein Bezirksjugendring in Bayern. Der 33jährige Lorenz Semmler hatte nach einem Studium der Pädagogik und Friedens- und Konfliktforschung zunächst die Beratungsstelle für Erwerbslose beim Diakonischen Werk Augsburg geleitet, zuletzt war er als geschäftsführender Bildungsreferent bei der Solidarität Jugend Bayern tätig.

Mitmachen lohnt sich

Als Bildungsreferent ist er Ansprechpartner für die örtlichen Jugendringe und Jugendverbände, arbeitet im „Netzwerk politische Bildung in Schwaben“ mit und

soll zudem eigene Projekte anstoßen - nicht zuletzt soll der Baustein „Bezirk Schwaben erleben“ künftig jugendgerechter angeboten werden. „Es geht bei den Aktivitäten darum, jungen Menschen deutlich zu machen, warum es sich lohnt, mitzumischen und sich politisch zu engagieren“, erläuterte Semmler vor dem Ausschuss. Aktuell sei es wohl die dringlichste Aufgabe der Politischen Bildung „den zunehmenden, rechts-populistischen und menschenverachtenden Tendenzen in unserer Gesellschaft massiv entgegenzutreten, darüber aufzuklären und junge Menschen gegen deren Versuchungen zu wappnen“.

Ebenfalls in Kooperation von Bezirk und Bezirksjugendring wurde die „Medienfachberatung Schwaben“ eingerichtet. Daniel Beiter und Katharina Gmeinwieser

fürten im vergangenen Jahr zahlreiche medienpädagogische Praxisseminare und Projekte durch, unter anderem wurde am „Tag der Begegnung“ des Bezirks ein inklusiver Film gedreht, an dem auch Menschen mit Behinderung beteiligt waren, im Museum KulturLandRies in Maihingen entstand unter dem Motto „mobil im museum“ ein Clip mit Jugendlichen.

Kinder- und Jugendfilmfest

2017 wird ein Höhepunkt das im zweijährigen Rhythmus stattfindende Kinder- und Jugendfilmfestival sein. „Um auch den beteiligten Kinderfilmgruppen Rechnung zu tragen, wird das Festival erstmals aus einem Tag für Kinder und einem Teil für Jugendliche bestehen“, berichtete die Geschäftsführerin des Bezirksjugendrings, Claudia Junker-Kübert. Mit dem Filmhaus Huber in Türkheim sei auch ein neuer Austragungsort gefunden worden, der ideal für das Festival sei.

Ebenfalls wird der Messestand des Bezirk Schwaben bei der kommenden Augsburger Frühjahrsausstellung fest in junger Hand sein: Die Jugendarbeit wird das Leitthema werden, der Bezirksjugendring bestreitet das Programm mit. Mit einer Podiumsdiskussion mit anschließendem Bürgermeister- und Jugendempfang wird der Bezirk das Afa-Programm bereichern. □



Niederbayerns Landräte verabschieden Faltermeier

Seit 1992 stand er an der Spitze des Landkreises Kelheim, mit ihm geht einer der dienstältesten Landräte in Niederbayern in den Ruhestand. Seine Amtskollegen im Regierungsbezirk verabschiedeten jetzt Dr. Hubert Faltermeier im Rahmen einer Landrätetagung.

Passaus Landrat Franz Meyer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Landkreistag, machte dabei die hohe Wertschätzung deutlich, die Faltermeier im Kollegenkreis besitze. Er habe ihn bereits als Finanz-Staatssekretär kennengelernt und von Beginn an seine Korrektheit und Verlässlichkeit geschätzt, so Meyer. „Hubert Faltermeier hat den Landkreis Kelheim geprägt durch seine ruhige und zielgerichtete Arbeit.“ Faltermeiers Motto „Lieber Lösungen als Schlagzeilen“ habe er stets geschätzt, erklärte Meyer, der in seinen Dank auch ausdrücklich Faltermeiers Ehefrau Heidi einschloss. Denn in der Familie habe der verdiente Landrat den Rückhalt gefunden, ohne den der Erfolg nicht möglich wäre.

Im Bild bei der Verabschiedung Dr. Hubert Faltermeier (5. v. l.) und Ehefrau Heidi, und (v. l.) Regierungspräsident Heinz Grunwald, Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Peter Dreier (Landshut), Christian Bernreiter (Deggendorf, Präsident des Bay. Landkreistages), Dr. Hubert Faltermeier (Kelheim) mit Frau Heidi, Josef Laumer (Straubing-Bogen), Franz Meyer (Passau), Dr. Johann Keller (geschäftsführendes Präsidialmitglied Bay. Landkreistag), Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau), Michael Fahmüller (Rottal-Inn) und Willi Killinger (stv. Landrat Regen). □

Preisträger ist der erste Preis mit 3.000 Euro dotiert, der zweite Preis mit 1.500 Euro und der dritte Preis mit 750 Euro.

Ansehen stärken

„Mit seinem Ehrenamtspreis will der Bezirk Schwaben das Ansehen und den Stellenwert der freiwilligen Arbeit im sozialen Bereich stärken“, so Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. „In vielen sozialen Einrichtungen sind die Ehrenamtlichen unverzichtbar, aber häufig wird dieser Einsatz von der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt.“ Anerkennung gebühre den Freiwilligen nicht nur wegen des hohen zeitlichen Engagements und ihres persönlichen Einsatzes, sondern auch, „weil sie durch ihre Tätigkeiten – beispielsweise Besuchsdienste in Pflegeheimen oder Freizeitangebote für psychisch Kranke – bereits jetzt schon vorbildhaft in Sachen Inklusion tätig sind“, betont Reichert.

Während der Ehrenamtspreis bereits seit 2009 vergeben wird, hat der Schwäbische Bezirkstagspräsident in diesem Jahr entschieden, künftig zusätzlich professionelle Projekte mit einer Würdigung auszuzeichnen. Es können dafür ungewöhnliche, erfolgreiche, gelungene oder neuartige Projekte, Konzeptionen, Initiativen, Lösungen oder Ideen für soziale Projekte aus der Behinderten-, der Sozialpsychiatrischen oder der Pflegearbeit eingereicht werden. Die Würdigung findet mit der Verleihung des Ehrenamtspreises am 9. Oktober 2017 in Augsburg beim Bezirk Schwaben statt. Diese Anerkennung ist nicht mit einem Preisgeld verbunden.

Professionelle Projekte

Informationen Über die beiden Komponenten des Sozialpreises „Miteinander“ des Bezirks Schwaben kann man sich hier informieren: www.bezirk-schwaben.de/miteinander. □

Sozialpreis „Miteinander“

Bezirk Schwaben: Ausschreibung für Ehrenamtliche und „Best- Practice“ Modelle im sozialen Bereich

Mit seinem Sozialpreis „Miteinander“, der alle zwei Jahre vergeben wird, will der Bezirk Schwaben freiwillige und ehrenamtliche Leistungen sowie innovative professionelle Projekten im Sozialbereich würdigen. Der Preis wird im Oktober 2017 verliehen, die Ausschreibung dazu beginnt jetzt: Ab sofort können sich Interessierte für den Sozialpreis bewerben.

Der Sozialpreis „Miteinander“ besteht aus zwei Teilen, einem Ehrenamtspreis und einer Würdigung für innovative Projekte der professionellen sozialen Arbeit. Für den Ehrenamtspreis können Gruppen, Initiativen und Projekte, aber auch Einzelpersonen vorgeschlagen werden, die sich im ehrenamtlichen Engagement im Bezirk Schwaben im Sozialbereich engagieren.

Inhaltliche Ausrichtung

Bevorzugt werden Projekte und Initiativen, die inhaltlich mit den Aufgaben des Bezirks zu tun haben, deren ehrenamtliche Ar-

beit also mit Menschen mit Behinderung, Hilfe zur Pflege oder Hilfen für psychisch kranke beziehungsweise suchtkranke Menschen zu tun hat.

5.000 Euro Preisgeld

Die Aufteilung des Preisgeldes ist möglich bei Anerkennung von mehreren Preisträgern oder Anerkennung einzelner erwähnenswerter Projekte. Es gibt eine Preissumme von 5.000 Euro bei einem Preisträger, bei Aufteilung auf bis zu drei

Zwei Millionen Euro für soziale Projekte

Sozialausschuss des Bezirks Oberfranken tagt

Der Ausschuss für Soziales des Bezirks Oberfranken beschloss in seiner jüngsten Sitzung Maßnahmen mit einem Fördervolumen von insgesamt zwei Millionen Euro. Das mit Bezirksräten und Vertretern der Wohlfahrtsverbände besetzte Gremium war dabei in allen Entscheidungen einer Meinung.

Zwei Anträge auf institutionelle Förderung lagen dem Gremium zur Entscheidung vor, beide wurden einstimmig befürwortet.

Zum einen plant der Verein „Hilfe für das behinderte Kind“ Coburg die Errichtung eines heilpädagogischen Wohnheims auf der Bertelsdorfer Höhe in Coburg. Der Bau mit 32 Wohnplätzen in 4 Wohngruppen soll als Ersatz für das Internat in der Leopoldstraße in Coburg dienen. Der Bezirk bezuschusst das Bauprojekt mit 645.200 Euro.

Zum anderen plant der Caritasverband für die Erzdiözese Bamberg den Neubau einer Förderstätte. In der Wittelsbacher Straße in Lichtenfels sollen 28 Plätze zur Förderung und Betreuung von Menschen mit Behinderung entstehen. Das Grundstück liegt in unmittelbarer Nähe zum Heilpädagogischen Zentrum der Caritas in Lichtenfels. Der Bezirk Oberfranken fördert die Maßnahme mit 185.000 Euro.

Zudem stimmte der Sozialausschuss der Errichtung einer soziotherapeutischen Wohnstätte für suchtkranke Menschen mit Doppeldiagnose mit 40 stationären Wohnplätzen in Rattelsdorf (LK

Bamberg) zu. In Oberfranken gibt es insgesamt 330 Plätze für Menschen mit chronischen Suchterkrankungen und weiteren damit einhergehenden Erkrankungen wie Organschäden oder körperlichen und psychiatrisch-neurologischen Folgeerkrankungen.

Integrationsprojekt

Der Ausschuss stimmte außerdem der Förderung des Zuverdienstprojektes „Bamberger Integrationsprojekt“ zu. Geplant sind sechs Zuverdienstarbeitsplätze für seelisch behinderte oder psychisch kranke Menschen im Gastronomie-Bereich, in der Volkshochschule beziehungsweise in Küche oder Catering. Der so genannte Zuverdienst ist ein niederschwelliges tagesstrukturierendes Angebot für eine stundenweise betreute Beschäftigung, die flexibel und individuell vereinbart wird. Die Förderung erfolgt nach den Richtlinien zur Förderung von Zuverdienstarbeitsplätzen des Bezirks Oberfranken, in diesem Fall maximal 28.000 Euro pro Jahr.

Aufgrund eines immer weiter steigenden Betreuungsbedarfs beantragte Regens-Wagner Burg-

kunstadt die Anerkennung von 28 zusätzlichen Förderstättenplätzen. Menschen mit Behinderung, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt nicht erfüllen, werden in einer Förderstätte betreut und gefördert. Der Bezirk Oberfranken erkannte den Bedarf an. Regens-Wagner unterhält derzeit 54 institutionell geförderte Förderstättenplätze, davon 42 in Burgkunstadt und 12 in Weismain. Insgesamt betreut Regens-Wagner allerdings schon jetzt rund 80 Menschen in den Förderstätten.

Die Regens-Wagner-Stiftung plant im Rahmen der Dezentralisierung eine Verlagerung von 24 stationären Wohn- sowie 21 Förderstättenplätzen nach Ebensfeld. Der Ausschuss stimmte dem Neubauprojekt zu und stellte für die Baumaßnahme eine Förderung in Höhe von rund 10 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten in Aussicht.

Der Ausschuss für Soziales beschäftigte sich auch mit einem Zukunftsthema: der Betreuung von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Alter, der so genannten gerontopsychiatrischen Versorgung in Oberfranken. In der Stadt und im Landkreis Hof, wo ein hoher Anteil an über 65-Jährigen zu verzeichnen ist, soll nun im Auftrag des Bezirks Oberfranken ein Modellprojekt starten. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Inklusionspreis des Bezirks Oberbayern:

Vielfalt an Sportangeboten

Drei Sportvereine und eine Elterninitiative wurden heuer mit dem Inklusionspreis des Bezirks Oberbayern geehrt. Alle ausgezeichneten Gewinner fördern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen durch gemeinsame sportliche Aktivitäten mit Gleichaltrigen ohne Behinderungen. „Für uns war diese Vielfalt sehr guter inklusiver Sportangebote eine Überraschung“, hob Bezirkstagspräsident Josef Mederer bei der Kür der Preisträger in München hervor.

Besonders würdigte Mederer den Einsatz der Übungsleiter und der in den Vereinen ehrenamtlich tätigen Eltern. „Das bürgerschaftliche Engagement dieser vielen Menschen ist wirklich herausragend. Es trägt zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.“

Handicap Integrativ

Der Verein Handicap Integrativ in Hausham (Landkreis Mies-

bach) errang den mit 5.000 Euro dotierten 1. Preis. Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen trainieren mehrmals wöchentlich gemeinsam verschiedene Sportarten, unter anderem Basket- und Fußball, Boccia und Gymnastik. Entscheidend für die Teilnahme an einem Sportangebot ist nicht die Leistungsfähigkeit eines jungen Menschen, sondern einzig dessen Neigung. „Ein beeindruckendes Programm“, urteilte der Jury-Vorsitzende Be-

zirkstagsvizepräsident Michael Asam. „Ich bin mir sicher: In diesem Sportverein entstehen Freundschaften, die weit über den Sport hinaus wirken.“

Einer der Gründungsväter ist der Förderschullehrer Stephan Kaiser. Seinen Angaben zufolge wird der Verein vom Preisgeld die Ausbildung für weitere Übungsleiter bezahlen. „Außerdem finanzieren wir für Kinder, die aus Elternhäusern mit einem geringeren Einkommen stammen, gerne besondere Aktionen wie Reiten und Schwimmbadbesuche.“

Elterninitiative

Über den 2. Platz und ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro durfte sich der Kreis Eltern behinderter Kinder Olching e. V. (Landkreis Fürstenfeldbruck) freuen. Die Elterninitiative hat eine inklusive Kindersportgruppe für 5- bis 12-Jährige auf die Beine gestellt. Das Angebot ist offen für alle interessierten Kinder mit und ohne Behinderungen. Einer der Übungsleiter hat das Down-Syndrom.

Kindersportgruppe

Den Kreis Eltern behinderter Kinder Olching gibt es seit 40 Jahren, seit 2012 die inklusive Kindersportgruppe. Der Vereinsbetrieb finanziert sich allein aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Kinder kommen



Eine Stickerin bei Fahnen Kössinger bei der Arbeit in den Werkstätten der Traditionsfirma in Schierling.

Großer Auftritt für die neue Standarte

Schmuckstück schafft Identifikation für die Freiwillige Feuerwehr München

Mit einem ganz großen Auftritt hat sich die neue Standarte der Freiwilligen Feuerwehr München der Öffentlichkeit präsentiert. Im Münchner Dom zelebrierte Erzbischof Reinhard Kardinal Marx den feierlichen Weihgottesdienst, als Fahnenpatin wirkte Petra Reiter, die Ehefrau des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter.

Es war der würdige Abschluss des Festjahres der Münchner Feuerwehr, die 2016 ihr 150-jähriges Jubiläum feiern konnte, und zugleich ein Höhepunkt. Denn die Standarte, die bei Fahnen Kössinger in Schierling in der Oberpfalz gefertigt wurde, ist eine detailgetreue Replik der Original-Standarte aus dem Jahr 1866 und damit etwas ganz Besonderes. „Wir sind stolz, dieses wertvolle Stück zu haben, und froh, dass wir es in einem so schönen und feierlichen Rahmen unter Gottes Segen stellen konnten“, sagte Rupert Saller, Stadtbrandrat und Kommandant der Münchner Freiwilligen Feuerwehr.

Ideeller Wert

Die Standarte erfüllt heute einen ideellen Wert. Sie schafft Identifikation und macht das Bekenntnis der Floriansjünger für alle Menschen sichtbar. Bei Festzügen geht sie voran, bei Gottesdiensten steht sie neben dem Altar. Das war früher anders. Damals diente sie einsatztaktischen Zwecken und war immer dabei, wenn die Feuerwehr ausrückte. Sie zeigte für alle gut sichtbar den Standort des Kommandanten an und war damit ein wichtiges Orientierungs- und Kommunikationsmittel. Dazu war sie mit einer Laterne versehen, um gerade bei Dunkelheit besser sichtbar zu sein. Im Unterschied zu Fahnen sind Standarten nicht nur an der Fahnenstange, sondern zusätzlich an einem Ausleger befestigt, so dass ihr Motiv jederzeit zu sehen ist.

Die Gestaltung der Münchner Standarte gleicht bis ins Detail

der Original-Standarte, die heute im Münchner Stadtmuseum hängt. Abgebildet ist das „Große Münchner Stadtwappen“, ein Stadttor, in dessen Mitte ein Mönch steht, auf rotem Grund. Darüber befindet sich ein schwarzer Balken und die Schrift „Freiwillige Feuerwehr München“. „Wir haben uns in allen Details an das Original gehalten“, sagte Florian Englmaier, Geschäftsführer von Fahnen Kössinger. „Es war für uns eine Herausforderung, diese alte Standarte neu zum Leben zu erwecken, zumal wir das Original nicht aus dem Stadtmuseum mit nach Schierling nehmen durften.“

Mit etwa 60 Mitarbeitern ist die Traditionsstickerei die führende Fahnenstickerei Deutschlands, die Anfänge des Unternehmens reichen bis ins Jahr 1928 zurück. Jährlich verlassen Dutzende Fahnen die Räume des Unternehmens, für Trachtenvereine, Schützenvereine, Feuerwehren oder

Musikverbände. Auch die Münchner Feuerwehr hat schon Fahnen in Schierling fertigen lassen.

Wurzeln nicht vergessen

„Es ist uns als größte kommunale Freiwillige Feuerwehr Deutschlands sehr wichtig, unsere Wurzeln nicht zu vergessen“, sagte Saller zur Entscheidung, die historische Original-Standarte als schlichte Replik fertigen zu lassen. Der ursprüngliche Entwurf gelte auch nach heutigen Design- und Wertvorstellungen immer noch als sehr geschmackvoll. Mit dem „Großen Münchner Stadtwappen“ auf rotem Tuch stelle sie das traditionelle Symbol für die ehrenamtliche Feuerwehrarbeit in der Landeshauptstadt München dar.

Und wenn die neue Münchner Standarte künftig bei Festzügen und Gottesdiensten zu sehen ist, erinnert sie an das Zeitalter des aufstrebenden Bürgertums, als ihre erste Vorgängerin die Feuerwehr bei ihren gefährlichen Einsätzen begleitete und immer vor Ort war, wenn es galt, Gefahren für Leib und Leben abzuwenden.

kbo-Kliniken überzeugen als Arbeitgeber

Die Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo) heben sich bei den Themen Teamgeist, gute Arbeitsatmosphäre und Zusammengehörigkeitsgefühl in ihrer Mitarbeiterbefragung, durchgeführt von Great Place to Work, sehr positiv von anderen Arbeitgebern im Gesundheitswesen ab.

Weitere Stärken von kbo sind die Rahmenbedingungen für die Arbeit, das erlebte Miteinander bei der Arbeit, die Erreichbarkeit und Kompetenz der Führungskräfte und eine hohe Verbundenheit aller Mitarbeitenden mit ihrer Tätigkeit sowie dem Wunsch, noch lange im Unternehmen zu bleiben. Die geringe Fluktuationsquote von 5,45 Prozent im Jahr 2015 (konzerninterne Erhebung arbeitnehmerinitiiert) bestätigt dieses Ergebnis eindrucksvoll.

Auch bei vielen weiteren Fragen sind die Zustimmungswerte hoch. Dazu gehören beispielsweise der Stolz auf die gemeinsame Leistung und die Arbeit bei kbo.

aus dem gesamten Landkreis Fürstenfeldbruck. Beim Turnen zählt nicht das Leistungsprinzip, sondern der Spaß an Bewegung, Fitness und der gemeinsam verbrachten Zeit.

Das Konzept, Kinder mit und ohne Behinderungen im Sport zwanglos zusammenzubringen, hat auch die Jury des Inklusionspreises überzeugt. Das Angebot trage dem Gedanken der Partizipation Rechnung und lege besonderen Wert darauf, „dass Menschen mit Behinderungen aktiv das Programm mitgestalten“ – zum Beispiel

durch Angebote in Leichter Sprache. Der Verein sei ein Vorbild auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft, heißt es in der Begründung des Preisgerichts.

Inklusive Fußballmannschaften

Den 3. Platz und 2.000 Euro Preisgeld teilten sich schließlich die Fußballvereine 1. SC Gröbenzell (Landkreis Fürstenfeldbruck) und der Gautinger SC (Landkreis Starnberg). Beide haben jeweils eine inklusive Fußballmannschaft, in der Kinder mit und oh-

ne Behinderungen wöchentlich kicken. Neben dem gemeinschaftlichen Training gibt es auch Turniertage, bei denen sich die Mannschaften mit anderen Inklusionsteams – auch in Auswärtsspielen – messen. Aus Sicht der Jury sind die Vereine Best-Practice-Beispiele für das achtsame Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen. Zudem wurde das ehrenamtliche Engagement der Trainer, Übungsleiter und Eltern gewürdigt. Die beiden Vereine seien der Beweis, so das Preisgericht, dass Fußball auch inklusiv kann. DK

Zwangswise Absetzung der Bürgermeisterin von Mardin

Die „Säuberungswellen“ in der Türkei reißen nicht ab. Wie die Bayerische Gemeindezeitung kurz vor Redaktionsschluss erfuhr, wurde nunmehr auch die Bürgermeisterin von Mardin, Februniye Akyol, zwangswise abgesetzt. Als Angehörige der aramäischen Minderheit war die gelernte 28-jährige Bankwirtin zugleich die einzige christliche Bürgermeisterin der Türkei.

Das direkt an der syrischen Grenze gelegene Mardin ist die Partnerstadt von München (vgl. GZ Nr. 21, Seite 1) und wird von der Landeshauptstadt durch zahlreiche Aktionen großzügig unterstützt.

In einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ erläuterte Akyol die dramatische Situation. „Am Donnerstagmorgen rief der Gouverneur, der an unserer Stelle eingesetzt wurde, meinen Bürgermeisterkollegen Ahmet Türk an und sagte, dass er eine entsprechende Anweisung bekommen habe. Unsere Mitarbeiter versammelten sich aus Protest vor dem Rathaus, der Gouverneur kam dann mit einem großen Polizeiaufgebot und verschaffte sich Zugang“, so die abgesetzte Bürgermeisterin.

Eine amtliche Benachrichtigung, was ihr konkret vorgeworfen wird, hat sie noch nicht. Gerüchteweise lautet ein Vorwurf, Türk und Akyol hätten städtische Fahrzeuge für die Beerdigung von Guerilla-Kämpfern zur Verfügung gestellt.

Auf die Frage, ob es sich dabei um PKK-Kämpfer gehandelt haben könnte, sagte die junge Frau: „Ja. Aber das gehört zu unseren Aufgaben als Stadtverwaltung. Die Polizei oder die Krankenhäuser melden sich immer bei uns, wenn es gilt, eine Leiche ohne

Angehörige zu bestatten. Ein anderer Vorwurf lautet offenbar, wir hätten von unserer Angestellten eine illegale Steuer eingezogen und diese Gelder an die PKK weitergeleitet.“

Diesen Vorwurf verneint sie. Seit zwei Jahren überprüfen immer wieder Regierungs-Inspektoren die Arbeit der Kommunalverwaltung und hätten niemals Unregelmäßigkeiten finden können.

Vor ihrer Absetzung wurden die Kommunalpolitiker nicht angehört. Gemäß den Bestimmungen des Ausnahmezustands haben sie keine Möglichkeit, gegen die Maßnahme zu klagen. 37 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister befinden sich derzeit in Untersuchungshaft. Keiner von ihnen wurde rechtskräftig verurteilt; es gibt nichts außer unbewiesenen Vorwürfen.

Den Grund für dieses Vorgehen sieht Akyol in den Bestrebungen der türkischen Regierung, den Putschversuch als Vorwand zu nutzen, um die politische Bewegung der Kurden und jegliche Opposition zu unterdrücken. „In der Wirklichkeit gibt es in ihrer (Anm. d. Red.: der türkischen Regierung) Welt keinen Platz für Menschen, die anders denken oder anders sind als sie selber.“

Größere Bürgerproteste wegen der Absetzungen soll es nicht ge-

geben haben. Februniye Akyol vermutet, dass sich die Menschen nach Gewalt und Zerstörungen der letzten Zeit im Schockzustand befinden.

Auf die Frage nach Reaktionen aus Europa äußerte Akyol, dass sie sich praktische Schritte gewünscht hätte. „Ich kann nicht sagen, was genau sie tun sollen. Aber nur zu sagen, dass sie besorgt sind, ist zu wenig.“

Nachzulesen ist das Gespräch unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article159628932/Kein-Platz-fuer-Menschen-die-anders-sind.html>

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtparkasse Dillingen
IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66
BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20
BIC: GENODEF1KFB

Inhaber und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Pater-Rupert-Mayer-Medaille für Johanna Rumschöttel

Die Pater-Rupert-Mayer-Medaille in Gold ist die höchste Auszeichnung, die der Diözesan-Caritasverband einmal im Jahr an besonders sozial engagierte Persönlichkeiten vergibt. Jüngst erhielt Johanna Rumschöttel die Medaille für ihr herausragendes soziales Engagement während ihrer Amtszeit als Landrätin des Landkreises München (2008-2014).

Die Auflistung an Projekten, die Caritasdirektor Prälat Hans Lindenberger im Anschluss an einen Gedenkgottesdienst für Pater Rupert Mayer im gleichnamigen Saal der Bürgersaalkirche München in seiner Laudatio ansprach, war lang: Armutsbekämpfungsplan, Landkreispass und Sozialticket, Sozialbürgerbüro, Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, Frauenhaus, Behindertenbeirat und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gehörten unter vielen anderen zu den herausragenden Projekten, die Johanna Rumschöttel in ihrer Amtszeit als Landrätin initiiert hatte. „Es ist ihr ein Herzensanliegen auf die Nöte der Menschen zu schauen und deren Notlagen in den Blick von Kirche und Gesellschaft zu nehmen“, stellte Lindenberger fest.

Im Bild Aldrandrätin Johanna Rumschöttel mit den Caritas-Vorständen Klaus Weißbach, Hans Lindenberger und Georg Falterbaum (von links).

Bild: Caritas

Unterfränkischer Integrationspreis:

Miteinander leben, voneinander lernen

Für gelungene Integrationsarbeit hat die Regierung von Unterfranken in der Würzburger Residenz bereits zum 9. Mal ihre Integrationspreise verliehen. Im Beisein von Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger zeichnete Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer drei besondere Flüchtlingsprojekte aus.

Der erste Preis ging an die Rudercommunity Olympos Würzburg, ROW. Auf Platz zwei kam die Fach- und Berufsoberschule Aschaffenburg mit dem Projekt „AG Integration“. Mit dem dritten Preis ausgezeichnet wurde das Projekt „WIR – Werkstatt Integration.Runde“ in Mainstockheim.

Positiver Zugang

ROW veranstaltet seit 2015 wöchentlich Ruderkurse für Flüchtlinge im Kinder- und Jugendalter. Nach häufig traumatischer Flucht über das Mittelmeer erleben die Kinder im Mannschaftsboot auf diese Weise einen positiven Zugang zum Wasser. Da wortwörtlich alle in einem Boot sitzen, werden gleichzeitig Werte wie Fairness, Teamgeist und Verantwortungsbewusstsein vermittelt. Darüber hinaus bietet der Verein eine Hausaufgabenbetreuung sowie weitere Freizeitaktivitäten und Bildungsmaßnahmen.

Die FOS/BOS Aschaffenburg gründete 2015 die Arbeitsgemeinschaft „Integration: Gelebtes Miteinander an der FOS/BOS Aschaffenburg“. Hier findet Integration durch gemeinsame wöchentliche Sportaktivitäten wie Fußballturniere, Lempatenschaften oder gemeinsame Grill- und Bowlingabende statt.

Beim Projekt „WIR“ tauschen sich Menschen verschiedener Altersgruppen und Herkunft, Flüchtlinge und Bürger Mainstockheims im Alten- und Pflegeheim Schloss Ebracher Hof über ihren Alltag aus. Mit den Kindern findet ein-

mal monatlich eine „Kulturreise“ zu Ausstellungen, ins Theater oder Kino statt.

Weiterentwicklung

Regierungspräsident Paul Beinhofer zufolge bildet die Arbeit der Preisträger die Grundlage dafür, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hierzulande voran geht und sich stetig weiterentwickelt. „Integration wird uns über Jahre hinaus weiterbeschäftigen und fördern. Viele Menschen, die 2014 und 2015 zu uns nach Unterfranken gekommen sind, haben zwischenzeitlich ein Bleiberecht erhalten. Sie alle, die am Thema Integration mitarbeiten, wissen, dass das Erlernen der deutschen Sprache, das Vorhandensein ausreichenden Wohnraums und die Schaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten essentielle Voraussetzungen sind, um eine erfolgreiche Integration in Gang zu setzen. Es wird viele Jahre brauchen, bis wir am Ziel angelangt sind. Einem Marathonlauf vergleichbar“, urteilte Beinhofer.

Erste Etappenziele dieses Marathonlaufes konnten, so der Regierungspräsident, bereits erreicht werden. Dazu zählte die Initiative „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ der Bayerischen Staatsregierung zusammen mit den Spitzenorganisationen der Bayerischen Wirtschaft. Im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms für Flüchtlinge, aufgelegt durch die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, wurden in den

ersten neun Monaten dieses Jahres rund 20.200 Asylbewerber und Flüchtlinge in Beschäftigung gebracht.

Hinzu komme der von der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufene Wohnungspakt. Unterfranken war laut Beinhofer der erste Regierungsbezirk in Bayern, der in Karlstadt eine Wohnanlage mit 21 Wohnungen für anerkannte Bleiberechtigte und sozial schwache Familien nach diesem Wohnungspakt in Betrieb genommen hat. Auch seien die Angebote an Integrationskursen und an schulischer Ausbildung verbessert worden. So gebe es in Unterfranken im Schuljahr 2016/17 71 Übergangsklassen in den Grund- und Mittelschulen und über 100 BerufsinTEGRATIONSKlassen mit rund 2.000 Plätzen.

Teilhabechancen

Beinhofer: „Nur wenn es den Akteuren - Staat und Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und engagierten Freiwilligen mit und ohne Migrationshintergrund - gemeinsam gelingt, die Teilhabechancen der Zuwanderinnen und Zuwanderer weiter zu verbessern, wird unsere Gesellschaft insgesamt profitieren. Genau an diesem Punkt leisten die Preisträger mit ihren Projekten einen wesentlichen Beitrag. Sie haben bereits angefangen, den langen Weg hin zu einer gelingenden Integration zu gehen und zu gestalten. Deswegen freue ich mich sehr, dass für den diesjährigen Preis wieder zahlreiche Bewerbungen bei der Regierung von Unterfranken eingegangen sind. Das zeigt, welche beeindruckende Integrationskraft es in Unterfranken gibt.“ DK

„Aufbauen“:

Bauindustrie qualifiziert Flüchtlinge

München. „Mit unserem Pilotprojekt im BauindustrieZentrum Stockdorf helfen wir den Flüchtlingen, sich in den Arbeitsmarkt und damit in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir unterstützen aber auch die Bauindustrie, die immer dringender nach qualifiziertem Nachwuchs sucht.“ argumentierte jüngst Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, beim Pressegespräch „AUFBAUEN Bauindustrie qualifiziert Flüchtlinge“ im BauindustrieZentrum Stockdorf bei München.

Im BauindustrieZentrum Stockdorf hat nunmehr ein Pilotprojekt begonnen, das 16 erwachsene Flüchtlinge aus fünf Nationen innerhalb eines halben Jahres theoretisch und praktisch mit den grundlegenden Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau vertraut macht. Während dieser Zeit absolvieren die Teilnehmer bei einem Bauindustrieunternehmen ein sechswöchiges Praktikum. Ziel des insgesamt sechsmonatigen Programms ist, dass die Teilnehmer anschließend bei Bauunternehmen beschäftigt werden können.

Qualifizierungsmaßnahme für eine gewerbliche Tätigkeit auf der Baustelle

Diese Qualifizierungsmaßnahme für eine gewerbliche Tätigkeit auf der Baustelle wurde zusammen mit der Agentur für Arbeit Starnberg entwickelt, die auch die Kosten trägt. Um das Programm durchführen zu können, musste sich das Bauindustrie-Zentrum Stockdorf dafür in einem anspruchsvollen Verfahren qualifizieren. Schmid: „Wir sind schon stolz darauf, dass unser BauindustrieZentrum das erste ist, dass diese Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen hat.“

Ich will mich ausdrücklich bei der Agentur für Arbeit in Starnberg für die gute Zusammenarbeit bedanken.“

„Die Faire Elise“ aus Würzburg

Die Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Würzburg unterstützt Fairen Handel und die Vermarktung von Fairhandelsprodukten. Ein so unterstütztes Weihnachtsprodukt ist die „Faire Elise“. Der Kakao des dunklen Kuvertüreüberzugs des fairen und veganen Eisenlebkuchens stammt von den Fairhandelspartnern „El Ceibo“ in Bolivien und „Conacado“ in der Dominikanischen Republik, der Rohrohrzucker von der Kooperative Manduvirá in Paraguay.

Die Vermarktung ihrer Rohstoffe über den Fairen Handel bedeutet für die Produzenten stabile Preise über dem lokalen Marktniveau, langfristige Handelsbeziehungen und zusätzliche Unterstützung durch die Zahlung eines Bio-Zuschlags und einer Fairhandelsprämie, die wichtige Investitionen ermöglicht. „Wir freuen uns sehr, dass die Vollkornbäckerei Köhler sich bereits im dritten Jahr an der Herstellung dieses fairen Produkts beteiligt hat“, so André Hahn, Leiter der Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Würzburg und Beauf-

Ab 2017 Schulungen auch in Wetzendorf

„Die Erfahrungen mit diesem Programm sind rundum positiv. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, das ab Frühjahr 2017 auch in unserem BauindustrieZentrum Nürnberg-Wetzendorf zusammen mit der Agentur für Arbeit in Nürnberg durchführen zu können“, so Schmid abschließend. □

Mindestpreis

Der Faire Handel sorgt dafür, dass Erzeuger in Entwicklungsländern einen Mindestpreis für ihre Produkte erhalten, der ihnen ein verlässliches Einkommen ermöglicht. Fair gehandelt bedeutet auch die Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards. „Lohndumping und ausbeuteri-

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt haben es die Amerikaner doch getan. Sie haben Donald Trump zum Präsidenten gewählt und alle Welt erwartet nun, dass sich das garstige Entlein in einen weißen Schwan verwandelt. Man darf bezweifeln, dass es so eintritt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat auf seinem Schreibtisch einen kleinen Stapel mit Zeitungsberichten über die Regierungsbildung in den USA und die ersten programmatischen Festlegungen des 45. Präsidenten.

Nun war der Chef keiner, der einen Sieg Trumps von vorne herein ausgeschlossen hätte. Im Gegenteil, er meinte während der ganzen Kampagne, dass er, würde in Deutschland ein solches Politangebot präsentiert, zum ersten Mal ins Lager der Nichtwähler wechseln würde. Denn beide – Hillary und Donald – wären im Grunde unwählbar. Aber dennoch verstört die Wahl doch etwas.

Lehren ziehen aus der US-Wahl

Gut, Präsident der Vereinigten Staaten ist kein Lehrberuf und es gibt auch keine starre Kompetenzbeschreibung. Man geht halt irgendwie von einem Mindestmaß an formaler Bildung, Erfahrung als Gouverneur, Parlamentarier oder Minister und einigermaßen erkennbaren Umgangsformen aus. Unwillkürlich denkt man an Personen, die Babys küssen, sich bei normalen Hausfrauen zum Kuchen einladen oder im Diner an der Ecke einen Burger essen. Weniger in die Erwartungsrichtung geht ein pöbelnder, lüglicher, wüst um sich schimpfender Grobian, der sein Vermögen zwar mindestens einmal vor der Pleite gerettet, aber sich eben auch fast in die Pleite gewirtschaftet hat.

Eines ist allerdings richtig: Es ist nicht unser Präsident. Eigentlich könnte es ja aus der Distanz des Atlantischen Ozeans ja egal sein, wen die Bewohner von God's Own Country für den besten Commander in Chief halten. Aber da gibt es doch trotz 50 Jahren anti-amerikanischer Tradition im intellektuellen Diskurs und aller Entfremdung zwischen der alten und der neuen Welt noch eine tiefe sentimentale Anhänglichkeit an die Nation, die unseren Eltern und Großeltern die Demokratie, den Rock'n'Roll und das Cola-Trinken beigebracht hat. Die Wahl

Trump löst so etwas aus, als hätten sich die Eltern nach langer Ehe scheiden lassen und Papa würde mit einer Platinblonden in Minirock und Overknees zum Nachmittagskaffee mit den Enkeln kommen.

Alles an Trump ist uns Europäern fremd. Das großsprechende Getue, die Ausfälle gegen Frauen und Minderheiten, das Provokieren von Nachbarn und Alliierten. Wir lachen uns innerlich einen Ast, wenn der türkische Präsident Erdogan seine Besucher auf riesige goldene Stühle platziert, die aussehen als habe sie jemand entworfen, der Stil mit Gigantomanie verwechselt. Nun bekommen wir Homestories vom künftigen US-Präsidenten zu sehen und lernen, dass Trump so wohnt, als habe sein Innenarchitekt mit Wahnvorstellungen auf einen Besuch in Versailles reagiert – goldene Aufzugtüren inklusive.

Was geht in den Amerikanern vor, die so einem Mann die Macht anvertrauen? Wie weit sind wir gedanklich weg von einer Wählerschaft, die offensichtlich nicht auf die Kompetenz der Kandidaten blickt, sondern Sehnsucht nach dem starken Mann hat? Wo bleibt der Einfluss der Eliten, wo der Einfluss der Medien, die sich klar gegen Trump ausgesprochen haben? Wir müssen höllisch aufpassen, dass wir in Europa, in Frankreich, in den Niederlanden, aber auch in Deutschland nicht die Fehler wiederholen, die in Amerika gemacht wurden.

Mein Chef, der Bürgermeister, macht sich darüber die größten Sorgen. Die Frage wird sein, ob es gelingt, trotz der Möglichkeiten der Desinformation durch das Internet und trotz der deutschen Neigung, sein demokratisch gewähltes Führungspersonal schlecht zu reden, mit den so genannten kleinen Leuten im Gespräch zu bleiben und ihre Anliegen ernst zu nehmen.

Auf die Verunsicherung durch die Globalisierung, die verstärkte Einwanderung aus anderen Kulturkreisen, den Terrorismus und andere Bedrohungen brauchen wir klare Ansagen und nicht nur Worthülsen. Dazu twitterte ich jetzt mal was zum Nachdenken von Franz Josef Strauß: „Man muss einfach reden, aber kompliziert denken – nicht umgekehrt.“

ihre Sabrina



Obersöcheringer Gemeinderat zu Gast in Günzburg

Eine Besichtigungstour nach Günzburg unternahm der Gemeinderat aus Obersöchering, einer Gemeinde im Landkreis Weilheim-Schongau. Beim offiziellen Empfang im Rokokosaal im Günzburger Heimatmuseum begrüßte die Dritte Bürgermeisterin Dr. Ruth Niemetz die Gäste – darunter Erster Bürgermeister Reinald Huber und Zweiter Bürgermeister Rudolf Ottl sen. sowie den früheren Günzburger Stadtpfarrer Peter Seidel.

Anschließend führte Günzburgs Kulturreferent Stefan Baisch die Gäste aus Oberbayern durch die schwäbische Stadt. Bei der folgenden Stadtrundfahrt informierte sich der Gemeinderat über das „Legoland“ sowie das Bezirkskrankenhaus. Das Programm endete mit einer Andacht in der Frauenkirche mit Pfarrer Peter Seidel.

V. r., vorderste Reihe: Stadtrat und Kulturreferent Stefan Baisch, Bürgermeisterin Dr. Ruth Niemetz, Pfarrer Peter Seidel und Erster Bürgermeister Reinald Huber beim Empfang im Rokokosaal. Bild: Stadt Günzburg

sche Kinderarbeit sind bei der Produktion vieler Rohstoffe in Ländern des Südens nach wie vor an der Tagesordnung“, sagt Thomas Mitschke, Bildungsreferent des Würzburger Weltladens. Mitschke ist Mitglied der Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Würzburg. Die Steuerungsgruppe unter Leitung von André Hahn trifft sich regelmäßig um Maßnahmen und Aktionen zu planen, um Fairen Handel in Würzburg bekannter zu machen, die Vermarktung von Fair-

handelsprodukten im Einzelhandel zu stärken und zur Bewusstseinsbildung bei Konsumentinnen und Konsumenten beizutragen. Die Gruppe besteht aus Vertretern des Würzburger Eine Welt Forums, der städtischen Verwaltung, des Einzelhandels, kirchlicher Organisationen, lokaler Medien und des Stadtrats.

Die Steuerungsgruppe wurde zunächst gegründet, um die Stadt Würzburg auf dem Weg zum Titel „Fairtrade-Stadt“ zu unterstüt-

zen. Diesen bekam die Stadt im November 2011 vom gemeinnützigen Verein TransFair verliehen, der als unabhängige Siegelinitiative in Deutschland das Fairtrade-Siegel für fair gehandelte Produkte vergibt. Laut der Dachorganisation Fairtrade Labelling Organizations International profitieren weltweit über 1,5 Millionen Landwirte vom fairen Handel.

Bedeutendste Fair-Trade-Produkte sind Blumen, Bananen, Zucker, Kaffee und Kakao. □

Gunzenhausen:

Bayerisches Landesamt für Schule ist auf dem Weg

„Die Arbeiten für die Errichtung des Bayerischen Landesamts für Schule in Gunzenhausen kommen gut voran. Im Januar 2017 wollen wir das Landesamt formell errichten. Ein Aufbauteam nahm Anfang November seine Tätigkeit auf“, so Bayerns Bildungs- und Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle bei einem Pressegespräch in Gunzenhausen. Dazu eingeladen hatte der Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen, Gerhard Wagemann.

Der Ministerrat hatte dem Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, zugestimmt. Der Gesetzentwurf befindet sich nun in der Parlamentarischen Beratung. Zum 1. Januar 2017 soll das Bayerische Landesamt für Schule als selbständige Behörde errichtet werden.

Passende Räumlichkeiten

„Gemeinsam haben wir uns darum bemüht, so schnell wie möglich passende Räumlichkeiten zur Unterbringung des Bayerischen Landesamts für Schule zu finden, damit der Aufbau planmäßig beginnen kann. Wir freuen uns, dass da-

mit die Region Altmühlfranken erheblich gestärkt wird und wir in naher Zukunft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gunzenhausen begrüßen können.“, stellte Landrat Gerhard Wagemann übereinstimmend mit den Landtagsabgeordneten Manuel Westphal und Bürgermeister Karl-Heinz Fitz fest.

Vierköpfiges Team

Das vierköpfige Aufbauteam, das seine Arbeit nunmehr aufnehmen, werde im Jahr 2017 mit der Verlagerung von Aufgaben erweitert.

Der Freistaat Bayern steht für eine Zwischenlösung für die Unterbringung des Landesamts in Verhandlungen um eine Im-

mobile in Gunzenhausen. Die Verhandlungen befinden sich in einem weit fortgeschrittenen Stadium.

Heimatstrategie

„Die Errichtung des neuen Landesamts ist Teil der vom Ministerrat beschlossenen Heimatstrategie „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen 2015“, stellte Minister Spaenle das Vorgehen in den landesweiten Kontext.

Ansiedelung sicherer Arbeitsplätze

„Zusammen mit der Verlagerung des Prüfungsamts des Staatsministeriums und der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen als Außenstelle des Landesamts für Denkmalpflege werden wir im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen mit dem Bayerischen Landesamt für Schule rund 150 krisensichere Arbeitsplätze ansiedeln“, führte Minister Spaenle aus. „Wir können mit der Errichtung des Landesamts diesen Teil Frankens weiter stärken.“

Zeugnisanerkennung

Als Aufgaben für das künftige Bayerische Landesamt umschrieb der Minister z. B.:

- die Bayerische Landesstelle

für den Schulsport,

- die Zeugnisanerkennungsstelle für den Freistaat Bayern,
- die Qualitätsagentur des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung sowie
- Aufgaben der Personalverwaltung und Schulfinanzierung,

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des C. H. Beck Verlags sowie eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Thema Smart Metering bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Kultusminister Dr. Spaenle (Zweiter von links) mit MdL Manuel Westphal (links), Landrat Gerhard Wagemann (Zweiter von rechts) und Bürgermeister Karl-Heinz Fitz (rechts) beim Pressegespräch in Gunzenhausen. □

die gegenwärtig bei den Regierungen angesiedelt sind.

Prüfungsamt

In räumlichem Zusammenhang mit dem Landesamt soll auch das Prüfungsamt des Staatsministeriums angesiedelt werden.

Denkmalschutz

In Weißenburg wird die Landesstelle für die nichtstaatlichen

Museen als Außenstelle des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege ihren Sitz finden.

Verlagerung der Dienstleistungen

Die Verlagerung der Dienstleistungen und Arbeitsplätze erfolge sukzessive. „Bei der Verlagerung der Arbeitsplätze und der Dienstleistungen ist es mir sehr wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv einzu-

binden. Das dient der Qualität der Erledigung der Aufgaben und fördert die Zufriedenheit bei den Beteiligten“, so der Minister.

Unterstützung

Einen besonderen Dank sprach der Minister dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen und den Kommunen des Landkreises für die intensive Unterstützung beim Aufbau des Landesamts für Schule aus. wefa

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 8. Dezember 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Umwelt- und Abfalltechnik,
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
 www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
 Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
 www.gemeindezeitung.de

Brandschutz

HEKATRON
 HEKATRON Remote – das Original
 Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
 www.twitter.com/gz_aktuell
 www.facebook.com/GZaktuell

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
 www.fahren-koessinger.de
 Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
 P. HENKEL Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
 HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
 Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
 E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
 www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
 Bahnhofstr. 8
 84323 Massing
 Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-13
 hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
 LTM GmbH
 Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
 Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
 info@lrm-uml.de
 www.lrm-uml.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
 Carl Beuthauser Kommunal- und Fördererntechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHE Gemeindezeitung
 www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
- 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
- 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
 Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
 ... clevere Raumkonzepte



Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!
 Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohhausen)
 Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
 05326 / 502-0

Wartehallen
 38685 Langelsheim | www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Plättle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Vorreiter mit smarter Technologie

Maßgeschneidertes Energie-Konzept für innovative Bauprojekte in Nördlingen

Auf dem ehemaligen Gelände des Triumph-Werks, das im Jahr 2000 seine Pforten schloss, werden bis 2017 auf 10.000 Quadratmetern ein großes Bürogebäude und vier dreistöckige Stadthäuser entstehen. Bereits Ende 2016 können die ersten Wohnungen bezogen werden.

Individuellen Kundenmehrwert bietet erdgas schwaben als kompetenter Partner in der Energieversorgung jetzt in einem innovativen Projekt in Nördlingen. Kunden können dort ihren Energie- und Wasserverbrauch über eine digitale Kommunikationseinheit, das so genannte Gateway, viel genauer als bisher und vor allem ganz bequem

steuern. Die Digitalisierung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieeffizienz. Mit innovativen Projekten zur Digitalisierung wie diesem ist der Energieversorger Mitentwickler intelligenter Technologie.

Als Vorreiter in Deutschland setzt erdgas schwaben auf die neue und spartenübergreifende Zählertechnologie mit Smart Meter. Den Mietern wird damit ermöglicht, über einen Online-Zugang den kompletten Überblick über ihren Energie- und Wasserverbrauch zu erhalten. Dass diese Darstellung jetzt transparent ist, wird die Sensibilität für den Einsatz von Energie erhöhen und es

den Menschen erleichtern, ihre Lebensgewohnheiten zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Smart Metering in Nördlingen

Für den neu entstandenen Triumph-Park im Südosten Nördlingens mit 44 Wohnungen und einem Gewerbebau erarbeitete das Team von erdgas schwaben ein maßgeschneidertes Energiekonzept: Von der Strom- und Wärmeversorgung für die Kühlung der Gewerbeeinheiten bis hin zum Messkonzept per Smart-Meter-Technik für Gewerbe und Wohnungen.



Quelle: Fotalia



Gateway



Erdgaszähler



Wärmemengenzähler



Stromzähler

BSI-zertifizierte Smart Meter zum ersten Mal in Deutschland

Zum ersten Mal in Deutschland werden dort Smart Meter für Erdgas, Strom, Wärme, Kühlung und Wasser eingebaut, die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert sind. Mit dem Zertifikat wird bestätigt, dass sie nur von erdgas schwaben ausgelesen werden können.

Die smarten Zähler sind über ein so genanntes Gateway, eine Kommunikationseinheit vernetzt, die eine datenschutz- und datensicherheitskonforme Einbindung von Zählern in das intelligente Stromnetz ermöglicht. Ihren Verbrauch können Mieter online in individuellen zeitlichen Intervallen einsehen.

In Verbindung mit der Smart-Meter-Technik sind die Wohnanlage und der Gewerbebau damit fit für die Zukunft. Benutzer, die Smart-Meter-Funktionen einsetzen, können dann ihren Verbrauch viertelstundengenau über ein Onlineportal – zum Beispiel per App – nicht nur einsehen, sondern ihren Energieverbrauch und ihre Kosten schnell, einfach und mobil steuern.

Beheizt wird die zukunftsweisende Anlage von einem erdgasbetriebenen Blockheizkraftwerk (BHKW), das wiederum von einem hoch effizienten und sparsamen Brennkessel ergänzt wird. erdgas schwaben kümmert sich um die Verlegung der Erdgas- und Wärmeleitungen sowie der Netze für Strom- und Glasfaserkabel. Auch der komplette Einbau der Heiztechnik wird von erdgas schwaben betreut.

Gelungenes Angebot städtebaulichen Wohnens

Nördlingens Oberbürgermeister Hermann Faul ist überzeugt, dass das Projekt für Aufsehen sorgen wird. Die Wiederbelebung der Brache ist seiner Ansicht nach ein guter und wichtiger Schritt. Der Wohnpark mit Blick auf den Daniel und die historische Altstadt stellen ein gelungenes Angebot des städtebaulichen Wohnens in einer ruhigen und hochwertigen Wohngegend dar.

Modernste Technologie wird auch in den Wohnanlagen der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Nördlingen Einzug halten.

In der Maria-Holl-Straße 6 und 8 entsteht Wohnraum der ganz besonderen Art: Ein Ort, der Generationen verbinden wird. Geplant ist, dass hier junge Familien mit Kindern und Senioren zu günstigen Mietpreisen Tür an Tür wohnen.

Die beiden Mehr-Generationen-Häuser mit jeweils 15 Wohneinheiten werden von erdgas schwaben aus einer Heizzentrale mit erdgasbetriebenen BHKW mit Wärme und Strom versorgt. Zwei hoch effiziente Brennwertkessel erzeugen die Heizungswärme.

15 weitere Wohnungen hat die Gemeinnützige Baugenossenschaft Nördlingen bereits in petto

Überschüssiger Strom wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die Anlage braucht 45 Prozent weniger Primärenergie als ein vergleichbares Gebäude und entspricht damit dem Standard KfW 55. Mehr als 6 Millionen Euro werden im ersten Bauabschnitt für eine Wohnfläche von 2.085 Quadratmeter investiert. Die Wohnungsgrößen liegen zwischen 50 und 100 Quadratmeter, der umbaute Raum beträgt über 18.000 Kubikmeter.

Durch den KfW 55-Effizienzhaus-Standard und den Einbau eines Blockheizkraftwerkes wird sich auch die Gesamtmietbelastung in Grenzen halten.

Das hoch effiziente und zukunftsweisende Energiekonzept für die Nördlinger Bauprojekte hatten Oliver Schober, Vertrieb Contracting erdgas schwaben, und Martin Weiß, Vertriebsleiter Region erdgas schwaben, gemeinsam entwickelt.

Beim symbolischen Spatenstich durch Oberbürgermeister, Architekt, Vertretern des Bauunternehmens, der finanzierenden Bank und der Bau-Genossenschaft betonte Rathauschef Hermann Faul, die Gemeinnützige Genossenschaft sei nach wie vor der Motor für das auch in Nördlingen wichtige Baugeschäft. Dieses sei nun schon länger darauf ausgerichtet, auch sozial Schwächeren sowie anerkannten Asylsuchenden genügend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Örtliche Firmen und Dienstleister berücksichtigt

Nach Fauls Einschätzung werden für dieses besondere Projekt freilich auch viele andere Bürger Mietanfragen an die Baugenossenschaft stellen; schließlich könnten sich darin Menschen mit sozialverträglichen Mieten wohnlich verbessern. Der Rathauschef dankte der Genossenschaft auch dafür, dass sie – soweit möglich – örtliche Firmen und Dienstleister beim Bau berücksichtigt. →



*EIN ORT, DER
GENERATIONEN
VERBINDET*



(v.l.) Werner Luther, Firma Eigner; Wolfgang Winter, Sparkasse Nördlingen; Erich Lokietsch, Architekt und Aufsichtsrat Baugenossenschaft Nördlingen; OB Hermann Faul, Nördlingen; Blasius Wizinger, Vorstand Baugenossenschaft Nördlingen; Hermann Häfele, Vorstand Baugenossenschaft Nördlingen; Franz Grimmeiß, Vorsitzender Aufsichtsrat Baugenossenschaft Nördlingen
Foto: Guido Königer

Faul zufolge stellt das Bauprojekt auch den Beginn einer neuen Wohnform dar: „Hier sollen Familien und Senioren wohnen, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam in die Zukunft blicken. In der Mitte der Wohnanlage wird ein Gemeinschaftsraum entstehen als täglicher Treffpunkt. Eine schöne Vorstellung!“ Das Stadtoberhaupt zeigte sich davon überzeugt, „dass dieses Projekt Schule machen wird. Und ich wünsche allen Bauherren ebenso kluge und kompetente Partner, wie wir sie hier haben.“

Wie Blasius Wizinger, Gemeinnützige Baugenossenschaft Nördlingen eG, hervorhob, habe man im Jahr 2014 das Grundstück an der Maria-Holl-Straße erwerben können. Der Standort sei auch wegen der verbesserten Anbindung an die Altstadt und nahegelegenen Arbeitsplätzen in den Gewerbegebieten sehr gefragt. Der erste Bauabschnitt schließt an die Bestandsgebäude Nr. 2 und 4 der Genossenschaft an und werde diesen ähneln.

Nach Wizingers Worten ist bezahlbarer Wohnraum heute seltener denn je. „Wenn wir die Nebenkosten für Wärme

und Strom so klein wie möglich halten, schlägt sich das auch positiv auf den realen Mietpreis nieder. Gleicher Komfort mit geringeren Ausgaben und die Umwelt wird geschont, besser geht es nicht!“

Architekt Erich Lokietsch hatte sich in seiner Vorbereitung durch hunderte von Konzepten gearbeitet, Angebote verglichen und neueste Energietechniken studiert, um mit dem Optimum an Erkenntnis das wegweisende Konzept zu verwirklichen. „Dieses Wohnbauprojekt setzt daher auf ein mit Erdgas betriebenes Blockheizkraftwerk, das nicht nur umweltfreundlich Wärme erzeugt, sondern auch den Strombedarf der Anlage produziert“, bestätigte der erfahrene Architekt.



Oliver Schober

Vertrieb Contracting
Energieberater HWK
Tel. (0821) 9002-267
oliver.schober@erdgas-schwaben.de

Triumph-Park Nördlingen

Inbetriebnahme: Winter 2016

Hocheffiziente Wärmeerzeugungsanlage:

Gesamtleistung: 300 kW Blockheizkraftwerk (BHKW)

Brennstoff: Erdgas

Gewerbebau: Wärme und Kälte

Wohneinheiten: 4 Mehrfamilienhäuser mit je

11 Wohneinheiten

Verlegung Wärmeleitung; Erschließung

mit Glasfaser- und Stromkabel

Abrechnung von Strom- und Heizkosten

direkt mit den Mietern durch Einsatz

von Smart-Meter-Zählern

Bereitstellung der Wasserzählerstände

für die Hausverwaltung

Nutzung Strom: Kunden und öffentliches Stromnetz,

Vergütung nach KWK^{*2}

Nutzung Wärme: Wärmeversorgung

Contracting-Anlagen mit Smart Meter Nördlingen, Maria-Holl-Str. 6 + 8

Inbetriebnahme: Anfang 2017

KfW 55 ^{*1}

Hocheffiziente Wärmeerzeugungsanlage:

Zwei Brennwertkessel als Spitzenlast und Ausfallsicherung

Gesamtleistung: ca. 200 kW Blockheizkraftwerk

(BHKW) mit 20 kW el. / 39 kW th.

Brennstoff: Erdgas

Wohneinheiten: 30 WE (2 x 15 WE)

Abrechnung von Strom- und Heizkosten

direkt mit den Mietern durch Einsatz

von Smart-Meter-Zählern

Nutzung Strom: Kunden und öffentliches Stromnetz,

Vergütung nach KWK ^{*2}

Nutzung Wärme: Wärmeversorgung

^{*1} KfW 55

bedeutet Neubau, verbraucht 45 % weniger Primärenergie als ein vergleichbares Referenzgebäude nach EnEV.

^{*2} KWK

Messstellenbetreiber
erdgas schwaben GmbH

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung Nr. 22/2016

Redaktion: Doris Kirchner

Gestaltung: Michael Seidl

Bildrechte: erdgas schwaben GmbH

Seite 1 Triumph-Park,

Wohnbau Erwin Michel GmbH

Seite 3 Gemeinnützige Baugenossen-

schaft Nördlingen e.G.

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

www.gemeindezeitung.de

info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Auf einen Blick: die Inhalte Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS

Inhalte
A. Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines
Europa-, Staats- und Kommunalverfassungsrecht
Verwaltungsverfahren und -prozess, Öffentlicher Dienst und Datenschutz
Finanzen, Haushalt, Steuern
Allgemeine Handreichungen für die kommunale Praxis
B. Wirtschaft, Vergabe und Verkehr
Vergabewesen
Eigenbetriebsrecht, Kommunalunternehmen
Konzessionsvertrag und -abgaben
Energiewirtschaft
Sparkassenrecht
Straßen- und Wegerecht
C. Sicherheit und Ordnung
Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Ordnungswidrigkeiten
Allgemeines Gewerberecht, Handwerksordnung, Gaststättenrecht, Spielgeräte
Ladenschluss
Einwohner-, Meldewesen, Ausweisrecht, Personenstandswesen
Ausländer- und Asylrecht
Unterbringungs- und Obdachlosenrecht
Feuer-, Brand- und Katastrophenschutz/Rettungsdienst
Jagd- und Fischereirecht
Waffen- und Sprengstoffrecht
D. Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur
Sozialhilfe
Sozialversicherung
Kindertagesstättenrecht
Gesundheitswesen
Krankenhausrecht
Versorgungsrecht
Kinder- und Jugendhilfe
Soziale Leistungsgesetze
Arbeitsicherheit
Veterinärwesen
Schulwesen
Kultur
Denkmalschutz
E. Bauwesen, Umwelt und Natur
Bauplanungsrecht
Bauordnung
Baunutzungsverordnung
Landesplanung, Flurbereinigung
Vermessungsrecht
Enteignungsrecht
Wohnbauförderung
Nachbarrecht, Kleingartenrecht, Erbbaurecht
Landpachtverkehr
Schwarzarbeit
Umweltrecht
Abfallrecht
Wasser- und Abwasserrecht
Naturschutz
Waldgesetz

Jetzt anfordern und **4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen**
Bestell-Fax-Coupon: 089/38189-297

Telefon 089/38189-747 | E-Mail beck-online@beck.de | Internet www.beck-online.de | oder bei Ihrem Buchhändler

X Ja, ich möchte **beck-online** testen! Bitte senden Sie mir mein(e) Passwort(e) zum 4-Wochen-Test!

Hiermit bestelle ich folgende Module

Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS	Monatspreis*
▶ www.beck-shop.de/brpc	
<input type="checkbox"/> zum Normalpreis für 3 Nutzer (Plätze 1 bis 3) <input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9	zusammen € 79,- je € 13,17
<input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern <input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3 <input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9	ohne Berechnung je € 13,17
<input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG oder Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS eines anderen Bundeslandes <input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3 <input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9	zusammen € 39,50 je € 6,58
<input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages <input type="checkbox"/> Platz 1 <input type="checkbox"/> Plätze 2 bis 3 <input type="checkbox"/> ab Platz 4	€ 30,- je € 15,- je € 7,50
<input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Gemeinden bis 2.000 Einwohner (Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages) <input type="checkbox"/> Platz 1 <input type="checkbox"/> Plätze 2 bis 3 <input type="checkbox"/> ab Platz 4	€ 18,- je € 15,- je € 7,50
<input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages und Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern <input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3 <input type="checkbox"/> ab Platz 4	ohne Berechnung je € 7,50

* **Unsere Vertrauensgarantie:** Sie erhalten von uns per E-Mail Ihr(e) Passwort(e) sowie unser Vertragsangebot für die weitere Nutzung und können dann sofort in dem von Ihnen gewünschten Modul **uneingeschränkt und unberechnet 4 Wochen lang arbeiten**. Die Preise gelten pro Monat und sind Nettopreise zzgl. 19% MwSt; Mindestlaufzeit 6 Monate.

Bitte senden Sie mein(e) Passwort(e) und Ihr Angebot an folgende Adresse

Vorname/Name (Ansprechpartner) Firma/Kanzlei/Behörde 1. Nutzer: Vorname/Name E-Mail

Straße/Hausnummer/Postfach PLZ/Ort 2. Nutzer: Vorname/Name E-Mail

Telefon E-Mail (unbedingt erforderlich) 3. Nutzer: Vorname/Name E-Mail



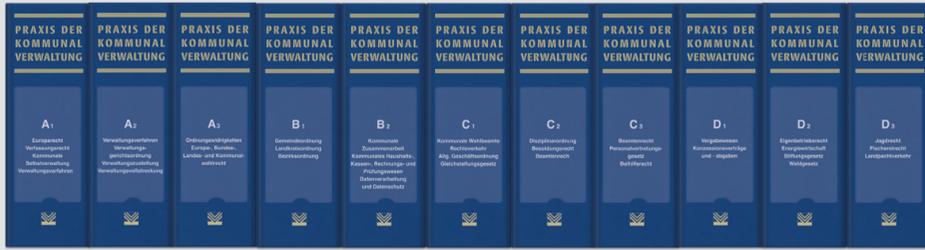
Verlag C.H. BECK · Wilhelmstraße 9 · D-80801 München
Amtsgericht München, HRA 48045 · www.beck-online.de
Tel.: 089/38 189-747 · Fax: 089/38 189-297
facebook.com/beckonline | twitter.com/beckonline

166539 Angebotsstand: 4. November 2014 Verlag C.H. BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München · Amtsgericht München HRA 48045

4 Wochen kostenlos testen:
www.beck-online.de

Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS





Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Mehr als 20.000 Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen, dazu das Beck-PLUS: Online-Komentierungen, Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften.
 Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit mehr als 42.900 bundes- und landesspezifischen Seiten zu allen praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung.

Komentierungen und Darstellungen

- Das Werk enthält praxisorientierte, ausführliche Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen, regelmäßig aktualisiert, zuverlässig und konkret, mit Mustern, Checklisten und Beispielen, gegliedert in die zentralen Bereiche:
- Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines
 - Wirtschaft, Vergabe und Verkehr
 - Sicherheit und Ordnung
 - Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur
 - Bauwesen, Umwelt und Natur

Über 1.000 renommierte Autoren kommentieren auf zehntausenden Seiten orientiert am Landesrecht u. a.:

- Wahlrecht
- Kommunalverfassungsrecht und Recht der kommunalen Zusammenarbeit
- Gemeindehaushaltsrecht (u. a. mit DOPPIK-Komentierung)
- VOB, VOL, VOF und GRW, VgV und GWB
- Kommunalabgabenrecht
- Nachbarrecht
- Sozialrecht
- Krankenhausrecht
- UVP, SUP, UIG
- Straßen- und Wegerecht
- Dienstrecht (u.a. mit TVöD- und TV-L-Komentierung)

Hinzu kommen dutzende weitere Fachbeiträge und Darstellungen zu Ihren täglichen Aufgaben bei Ordnungswidrigkeiten, Beamtenrecht, Datenschutz und vielem mehr – bis hin zu praxisnahen Fragen rund um »Social Media«, Bürgerbeteiligung in Form informeller Verfahren, Risikoorientierte Prüfungsplanung in der öffentlichen Finanzkontrolle, Europäische Beihilfe, Kommunale Wirtschaftsförderung und Kommunale Pressearbeit.

BeckOK VwVfG, Hrsg. Bader/Ronellenfitch

Stets aktuelle Kommentierung des VwVfG, des VwVG und des VwZG, herausgegeben von ausgewiesenen Experten:

- Prof. Johann Bader, Vors. Richter am VG Stuttgart
- Prof. Dr. Michael Ronellenfitch, Eberhard Karls Universität Tübingen

Die Online-Lösung für die Verwaltung

BeckOK TVöD/TV-L/TV-L Entgeltordnung/ TVöD Entgeltordnungen

Die Beck'schen Online-Kommentare zum Tarifrecht zeichnen sich insbesondere durch die daran beteiligten Autoren aus, die im Wesentlichen aus dem Kreis der hauptamtlich für die Tarifvertragsparteien Tätigen stammen, die auch an den Verhandlungen unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren – und immer noch sind. Die Beck'schen Online-Kommentare TV-L EntgO/TVöD EntgO bieten ein wichtiges Werkzeug für die Arbeit mit den Entgeltordnungen zum TV-L, zur Entgeltordnung TVöD Bund und (in Vorbereitung) auch zur Entgeltordnung TVöD VKA.

Die Kommentare werden herausgegeben von

- Prof. Klaus Bepler, Vors. Richter am Bundesarbeitsgericht a. D., Honorarprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Dr. Thomas Böhle, Berufsmäßiger Stadtrat bei der Landeshauptstadt München, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA)
- Achim Meerkamp, Mitglied Bundesvorstand ver.di
- Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, Fachvorstand Tarifpolitik

Beck'sche Gesetze Digital Landes-, Bundes- und EU-Recht

- Rund 9.400 Gesetze und Verordnungen des Bundes aus den roten Textausgaben: Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nipperdey, Arbeitsrecht, Aichberger, SGB und andere mehr!
- Landesrecht im Umfang der jeweiligen Beck'schen Loseblatt-Textsammlung – immer auf dem neuesten Stand
- Rund 1.950 internationale und EU-Vorschriften
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Rechtsprechung zum Kommunalrecht

- Rechtsprechung aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK

Aufsätze zum Kommunalrecht

- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Zeitschriften mit Archiven

- NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: Aufsätze, Rechtsprechung und Materialien komplett seit 1982
- NVwZ-RR – NVwZ-Rechtsprechungs-Report: zusätzliche Entscheidungen auch unterer Instanzen mit kompetenten Erläuterungen, ab 1988
- KommJur – Kommunaljurist, ab Mitte 2005 (Nomos)
- LKV - Landes- und Kommunalverwaltung, ab 1991 (Nomos)

Fach-News Staats- und Verfassungsrecht und Öffentliches Recht

beck-aktuell Nachrichten

Stets aktuelle Normen

Die Vorteile Ihrer Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

Täglich nutzen.

- Alle relevanten kommunalen Aufgabenbereiche in einem einzigen Modul, intelligent miteinander verlinkt.
- Dazu umfangreiche Rechtsprechung im Volltext sowie alle wichtigen Gesetze.
- Übersichtlich aufbereitet, einfach zu bedienen.

Einfach suchen.

- Recherchieren nach Schlagwort, Paragraphen, Fundstellen, Aktenzeichen, ... **1**
- Treffer eingrenzen nach Rechtsgebieten, Publikationstypen, Normen, Gerichten, ...

Schnell finden.

- Einfach navigieren über Inhaltsverzeichnisse, Links, Verweise oder einfach per Blättern wie im Buch. **2** **3**
- Direkte Verlinkungen zu zitierter Rechtsprechung, einschlägigen Vorschriften oder weiterführender Literatur. **4**
- Schnelle Informationen zu weiterführenden Dokumenten und zu Fußnotentexten durch Mouseover-Dialog. **5**
- Schnelles Auffinden der Landesausgaben über die Wappen.

Immer aktuell.

- Die neuesten Entscheidungen – tagesaktuell, im Volltext und direkt von den Gerichten.
- Fortlaufend aktualisierte Normen.
- Ältere Textfassungen bleiben im Archiv verfügbar.
- Neuauflagen wie im Print.
- Immer auf dem Laufenden – mind. 12 Aktualisierungen im Jahr werden eingearbeitet.

Schwarz auf weiß zitieren.

- Zitierfähig wie ein gedrucktes Werk – das gilt für sämtliche Inhalte in beck-online.
- Inhalte übernehmen – per copy and paste in die individuelle Textverarbeitung.